

JETZT IST **ALLES** DRIN!

WIR BRINGEN BAYERN INS GLEICHGEWICHT.

Regierungsprogramm

65. ORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG
DER BAYERNSPD

AUGSBURG, KONGRESSHALLE

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

	Präambel: Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht.....	3
	Solide Finanzen	
5	Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale Gerechtigkeit.....	6
	Wirtschaft und Land	
	Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung.....	15
	Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft.....	24
10	Ländlicher Raum: Aktive Politik für ein starkes Bayern.....	31
	Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern.....	37
	Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin.....	44
	Arbeit	
15	Arbeitsmarkt und ArbeitnehmerInnenfragen: Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne.....	49
	Soziales	
	Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit.....	58
	Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend.....	64
20	Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft.....	69
	Bildung	
	Bildungspolitik: Das ist gerecht!.....	70
	Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten.....	78
25	Gleichstellung	
	Gleichstellungspolitik geht alle an.....	85
	Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt.....	91
	Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten.....	93
30	Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel.....	100
	Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“	106
	Mensch und Gesellschaft	
	Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf eine starke Verfassung aufbauen.....	111
35	Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel.....	118
	Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand.....	124
	Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen.....	130
	Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern.....	131
40	Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
	Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft: Ökologisch und wirtschaftlich.....	135
	Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne Bäuerinnen und Bauern stirbt das Land.....	142
45	VerbraucherInnenschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten.....	149

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

50 „Mir san die bayerischen Sozis – und da san mir dahoam“ – dieser Satz unseres
Spitzenkandidaten Christian Ude fasst unser Selbstverständnis und die Aussage dieses
Regierungsprogramms zusammen. Bayern – dieses in anderen Teilen Deutschlands mit
viel Bewunderung aber manchmal auch Unverständnis betrachtete Land – ist unsere
Heimat. Und der Freistaat ist sogar eine Erfindung unseres politischen Vorfahren Kurt
55 Eisner, der ihn vor 94 Jahren ausrief. Der große bayerische Sozialdemokrat Wilhelm
Hoegner hat Bayerns fortschrittliche Verfassung entworfen. Seit über 120 Jahren
begleiten und prägen wir unsere Heimat politisch, sozial und gesellschaftlich. Und ab
September dieses Jahres werden wir auch Regierungsverantwortung im Freistaat
übernehmen.

60
Unser Leitmotiv dafür ist Gerechtigkeit. Bayern ist wirtschaftlich das erfolgreichste
deutsche Bundesland. Die vielen Neubayerinnen und Neubayern, die aus allen Regionen
Deutschlands und Europas zu uns kommen, um hier zu leben und zu arbeiten, bezeugen
die große Attraktivität unserer Heimat. Darauf können wir alle stolz sein. Doch es ist
65 unübersehbar, dass unser Land nicht im Gleichgewicht ist. Wir treten mit Christian Ude
an der Spitze an, dies zu ändern.

Gut leben in Stadt und Land

70 Die Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen den
boomenden Metropolen und dem für die bayerische Identität so wichtigen ländlichen
Raum sind zwar zu einem Teil ganz natürlich, sie sind jedoch in den letzten Jahren zu groß
geworden. Die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen müssen überall in Bayern
befriedigt werden: gerecht entlohnte Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, wohnortnahe
75 Bildungseinrichtungen, Unterstützung für Familien, hochwertige medizinische
Versorgung, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, schneller Zugang zum Internet. Unser
Regierungsprogramm gibt Antworten auf all diese Herausforderungen. Unser
Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger lautet: Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

80 Soziale Gerechtigkeit als Leitmotiv

Soziale Gerechtigkeit steht bei unserer Politik für Bayern an erster Stelle. Zentrales Ziel ist
dabei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Wer Vollzeit arbeitet, muss damit
mindestens so viel verdienen, dass er ohne staatliche Beihilfen gut leben kann. Das ist
85 nicht zuletzt auch ein Gebot unserer Bayerischen Verfassung, die nicht nur an dieser
Stelle von den schwarz-gelben Regierungsparteien missachtet wird.

Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird sich auf die Seite der Vernunft
und der Gerechtigkeit stellen. Wir tragen das Wort sozial nicht wie andere nur im Namen,
90 wir leben es. Denn ohne soziale Gerechtigkeit kann eine Gesellschaft nicht funktionieren.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

95

Bildungsgerechtigkeit für Bayern

Ein besonders deutliches Ungleichgewicht besteht in Bayern im Bereich der Bildung. In keinem anderen deutschen Bundesland hängen die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen so stark vom Geldbeutel und der Ausbildung der Eltern ab. Darüber hinaus sind die Bildungschancen auch regional extrem ungleich verteilt.

Jahrzehntelange Fehlentwicklungen und das Festhalten an überholten Ideologien in der Bildungspolitik haben hunderttausende Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung gebremst und sie daran gehindert, ihr Potenzial auszuschöpfen. Das ist eine Schande für unser reiches, wirtschaftlich erfolgreiches Land. Nicht in der teuren Nachhilfestunde sollen die Kinder den Schulstoff lernen, sondern im Unterricht. Dafür benötigen wir eine höhere Zahl an Lehrkräften, die mehr Zeit bekommen für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

110

Eine soziale, durchlässige und auf Chancengleichheit basierende Bildungspolitik, bei der Sitzenbleiben überflüssig wird, ist eines unserer wichtigsten Ziele. Bei den Studiengebühren haben wir das bereits geschafft: In dem von der BayernSPD maßgeblich unterstützten Volksbegehren hat das Volk deutlich gemacht, dass es eine gerechte Verteilung der Bildungschancen es will.

115

Politik mit klaren Werten

Die Landtagswahl 2013 bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, für einen Regierungswechsel im Freistaat zu stimmen. Das heißt nicht, dass in Bayern alles anders werden soll. Aber wir werden mit aller Kraft daran arbeiten, das Land ins Gleichgewicht zu bringen. Wir stützen uns dabei auf Werte, auf feste Überzeugungen und rennen nicht Trends und Moden hinterher, nur um dann eine Kehrtwende nach der anderen drehen zu müssen. Der Regierungswechsel in Bayern wird daher vor allem auch ein Stilwechsel sein.

125

Wir stehen für eine solide Politik. Das gilt vor allem in der Finanz- und Haushaltspolitik. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Einnahmen im Lot, Ausgaben im Griff. Die BayernSPD sagt offen und ehrlich schon vor der Wahl, welche Einnahmen der Staat zusätzlich erzielen muss, um das Bildungsangebot und die Infrastruktur zu verbessern und die Kommunen finanziell zu entlasten. Wir machen keine haltlosen Versprechungen, gleichzeitig die Steuer zu senken, die staatlichen Leistungen zu verbessern und die Schulden zu beseitigen.

130

Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch finanzierbar. Großmannssucht und Prestigeprojekte sind Ausdruck von Kleingeistigkeit und Verantwortungslosigkeit. Wir konzentrieren uns deshalb auf Investitionen in Bildung, in bessere Rahmenbedingungen für Familien, in Forschung, Infrastruktur und in die Umsetzung der Energiewende. Und wir werden mit mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfern dafür sorgen, dass Großverdienerinnen und Großverdiener ihre Steuern auch tatsächlich zahlen. Die ehrlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht die Dummen sein.

140

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Familien fördern und Frauen stärken

145

Gesellschaftspolitisch ist unser wichtigstes Projekt die Gleichstellung. Frauen werden gegenüber Männern noch immer benachteiligt. Führungspositionen in Unternehmen und Behörden sind derzeit noch in der Mehrzahl von Männern besetzt. Wir treten deshalb für eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten ein. Das gilt wegen der Vorbildfunktion ganz besonders für den öffentlichen Dienst im Freistaat.

150

Die Gleichstellung der Frauen werden wir aber auch durch eine umfassende Familienpolitik voranbringen. Und mit Politik für Familien meinen wir Familien in all ihren Ausprägungen. Es muss vor allem gelingen, den vielen hochqualifizierten Frauen, die Kinder wollen, die Ausübung ihres Berufs zu ermöglichen. Dazu gehören ein flächendeckend bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, sowie Ganztagsschulangebote. Dafür wollen wir Geld ausgeben und nicht für das Betreuungsgeld, das Frauen vom Berufsleben fernhalten soll.

155

160 Außerdem werden wir das Schulsterben auf dem Land beenden. Wenn Kinder täglich eine Stunde mit dem Bus bis in die nächste Stadt zur Schule fahren müssen, sorgt das nur dafür, dass sie den Bezug zur Heimat verlieren. Bei Pflege- und Seniorenheimen ist die Situation genauso drängend.

165 Unser Einsatz für Gleichstellung endet nicht bei der Überwindung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Wir stehen für ein weltoffenes Bayern, in dem niemand wegen Herkunft, Aussehen, Behinderung oder sexueller Orientierung benachteiligt wird und in dem die unterschiedlichsten Lebensentwürfe möglich sind.

170 Heimat ist das ganze Land

Wir werden es nicht tatenlos hinnehmen, dass ländliche Gebiete entvölkert werden. Wir wollen, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Wir wollen nicht, dass wachsende Ballungsräume aus allen Nähten platzen und gleichzeitig ganze Regionen unter Bevölkerungsschwund leiden. Auch in den Städten gilt, dass niemand aus seiner angestammten Umgebung verdrängt werden darf. Wir werden mit einer konsequenten Politik für bezahlbaren Wohnraum und gegen jede Form der MieterInnenvertreibung dafür sorgen, dass die Stadtgesellschaften nicht gespalten werden.

175

180 Schon als Mieteranwalt in München und dann als Oberbürgermeister und Städtetagspräsident hat Christian Ude für eine solidarische Gesellschaft gekämpft. Als bayerischer Ministerpräsident wird er dafür sorgen, dass der ganze Freistaat Heimat für die Menschen bleibt, die hier leben. In 20 Jahren als Oberbürgermeister hat er gezeigt, wie man wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Engagement und kultureller Vielfalt verbindet.

185 Ab September wird er diese Fähigkeiten als Ministerpräsident zum Wohle aller Bayerinnen und Bayern einsetzen.

190

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Solide Finanzen

Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale Gerechtigkeit

195

Der sozialdemokratische Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzsituation in Bayern

200 Bayern steht bei den finanzpolitischen Eckdaten im bundesweiten Vergleich gut da. Die aktuellen Steuereinnahmen, die Pro-Kopf-Verschuldung und der Anteil für Zinszahlungen im Staatshaushalt sind ein Spiegelbild positiver wirtschaftlicher Entwicklungen in Bayern.

205 Das ist zunächst das Verdienst der ArbeiterInnen- und der UnternehmerInnenschaft in Bayern, aber auch von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen, die beim wirtschaftlichen Einbruch von 2008 bis 2010 für sinnvolle betriebliche Übergangslösungen gesorgt haben. Wir sagen klar und selbstbewusst: Die gute Entwicklung der Wirtschaft und der staatlichen Einnahmen in Bayern ist nicht vorrangig der Verdienst der bisherigen Staatsregierung, sondern in gleichem Maße auch Ergebnis starker sozialdemokratischer Politik. Und das können wir auch belegen.

210 Erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in den Kommunen

215 Es ist auch und vor allem das Ergebnis erfolgreicher kommunaler Wirtschaftspolitik unter langjähriger politischer Verantwortung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Bestes Beispiel ist das seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft, das einen Beitrag von 43 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Bayern leistet.

Weg aus der Finanzkrise war sozialdemokratisch

220 Es ist auch das Ergebnis sozialdemokratischer Politik, die dafür gesorgt hat, dass Bayern nach 2008/2009 aus dem durch die Finanzmarktkrise verursachten tiefsten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit so schnell und stark wieder herausgekommen ist. Verbunden ist dies mit den Sozialdemokraten Peer Steinbrück, der mit solider Finanzpolitik für Vertrauen in die Sicherheit der Sparereinlagen sorgte, mit 225 Frank-Walter Steinmeier, der ein erfolgreiches Konjunkturprogramm initiierte und mit Olaf Scholz, der mit seiner Kurzarbeiterregelung erfolgreich in den Arbeitsplatzertand und nicht in Arbeitslosigkeit investiert hat.

230 SPD Garant für europafreundliche Politik, die unserer Wirtschaft nutzt

235 Und schließlich hat Bayern diese Entwicklung auch dem Euro zu verdanken. Mit einem Exportanteil des verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird hier mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Deshalb gefährdet der über lange Zeit widersprüchliche und unklare Kurs der CSU, die auf der einen Seite in Berlin und Brüssel die Euro-Rettungsmaßnahmen beschließt, aber in Bayern die eigene Regierungspolitik permanent in Frage stellt, die wirtschaftlichen Interessen Bayerns, der bayerischen Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Wir SozialdemokratInnen sagen klar: Bayern hat das größte wirtschaftliche Eigeninteresse, die Turbulenzen in der Euro-

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Zone zu lösen statt sie verantwortungslos anzufachen.

240

Unsere Aufgabe: Die Schere zwischen Arm und Reich in Bayern schließen

Die Gesamtentwicklung der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Steuerkraft darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Kehrseiten der vermeintlich so glänzenden

245 Medaillen in Bayern gibt: Denn die wirtschaftliche Schere zwischen Arm und Reich geht auch und gerade in Bayern immer stärker auseinander.

Die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen in Bayern

250 Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Leistungsstärke zwischen den bayerischen Regionen wächst ständig. Die CSU hat es in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere zwischen den bayerischen Regierungsbezirken viel stärker auseinander geht als etwa zwischen Bayern und Berlin. Das Bruttoinlandsprodukt von Oberfranken liegt mit 83,9 Prozent unter dem

255 Bayerndurchschnitt, Oberbayern mit 119,7 Prozent darüber (2009).

Die Schere zwischen Arm und Reich

Die soziale Kluft, vor allem die Schere zwischen Arm und Reich sowohl beim Einkommen

260 wie auch beim Vermögen, vergrößert sich auch in Bayern. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung muss ein Warnsignal sein. Das private Nettovermögen hat sich nach den Regierungsangaben allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro auf zehn Billionen Euro erhöht, davon liegen 50 Prozent bei den reichsten zehn Prozent. Im Gegensatz dazu: 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mussten

265 in der gleichen Zeit Verluste beim Einkommen hinnehmen.

Die Schere bei den Arbeitsverhältnissen

Unsichere und schlecht bezahlte Arbeit hat auch in Bayern zugenommen. Ein Fünftel aller

270 in Vollzeit Tätigen arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Minijobs, Leiharbeitsverhältnisse, Werkverträge und befristeter Beschäftigung steigt. CSU und FDP verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn und einem bayerischen Vergabegesetz. Sie subventionieren unsoziale Arbeit zulasten der soliden Unternehmen, der Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte.

275

Die Schere bei der Altersarmut

Im wohlhabenden Bayern gibt es vergleichsweise mehr arme alte Menschen als anderswo. Jeder Fünfte über 65 Jahren ist durch Altersarmut gefährdet, der Anteil der

280 armutsgefährdeten alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent. Stark armutsgefährdet sind alleinerziehende Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. Rasches politisches Handeln ist gefordert. Aber seit über einem Jahr ignoriert die Staatsregierung die Vorschläge der von ihr selbst eingesetzten Kommission zur Bekämpfung von Armut.

285

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Die Schere der Bildungsungerechtigkeit

290 In Bayern ist die soziale und regionale Herkunft maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg – mehr als in jedem anderen Bundesland. Das ist ein Skandal. Die bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, anstatt sie zu beheben. Die von der CSU eingeführten und inzwischen abgeschafften Studiengebühren waren unsozial und ungerecht. Wir werden uns weiter gegen Bildungsgebühren jeder Art
295 einsetzen.

Nur soziale Stabilität sorgt für wirtschaftlichen Erfolg

Deshalb sieht eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ihre zentrale
300 finanzpolitische Aufgabe darin, diese Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Denn uns ist klar: Wohlstand, positive wirtschaftliche Entwicklung und letztlich auch nachhaltige Staatseinnahmen in Bayern können wir nur dann erreichen, wenn wir nicht nur in die Zukunftsherausforderungen Bildung, Forschung, Infrastruktur und Energiewende investieren, sondern zugleich für mehr soziale Stabilität in Bayern sorgen.
305 Dies geschieht durch

... Wiederherstellung einer gerechten Vermögens- und Einkommensentwicklung.

... mehr Bildungsgerechtigkeit in ganz Bayern.

310

... die Korrektur von Fehlentwicklungen im Arbeitsrecht

... und durch die konsequente Bekämpfung von Armut.

315 Kluft zwischen armen und reichen Regionen schließen

Wir wollen und müssen die Kluft zwischen armen und reichen Regionen und Kommunen in Bayern wieder schließen, insbesondere bei der Regional- und Strukturpolitik und bei der Finanzausstattung der Kommunen. Wenn hier notwendige Investitionen versäumt
320 werden, wird die Reparatur später umso teurer. Deswegen ist eine Politik des sozialen Ausgleiches auch finanzpolitisch sinnvoll. Was wir jetzt in die soziale Vorsorge investieren, kommt als Rendite für die Menschen in Bayern, aber auch für den öffentlichen Haushalt doppelt zurück.

325 Von Landesbank bis Digitalfunk: Finanzpolitische Erblasten der CSU bewältigen

Zur finanzpolitischen Bilanz der bisherigen Staatsregierung gehören gravierende politische Fehlentscheidungen, Versäumnisse und Entwicklungen, die den Staatshaushalt des Freistaates auf Jahre belasten und finanzielle Spielräume einengen.

330

Regierung hat bayerische Schulden verdoppelt

Die CSU-geführte Staatsregierung hat die Schulden des Freistaates in den letzten 15 Jahren verdoppelt: 1996 waren es 16,3 Milliarden, 2011 bereits 32,6 Milliarden Euro. In die

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

335 Amtszeit von Horst Seehofer fallen alleine zehn Milliarden neuer Schulden. Trotz
Steuererhöhungen von 6,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2012 wurde die
Verschuldung nicht nennenswert gesenkt. Auch die 49 Privatisierungen von bayerischem
Volksvermögen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro seit 1993 haben den Anstieg der Schulden
340 gemacht wie nie zuvor.

CSU-Landesbankdebakel größtes Haushaltsrisiko

Das von der CSU zu verantwortende Landesbank-Debakel ist das größte bayerische
345 Haushaltsrisiko. Allein die jährlichen Zinsbelastungen für die Zehn-Milliarden-Euro-Stütze
belaufen sich auf über 350 Millionen Euro. Davon könnten beispielsweise 7.000
zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Leider sind die Fehler nicht
ausgestanden. Weitere Risiken wie die Garantie für US-Immobilienpapiere, die
Rückzahlung von Krediten an die Hypo Group Alpe Adria und ausländische
350 Bankbeteiligungen belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro. Die SPD kämpft für
lückenlose Aufklärung, Heranziehung der politisch Verantwortlichen und
Wiedergutmachung des Schadens.

150 Millionen Euro teure CSU-Fehler bei der Landesstiftung

355 Bei der Bayerischen Landesstiftung haben nach Einschätzung des Obersten
Rechnungshofes Fehleinschätzungen, Kompetenzgerangel und zögerliche
Entscheidungen zu einem dreistelligen Millionen-Verlust von etwa 150 Millionen Euro
geführt.

360 Kostenexplosion beim Digitalfunk

Eine dramatische Kostenexplosion gibt es bei der Einführung des Digitalfunks in Bayern.
Die erwarteten Kosten sind innerhalb kürzester Zeit um 150 Millionen Euro auf 1,07
365 Milliarden Euro (also um 16,6 Prozent) gestiegen. Bei den polizeilichen Leitstellen steigen
die Kosten um 115 Prozent, bei den Betriebsstellen geht es um 241 Prozent nach oben, bei
den sonstigen Betriebskosten um 128 Prozent. Mittlerweile untersucht der Rechnungshof
die Fehleinschätzungen und Planungsmängel, die einzig die Staatsregierung zu
verantworten hat.

370 Für geordnete Verhältnisse sorgen und Schattenhaushalte abschaffen

Deswegen wird eine zentrale Aufgabe einer sozialdemokratisch geführten
Landesregierung sein, diese finanziellen Erblasten zu bewältigen und für geordnete
375 Verhältnisse zu sorgen. Wir werden Schattenhaushalte abschaffen, Wahrheit und
Klarheit in den bayerischen Staatshaushalt bringen und die Schieflage der Projekte
beseitigen. Insbesondere brauchen wir einen Erblasten-Tilgungsfond für die Folgen des
Landesbankdebakels, damit die Verantwortlichkeit klar wird.

380

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Solide Finanzen mit sozialdemokratischer Handschrift

385

Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit solider öffentlicher Haushalte in Bayern. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss Finanzpolitik die Einnahmen im Lot und die Ausgaben im Griff haben. Wenn wir dies nicht tun, wird die staatliche Leistungsfähigkeit deutlich abnehmen oder aber wir laufen in eine immer größere werdenden Verschuldung hinein – ob nun offen oder versteckt. Beides wollen wir nicht und werden daher unsere Finanzpolitik, aber auch alle politischen Projekte und Forderungen, stets darauf hin überprüfen, was finanzierbar ist und was nicht.

390

Mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit

395

Haushaltskonsolidierung muss aber immer die soziale Gerechtigkeit im Blick haben. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung sowohl bei den Einnahmen als auch auf der Ausgabenseite für mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit sorgen.

400

Die Vorgabe ausgeglichener Haushalte, wie sie das Grundgesetz vorschreibt und wie wir sie in der bayerischen Landespolitik seit langem vertreten, ist keine Rechtfertigung für unsoziale Politik. Wir lehnen eine Politik, die unter dem Vorwand von Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau eine unsoziale Verteilungs- und Steuersenkungspolitik oder Sozial- und Bildungsabbau betreibt, entschieden ab. Deshalb wollen wir eine Schuldenregel in die Bayerische Verfassung aufnehmen, die auch die Einnahmeseite, die Sicherung des öffentlichen Investitionsbedarfs und der Sozialaufgaben bei der Haushaltsgestaltung zwingend in den Blick nimmt.

405

410 Finanzpolitische Ehrlichkeit statt Täuschung, Tricks und Hütchenspiele

Wir stehen für finanzpolitische Ehrlichkeit, während die CSU-Staatsregierung auf Finanztricks und Täuschungsmanöver setzt. Das gilt insbesondere für die substanzlose und aus der Luft gegriffene Behauptung, die Schulden des Freistaates in den nächsten 18 (!) Jahren abzubauen.

415

Die Wahrheit über den Schuldenabbau à la CSU

Wahr ist: Die Staatsregierung hat erst 2010 die Verschuldung des Freistaates um zehn Milliarden Euro und damit um 44 Prozent erhöht, um das Finanzdebakel bei der Landesbank auszugleichen.

420

Wahr ist: Die von der gegenwärtigen Regierungskoalition vorgenommene Schuldentilgung für 2012 und 2013 ist ein finanzielles Hütchenspiel. Sie wird ausschließlich finanziert aus der Zerschlagung des bewährten Vorsorgesystems für die Pensionsverpflichtung des Freistaates Bayern. Etwa drei Milliarden Euro finanzielle Verpflichtungen werden damit einfach in die Zukunft verschoben. Im Ergebnis: Alte Schulden werden mit neuen Schulden bezahlt.

425

430

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Die Schulden von morgen und übermorgen

Und wahr ist auch: Durch den Verzicht auf den notwendigen Gebäude- und
435 Straßenunterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen und die längst überfälligen Sanierungen
von Universitäten, Polizeiinspektionen und Schulen steigen die versteckten Schulden des
Freistaates an. Diese Art von Finanztricksereien werden wir beenden. Wir werden beim
Abbau von bayerischen Staatsschulden dafür sorgen, dass auch die versteckte
Verschuldung abgebaut wird. Dabei ist uns ein Anliegen, auch die kommunale
440 Verschuldung abzubauen und nicht nur einseitig wie bisher auf den Staatshaushalt zu
schauen. Wenn notwendige Investitionen, Instandhaltungen und Zukunftsvorsorge
versäumt werden, wird die Reparatur später umso teurer. Deshalb wollen wir eine Politik,
die rechtzeitig investiert und Vorsorge trifft. Wir werden deshalb für einen rechtzeitigen
Unterhalt bei Gebäuden und Straßen sorgen, damit der Freistaat keine Kostenlawine zu
445 Lasten der Bürgerinnen und Bürger vor sich herschiebt. Diese von CSU und zuletzt auch
FDP zu verantwortende Lawine ist jetzt bereits groß genug, wir werden sie abbauen statt
weiter anschwellen zu lassen.

Unser finanzpolitischer Dreiklang: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Ausgaben im Griff,
450 Einnahmen im Lot

Wir stellen die Finanzpolitik in Bayern auf gerechte und transparente Beine und werden
Fehlentscheidungen und Versäumnisse korrigieren. Unsere Politik der Konsolidierung der
öffentlichen Haushalte setzt auf die Kombination von Zukunftsinvestitionen, auf
455 sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln und auf Einnahmeverbesserungen. Deshalb
bauen wir auf einen Dreiklang in der Finanzpolitik: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick,
die Ausgaben im Griff und die Einnahmen im Lot.

Zukunft und Gerechtigkeit im Blick

460

Wir sagen offen und ehrlich: Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar.
Deshalb werden wir bei unseren finanzpolitischen Schwerpunkten vor allem erst einmal
Zukunft und Gerechtigkeit im Blick haben. Diese Schwerpunkte sind für uns

465

... Investitionen in Bildungsgerechtigkeit, Ganztagschulen und Kinderbetreuung.

... Investitionen in Forschung, Infrastruktur und die Energiewende.

470

... die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen Bayerns.

... die Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

475

... das Gewährleisten von gerechten Lohn- und Einkommensverhältnissen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

480 ... die Bekämpfung von Erwerbs- und Altersarmut.

Die Ausgaben im Griff

Bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite legen wir besonderes Augenmerk auf
485

... ehrliche Aufgabenüberprüfung:

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird sich der Verpflichtung stellen, ständig zu
überprüfen, wie die staatlichen Aufgaben effektiver und effizienter erledigt werden
490 können. Anders als die Staatsregierung bisher werden wir dabei auch die Staatskanzlei
und die Ministerien im Blick haben.

... die konsequente Bekämpfung von Verschwendung:

495 Bei der Ausstattung der Ministerien und der Staatskanzlei, der Ausstattung für ehemalige
Ministerpräsidenten sowie den Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit werden wir
gegenüber der jetzigen Staatsregierung wieder mehr Kostenbewusstsein und
Sparsamkeit in den Vordergrund stellen.

500 ... den Verzicht auf unnötige Projekte und besseres Controlling staatlicher Projekte:

Ein großes Potential für Einsparungen liegt in der besseren Planung und effizienteren
Kostenkontrolle staatlicher Projekte, wie beim Digitalfunk. Das zeigen auch die jährlichen
Rechnungshofberichte. Wir werden auch Projekte auf den Prüfstand stellen, die bei hohen
505 Kosten einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen und negative ökologische
Auswirkungen haben, wie die Fortsetzung des Donausausbaus.

... die Verlagerung von Verantwortung auf die mittlere und untere staatliche Ebene:

510 Dem CSU-Verständnis von staatlichem Zentralismus bis in jedes Detail setzen wir mehr
Eigenständigkeit für die mittlere und untere staatliche Ebene und für die Kommunen
entgegen. Wir sind uns sicher: Mehr dezentrale Haushaltsverantwortung für Behörden
und Einrichtungen des Freistaates schafft Kostenbewusstsein und Effizienz.

515 ...Subventionen auf dem Prüfstand:

Einsparungen sind durch den Verzicht und die Rücknahme von unsozialen Klientel-
Geschenken und unberechtigten Privilegien zu realisieren. Überholte Subventionen
stellen wir auf den Prüfstand, wenn damit falsche soziale, ökonomische und insbesondere
520 ökologische Anreize gesetzt werden, wie beim Hotelsteuerprivileg, beim Flugbenzin oder
bei Immobilien-Aktiengesellschaften.

... die Bekämpfung der Methode „Gewinne privatisieren, Lasten sozialisieren“:

525 Die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns durch Schwarz-
Gelb führt zum Beispiel zur staatlichen Subvention von Dumpinglöhnen. Durch den

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Mindestlohn wären hier jährlich sieben Milliarden Euro bei Gesamtstaat und Sozialversicherungen für eine soziale und ökonomisch unsinnige Subvention einzusparen. Wir werden die Kosten von Kommunen reduzieren und die Einnahmen auch des Freistaates verbessern, in dem wir Lohndumping bei öffentlicher Auftragsvergabe durch ein Vergabegesetz unterbinden.

Einnahmen im Lot

535 Für zukunftsfähige Haushalte und für die Konsolidierung auf der Einnahmeseite ist die Sicherung einer soliden staatlichen Einnahmeseite unverzichtbar. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass

... starke Schultern mehr tragen müssen als schwache:

540 Deshalb setzen wir uns insbesondere für eine Vermögenssteuer, die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Anpassung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, des Abgeltungssteuersatzes auf 32 Prozent und die Reform der Erbschaftssteuer ein. Die Mehreinnahmen werden wir zielgerichtet dafür verwenden, die Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu verbessern, mehr Ganztagschulen einzurichten und Betreuungsangebote für Kinder zu verbessern.

... wir gerade in Bayern mehr Steuergerechtigkeit brauchen als bisher:

550 Wir können und müssen in Bayern selbst mehr tun für die Herstellung von Steuergerechtigkeit. Wir werden sofort für eine bessere Ausstattung der Bayerischen Steuerverwaltung sorgen. Wir werden hierzu mindestens 1.000 zusätzliche Betriebs-, Steuer- und Umsatzsteuersonderprüferinnen und -prüfer einstellen, damit wir endlich einen gerechten Steuervollzug in Bayern bekommen und der Ehrliche nicht länger der Dumme ist. Hinzu kommt ein konsequenter Kampf gegen Steuerhinterziehung –auch durch den Ankauf von Daten über Steuerhinterziehung, die Verbesserung der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit durch personelle Aufstockungen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen den Behörden sowie Bund und Land.

560 **Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen**

Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Neben der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer setzen wir auf mehr finanzielle Autonomie der Städte und Gemeinden in Bayern. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich verbessern, insbesondere um die dramatische Finanzlage vieler Kommunen in strukturschwachen Gebieten abzumildern und ländliche Räume besser zu berücksichtigen. Wir werden die Kürzung der bayerischen Mittel bei der Städtebauförderung zurücknehmen.

570 Auch Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb die kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaats einfließen sollen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden in die kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

575 beim Schuldenabbau des Staates gewährleisten, dass über einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre Verschuldung reduzieren können.

Länderfinanzausgleich und Finanzföderalismus

580 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU geradlinig bayerische Interessen vertreten, ohne jemals zu vergessen, dass der Erfolg unseres Gemeinwesens auf sozialem Ausgleich beruht. Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zum Länderfinanzausgleich mit dem Ziel, möglichst gleiche Lebensbedingungen überall in der Bundesrepublik zu schaffen. Wirtschaftlich starke Länder wie Bayern müssen ihren
585 solidarischen Beitrag zur Stärkung der derzeit wirtschaftlich schwächeren Länder leisten.

Finanzausgleich auch innerhalb Bayerns nicht vergessen

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU, geradlinig für einen sozialen
590 und finanziellen Ausgleich innerhalb Bayerns und im Bund eintreten, ohne jemals zu vergessen, dass Solidarität und Selbsthilfe zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille sind und dass ein angemessener Ausgleich zwischen Geben und Nehmen erfolgen muss.

CSU-Klage gegen Finanzausgleich ist Klage gegen sich selbst

595 Die Zahlungen Bayerns im aktuellen bis 2019 festgelegten Länderfinanzausgleich sind zu hoch, der Beitrag muss reduziert werden und die Anreize für Geber- wie Nehmerländer, die Einnahmen zu verbessern, muss größer werden. Das war und ist die Position der SPD-Landtagsfraktion. In Bayern verantwortlich für den heutigen Finanzausgleich ist der
600 ehemalige CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der ihn am 26. Juni 2001 vor dem Landtag als großen Durchbruch für Bayern gefeiert hat. Horst Seehofer, Ilse Aigner, Peter Ramsauer und alle anderen CSU-Bundestagsabgeordneten stimmten am 5. Juli 2001 im Bundestag zu. Deswegen ist die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eine Selbstbeichtigung der CSU und soll von der eigenen
605 Verantwortung ablenken.

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unmittelbar nach der Landtagswahl Verhandlungen mit den anderen Bundesländern aufnehmen, mit dem Ziel, den
610 Länderfinanzausgleich zu modernisieren und die Belastungen Bayerns zu reduzieren, ohne die Solidarität aufzukündigen.

Wir werden uns dabei auch auf eine Föderalismusreform III drängen, die die Bund-Länder-Beziehungen und hier insbesondere den Solidarpakt, die Gemeindeverkehrs- und Hochschulfinanzierung sowie die Aufteilung der Mehrwertsteuereinnahmen zwischen
615 Bund und Ländern auf neue und stabile Füße stellt, das Kooperationsverbot bei der Bildung aufhebt und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Steuerverwaltung grundlegend verbessert.

620

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Wirtschaft und Land

625 Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung

630 Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, sichere Beschäftigung zu guten und fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an den Entscheidungen in Unternehmen und an der Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse. Hierzu gehören für uns insbesondere Mitbestimmung und Tarifautonomie. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu sichern, Wachstum muss vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

635

Innovation und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und ein starke Wirtschaft. Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur nachhaltig entwickeln, wenn motivierte und gute ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können. Wir wollen diese Handlungsfelder unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsratsgremien, kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften, Umweltverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ausgestalten und uns nicht allein auf die Kooperation mit Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsverbänden beschränken. Zukunftsorientierung und Beteiligungsorientierung gehören für uns in der Wirtschaftspolitik zusammen.

645

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

650 ... ein Vergabe- und Tariftreuegesetz verabschieden, das alle Auftragsvergaben des Freistaates Bayern an die Einhaltung von Tarifverträgen bindet.

... einen gesetzlichen Mindestlohn unterstützen und sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zwischen Männern und Frauen sowie in der Leiharbeit einsetzen.

655 ... die Energiewende nachhaltig gestalten, statt unkoordiniertes Stückwerk zu produzieren wie dies aktuell geschieht.

660 ... Handwerk, Mittelstand und traditionelle Branchen stärken und nicht auf einseitige Konzentration und exportorientierte „Leuchtturmprojekte“ setzen.

660

... die Infrastruktur für Forschung und Bildung stärken und hier insbesondere die Zukunftsfelder wie beispielsweise Klimawandel und demografische Entwicklung fördern, anstatt an alten Strukturen festzuhalten.

665 ... mit Blick auf die Automobilindustrie eine Landesinitiative für Mobilität starten, die sich mit künftigen Anforderungen an Mobilität befasst.

... die Regionen stärken, damit überall gleichwertige Lebensverhältnisse möglich sind.

670

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Nachhaltigkeit ist keine leere Floskel

Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, sichere
675 Beschäftigung zu guten und fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an
den Entscheidungen in Unternehmen und an der Verteilung der wirtschaftlichen
Ergebnisse. Diese Ziele sind für uns Leitmotiv unseres wirtschaftspolitischen Handelns zur
Sicherstellung gesellschaftlichen Wohlstandes und einer bedürfnisgerechten Versorgung
mit Gütern und Dienstleistungen. Zentral sind für uns auch Mitbestimmung und
680 Tarifautonomie. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz der
Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen
Generationen zu sichern.

Wir wollen gleichermaßen die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und
685 zukünftigen Generationen erhalten und verbessern. Dies ist nur auf der Basis eines
qualitativ orientierten Wachstums möglich, das durch Innovation, Ressourcenschonung
und -effizienz, soziale Verantwortung und Gerechtigkeit sowie Gute Arbeit geprägt ist.
Wir setzen hierbei auf die Effizienzpotenziale von Märkten, halten aber staatliche
Regulierung zur Setzung von Rahmenbedingungen und Förderung von spezifischen
690 Wachstumszielen für unverzichtbar. Zu diesen erforderlichen Rahmenbedingungen
zählen für uns auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die
Mitbestimmung und die Tarifautonomie.

Exzesse bei Gehältern, Bonifikationen und Abfindungen widersprechen dem Grundsatz
695 einer nachhaltigen Wirtschaft. Wir begrenzen sie durch wirksame Regelungen.

Wirtschaftspolitik ist überall

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik versteht sich bewusst nicht als verengte
700 Ressortaufgabe. Zur Erreichung unserer grundsätzlichen Ziele verfolgen wir einen
übergreifenden Ansatz der Verknüpfung von Bildungs-, Hochschul-, Forschungs-, Sozial-,
Arbeitsmarkt-, Umwelt- sowie Steuerpolitik. Dieser übergreifende Ansatz beinhaltet auch
eine Verbindung von Zielen und Handeln zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die
Anforderungen der Energiewende veranschaulichen diese Notwendigkeit deutlich.

705

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist demokratisch

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist eingebunden in einen Prozess demokratischer
Teilhabe, den wir auch institutionalisieren wollen. Dies schließt ausdrücklich
710 Gewerkschaften, Betriebsräte, Organisationen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise
Umweltverbände, Wohlfahrts- und Sozialverbände, sowie regionale
Gebietskörperschaften mit ein. Wir suchen den konstruktiven Dialog mit Betrieben,
Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Kammern und setzen auf eine Kooperation im
Sinne nachhaltiger Entwicklung, die dem hohen Stellenwert unternehmerischer Leistung
715 als Teil einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

720 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Bayern steht für

... Beteiligungsorientierung durch die Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsräten, kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Umweltorganisationen und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Wir gehen damit über die Kooperation mit

725 Wirtschaftsverbänden, Kammern und Unternehmen hinaus.

... Arbeitsorientierung zur Gestaltung Guter Arbeit bei der Bewältigung des strukturellen Wandels.

730 ... Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsorientierung zur Gestaltung der Innovation und hierfür erforderlicher Kompetenzen.

... Regionalorientierung zur Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern.

735 ... Mittelstandsorientierung zur Sicherung und Stärkung wesentlicher Grundlagen für innovative Wertschöpfung und Beschäftigung .

Die Grundlagen: Gute Arbeit und Innovation

740 Innovationen und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und eine starke Wirtschaft. Hierfür sind eine qualitative hochwertige Bildung und Ausbildung sowie eine leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur entscheidende Faktoren, um hochwertige Innovationen zu sichern. Bayern kann hier auf große Stärken aufbauen. Dies gilt vor allem für die Kreativität und das Engagement von

745 Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Innovations- und Forschungsförderung nicht nur für Leuchttürme

750 Die Innovations- und Forschungsförderung darf allerdings in der Zukunft nicht auf exportorientierte Leuchttürme konzentriert bleiben. Es gilt auch „alte Branchen“ einzubeziehen wie beispielsweise die Glasindustrie, Porzellanindustrie oder auch Gießereien, die für Wertschöpfungsketten und nachhaltige Innovationen unverzichtbar sind.

755 Die Ausrichtung und Organisation der Forschung an den Hochschulen muss deshalb die Innovationserfordernisse dieser Branchen mit berücksichtigen und Zugangsbarrieren für mittelständische Unternehmen beseitigen. Zusätzlich müssen übergreifende Herausforderungen stärker in den Fokus von Hochschulforschung rücken. Dies betrifft vor allem den Klimawandel, die Energiewende, die Gestaltung von Arbeitsorganisation und -

760 bedingungen, den demografischen Wandel sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

Bayern fällt zurück

765 Innovation und Forschung bleiben eine zentrale Zukunftsaufgabe. Dies gilt umso mehr, als der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandprodukt in Bayern mit knapp drei Prozent deutlich hinter andere Bundesländer zurückgefallen ist.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

In Bayern stagniert dieser Anteil seit den 90er Jahren. Das gefährdet Zukunftschancen. Wir wollen hier durch eine effektivere Forschungs- und Technologieförderung umsteuern.

770 Ohne gute Arbeit keine Entwicklung

Gute Arbeit sehen wir als Voraussetzung und Ziel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Wir brauchen neue Ansätze – auch bei der Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die
775 Auseinanderentwicklung der sozialen Qualität von Arbeit. Die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sowie ein wachsender Niedriglohnsektor stehen unserem Leitbild von Guter Arbeit entgegen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik steht für die Wertschätzung von Arbeit als Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe. Wir wissen: Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur
780 nachhaltig entwickeln, wenn motivierte und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können.

Ja zum Mindestlohn, Ja zur Mitbestimmung, Ja zur Gleichstellung

785 Deshalb befürworten wir einen gesetzlichen Mindestlohn, das Prinzip des gleichen Lohns für gleich(wertig)e Arbeit für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit, sowie die Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir treten für die tarifliche Bindung von Arbeitsverhältnissen ein, die eine materielle Teilhabe
790 an der Entwicklung von Produktivität und Wachstum gewährleistet. Ein wesentlicher Schritt hierzu wird ein Bayerisches Vergabe- und Tariftreuegesetz sein, mit dem wir die Vergabe öffentlicher Aufträge des Freistaates Bayern an die Einhaltung tariflicher Normen binden werden. Damit wollen wir gleichzeitig wesentliche Voraussetzungen dafür schaffen, die zweifellos vorhandene Geschlechterdiskriminierung von Frauen zu
795 beseitigen. Unser Leitbild von Arbeit umfasst eine gerechte Teilung von Entwicklungschancen und Verantwortung im Beruf und in der Familie für Frauen und Männer. Dies ist die Voraussetzung für eine wirkliche Wahlfreiheit.

Familienfreundliche Arbeitswelt

800 Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem kaum vorhandenen, aber gerade von der Wirtschaft beschworenen, sogenannten Fachkräftemangel liegt es in deren Eigennutzen, eine familienfreundliche Arbeitswelt zu schaffen und damit die Attraktivität des eigenen Unternehmens zu steigern. Eine familienfreundliche
805 Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort sowie familienunterstützende Dienstleistungen verschaffen den Unternehmen letztlich einen ökonomischen Nutzen.

Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt neben Gehaltsfragen inzwischen eine zentrale Stellung bei der Wahl des Arbeitgebers ein. Zudem ergeben sich für die
810 Unternehmen vielfältige Wettbewerbsvorteile: Sie sparen Kosten durch eine geringere Mitarbeiterfluktuation und profitieren durch eine höhere Mitarbeiterbindung länger vom Know-How der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

815

Pflegefreundliche Arbeitswelt

Wir fordern die bayerische Wirtschaft auf, sich bei personalpolitischen Entscheidungen an den unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu orientieren. Ebenso müssen familiäre Verpflichtungen ihrer Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Ein partnerschaftliches Miteinander bei der Übernahme familiärer Aufgaben betrifft auch Angebote für Pflegebedürftige und für pflegende Angehörige. Wie bei der Kinderbetreuung kommt es auch dabei maßgeblich auf familienfreundliche Arbeitsverhältnisse an. Den Unternehmen kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Es liegt in ihrer Verantwortung, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein ausgewogenes Miteinander von Beruf und Familie ermöglichen und Aufstiegschancen, insbesondere von Frauen, gewährleisten.

830

Die 15 konkreten Schritte des sozialdemokratischen Wegs – unsere Projekte

Wir wissen um die verschiedenen wirtschaftlichen Qualitäten Bayerns, etwa in den Bereichen der Chemie, der Elektronik und Elektrik, des Maschinenbaus, der Textilindustrie und Automatisierungstechnik und vieler mehr. In der vielfältigen bayerischen Wirtschaftslandschaft ist es wichtig, konkrete Antworten zu haben, die auf die jeweiligen Felder zugeschnitten sind:

1: Energiewende nachhaltig gestalten und vorantreiben

Die Energiewende benötigt eine klare Zielsetzung und Beschleunigung. Hierbei gilt der Grundsatz: So viel Dezentralität wie möglich und so viel Zentralität wie nötig. Der Energiewende fehlen im Bund wie im Freistaat Bayern eine geordnete strukturierte Koordination und ein planerischer Rahmen. Wir werden einen abgestimmten Masterplan entwickeln, der die notwendigen Verknüpfungen zwischen den Kommunen, dem Land und dem Bund beinhaltet.

845

Hierbei werden wir die hohen Potenziale von dezentralen Versorgungsstrukturen nutzen und gleichzeitig eine ausreichende Breitstellung von Kapazitäten für die Grundlastversorgung sichern. Darüber hinaus bleiben die Erhöhung der Energieeffizienz, die energetische Gebäudesanierung sowie die Einsparung von Energie zentrale Bestandteile der Energiewende.

Hierzu werden wir spezifische Förderprogramme mit Hilfe der staatlichen Banken initiieren. Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind unsere Zielgrößen für die Energiewende. Eine sozial gerechte Verteilung der finanziellen Belastungen ist für uns eine unverzichtbare Anforderung der Energiewende.

Wir werden die Energiewende ebenfalls als Katalysator für innovative Wertschöpfung in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen nutzen. Wir sind davon überzeugt: Die mit der Energiewende verbundenen Technologien und Innovationen schaffen eine nachhaltige Basis für Wertschöpfung und Beschäftigung mit hohem Wachstumspotenzial.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2: Forschung stärken

865

Wir werden die Forschungspolitik im Dialog von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft durch die klare Benennung künftiger Förderschwerpunkte weiter entwickeln. Unser Ziel ist es, die Vernetzung von Wissenschaft und Unternehmen – insbesondere für den Mittelstand – zu verbessern und hierfür die Hochschulinfrastruktur in den Regionen zu ergänzen. Dabei wollen wir das Ungleichgewicht der Verteilung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den Regionen abbauen. Ein weiterer Bestandteil der Weiterentwicklung ist die Verankerung übergreifender Schwerpunkte der Forschung zum Klimawandel, zum demografischen Wandel, zur Energiewende, zur Gleichstellung und zur Zukunft der Arbeit.

875

3: Fachkräftebedarf decken, Potenziale entwickeln, Lebenschancen sichern

Die Alterung der Gesellschaft stellt uns vor die Herausforderung, auch in der Zukunft den Bedarf an Fachkräften zu sichern. Deshalb steht fest: Wir können und dürfen uns nicht mehr länger leisten, junge Menschen im Bildungssystem scheitern oder unter ihren tatsächlichen Möglichkeiten zu lassen. Das System der dualen Berufsausbildung ist hierfür ein wesentlicher Baustein, der Jugendlichen einen zukunftsorientierten Einstieg in das Erwerbsleben bietet und gleichzeitig die erforderlichen Fachqualifikationen und Kompetenzen für die Unternehmen sichert. Deshalb halten wir am Berufskonzept des dualen Systems fest.

Durch eine neue Bildungspolitik, zum Beispiel durch die Einführung der Gemeinschaftsschule und die Stärkung der individuellen Förderung der Kinder, wollen wir die Zahl der Schulabbrüche deutlich reduzieren. Wir werden akademische und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen, sondern nicht nur die abgeschafften Studiengebühren gegenfinanzieren, sondern auch für eine Entlastung im Sektor der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Unser Ziel: Soziale und wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg entgegenstehen. Durch eine Verbesserung der Studienbedingungen wollen wir eine Reduzierung der Studienabbrüche erreichen.

Ein Umdenken ist aber auch im Umgang mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert. Die Entwicklung von alterns- und altersgerechten Arbeitsbedingungen und Berufsverläufen ist als Antwort auf den demografischen Wandel dringend erforderlich. Hierzu gehört die kontinuierliche Weiterqualifikation während des gesamten Arbeitslebens. In einem Weiterbildungsgesetz wollen wir mit Transparenz, Qualitätsstandards, Freistellungs- und Finanzierungsregelungen die Grundlagen dafür schaffen. Wir werden die Infrastruktur für berufs begleitendes Lernen ausbauen und auch den Weiterbildungsauftrag der Hochschulen hierfür nutzen.

905

4: Gleichstellung vorantreiben – Frauen in Führungspositionen

Die Gleichstellung von Frauen im Beruf hängt von vielen Bedingungen ab. Sie wird wirksam durch die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen gefördert. Deshalb befürworten wir eine Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von 50

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Prozent. Sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die Erfüllung der 50-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und im öffentlichen Dienst endlich mehr Frauen in Führungsverantwortung bringen.

915

5: Stärkung von Handwerk und Mittelstand

Handwerk und Mittelstand sind tragende Säulen der bayerischen Wirtschaft, die für ein dichtes Netz von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sorgen und für wirtschaftliche
920 Entwicklungschancen in den Regionen stehen. Wir werden die einzelbetriebliche Beratung mittelständischer Unternehmen ausbauen und Kooperationen sowie Netzwerke fördern. Gemeinsam und ergänzend zu den Angeboten der Kammern werden wir Unternehmen bei der Verbesserung der Organisation, dem Zugang zur Finanzierung, der Anpassung von Unternehmensstrategien und Geschäftsmodellen an veränderte
925 Märkte sowie Qualifizierung der Arbeitnehmer und dem Zugang zu Forschungseinrichtungen unterstützen. Wir treten außerdem ein für mittelstandsfreundliche Basel III-Regeln.

6: Existenzgründungen fördern

930

Wir werden Existenzgründungen gezielt fördern und die Bereitstellung von Wagniskapital für junge Unternehmen verbessern. Hierzu werden wir eine einmalige Anschubfinanzierung für einen neu zu errichtenden Wagniskapitalfonds bereitstellen, der von öffentliche-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken getragen wird. Zusätzlich
935 werden die Fördermöglichkeiten der LfA-Förderbank Bayern und der KfW Mittelstandbank gebündelt und potenziellen Kreditnehmern gemeinsam angeboten. Besonders unterstützen wollen wir die Existenzgründung von Frauen.

7: Umbau der Landesbank zur Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank

940

Wir wollen die Bayerische Landesbank (BayernLB) nach dem Vorbild der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu einer Bank für die Landesentwicklung und dem Mittelstand umbauen. In Zusammenarbeit mit den Sparkassen wollen wir insbesondere für den Mittelstand den Zugang zu Finanzierungen für Investitionen erleichtern. Die Bayerische Landesbank
945 braucht wieder einen klaren Auftrag als Finanzdienstleister für mittelständische Unternehmen und Kommunen. Eine Privatisierung der BayernLB lehnen wir deshalb ab.

8: Die Automobilindustrie der Zukunft gestalten

950 Die Automobilindustrie in Bayern ist stark, steht aber auch vor schwer wiegenden Herausforderungen. Deshalb werden wir eine Landesagentur für Elektromobilität einrichten und in eine Landesinitiative für Mobilität folgende Handlungsfelder einbeziehen: Anforderungen an nachhaltige Mobilität, Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeit und die Arbeitsbedingungen in der Automobil- und der
955 Zulieferindustrie, Veränderungen von Wertschöpfungsketten, Infrastruktur sowie die erforderliche Vernetzung der Verkehrsträger.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

960 9: Neue Chancen für traditionelle Industrien

Traditionelle Industrien wie zum Beispiel Glas, Porzellan, Textil und Gießereien sind wesentliche Innovations- und Beschäftigungsträger für die bayerischen Regionen. Deshalb werden wir diese Branchen verstärkt in die Industrie- und Strukturpolitik
965 einbeziehen, um deren Entwicklungspotenzial zu stärken. Wir setzen uns hiermit bewusst von einer Konzentration auf vermeintliche Leuchttürme ab, für die die Politik der gegenwärtigen Staatsregierung steht.

10: Wachstumschancen der Sozialwirtschaft fördern und nutzen

970

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Branchen in Bayern. Wir werden durch einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung die Innovations- und Beschäftigungschancen dieser Branche nutzen und gleichzeitig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Blick haben.
975 Zusätzlich sehen wir auch Entwicklungspotenzial für technische und organisatorische Innovationen – zum Beispiel eine verbesserte Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Versorgungseinrichtungen oder technische Hilfsmittel zur Unterstützung in der Pflege. Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft wird somit zu einem Handlungsfeld der bayerischen Wirtschaftspolitik mit wachsender Bedeutung, das auch zur Verbesserung
980 der Lebensqualität beiträgt.

11: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ausbauen

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet in Bayern hohe Wachstumspotenziale. Sie hat
985 einen besonderen Stellenwert für die Lebensqualität, bietet attraktive Arbeitsbedingungen und ist damit Innovations- und Wachstumsträgerin, die zu Unrecht vernachlässigt und unterschätzt wird. Deshalb werden wir die öffentlich-kulturelle Infrastruktur in allen Regionen Bayerns kontinuierlich und verlässlich fördern, sowie die Ausbildungs- und Wissenschafts- und Forschungsstruktur für die Kultur- und
990 Kreativwirtschaft stärken.

12: Regionen stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln

Das Ungleichgewicht zwischen den bayerischen Regionen muss in das Zentrum der
995 Landesentwicklungsplanung gerückt werden. Wir werden die Landesplanung als Staatsaufgabe gesetzlich festschreiben und ein neues Landesentwicklungsprogramm vorlegen. Dieses neue Landesentwicklungsprogramm wird den nicht wie der Entwurf der Staatsregierung der alleinigen Prämisse der Deregulierung folgen, sondern der optimalen Zweckerfüllung zur geregelten Entwicklung Bayerns. Es wird in einem
1000 umfassenden Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit und der Träger der betroffenen Belange erstellt werden und den Herausforderungen Bayerns durch demographischen Wandel, Metropolisierungstendenzen, Bevölkerungsverschiebungen, Energiewende und Klimawandel gerecht werden. Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Deshalb lehnen wir die von der gegenwärtigen Staatsregierung zu verantwortende Konzentration
1005 auf die Metropolen ab. Wir werden die Verlagerung von Gestaltungsmöglichkeiten auf die Regionen vornehmen und Regionalbudgets zur unbürokratischen und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

maßgeschneiderten Wirtschaftsförderung schaffen.

13: Nah- und Regionalverkehr ausbauen

1010

Der Nah- und Regionalverkehr in Bayern benötigt dringend einen Ausbau. Hierzu zählen zum einen viel zu lange aufgeschobene Großprojekte wie beispielsweise die Erschließung des „Chemiedreiecks“, als auch leistungsfähigere und zuverlässigere Verbindungen. Hierzu werden wir offensiv an die Deutsche Bahn AG sowie die weiteren Anbieter

1015 herantreten, um diese zu einer Verbesserung dieser Verbindungen zu bewegen

14: Standorte und Lebensqualität durch soziale Infrastruktur sichern – Kommunale Unternehmen stärken

1020 Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur ist ein notwendiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklung. Sie fördert wirtschaftliche Wachstumschancen und soziale Teilhabemöglichkeiten. Einen besonderen Stellenwert haben hierbei Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und Schule, Gesundheitsversorgung, Kultur, Sport und verfügbarer, bezahlbarer Wohnraum. Kommunale Unternehmen haben in diesem Zusammenhang mit

1025 ihrem Auftrag zur Daseinsvorsorge einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir sie stärken und wo es möglich ist bestehende Einschränkungen bei Vergabeverfahren und zugelassenen Tätigkeitsfeldern sowie Unternehmensstrukturen beseitigen.

15: Tourismus

1030

Der Tourismus in Bayern stellt mit seinem Potenzial einen bedeutenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung, der auf positive Wachstumschancen blicken kann. Dies ist vor allem auf steigende Trends zum „Urlaub in Deutschland“ sowie zum Gesundheitstourismus zurückzuführen, die beide durch den demografischen Wandel

1035 gefördert werden. Dieser Wandel erfordert eine zukunftsorientierte Tourismusstrategie für Bayern, die Schwerpunkte räumlich und inhaltlich koordiniert, um auf veränderte Bedürfnisse eingehen und die touristischen Angebote anpassen zu können. Darüber hinaus müssen touristische Infrastruktur und Angebote umweltverträglich gestaltet werden. Naturräume dürfen nicht rücksichtslos der touristischen Nutzung zugänglich

1040 gemacht werden. Auch hier ist Nachhaltigkeit oberstes Gebot. Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird deshalb endlich eine nachhaltige Tourismusstrategie entwickeln, die Wachstumschancen nutzt und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt.

1045

1050

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1055

Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft

1060 Bayern ist ein modernes Industrie- und Dienstleistungsland sowie Drehkreuz des europäischen Personen- und Güterverkehrs. Gut ausgebaute Verkehrswege erschließen Räume, eröffnen Märkte und gewähren Mobilität. Gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur ist wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben. Deshalb brauchen wir in Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur, um unseren Lebensstandard zu sichern und 1065 auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Wir werden daher insbesondere den ländlichen Raum besser vernetzen und an die Ballungszentren anschließen. Dafür brauchen wir neben einem attraktiven, umweltschonenden öffentlichen Nahverkehr auch eine gute Breitbandinfrastruktur. 1070 Unser Ziel sind mindestens 50 MBit in jedem Betrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis 2030.

Wir nehmen die Menschen und ihre Befürchtungen ernst und planen nicht gegen sie, sondern mit ihnen. Unsere Planungen stellen wir von Anfang an ökologisch und 1075 ökonomisch auf den Prüfstand. Zusammen mit den Partnern vor Ort setzen wir nur wirklich sinnvolle Projekte um. Das alles setzt ein neues Denken bei allen Akteuren voraus. Daran wollen wir arbeiten. Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

1080 ... nur nach objektiven Kriterien entscheiden, welche Projekte wir zuerst realisieren.

... die Donau sanft schiffbar machen, aber den staustufengestützten Ausbau ablehnen.

1085 ... gerade bei Großprojekten die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Unternehmen, Kammern sowie Umweltverbände rechtzeitig und umfassend an der Planung beteiligen. Das erhöht die Akzeptanz der Vorhaben, die so schneller und günstiger realisiert werden können.

1090 ... für die Schiene eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ starten.

... bei Verkehrsprojekten dem Lärmschutz und der Barrierefreiheit oberste Priorität einräumen.

1095 ... mit dem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ bis 2023 mindestens 200 Millionen Euro bereitstellen.

...den Grundsatz Erhalt und Ausbau vor Neubau beherzigen sowie dem Schutz der Menschen und der Umwelt vor jeglichen Emissionen Vorrang geben.

1100 ... eine LKW-Maut auf allen Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen anstoßen.

... die PKW-Maut ablehnen, da sie vor allem die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Raum trifft und nachweislich keine ökologische Lenkungswirkung besitzt.

1105 Bürgerbeteiligung stärken

Gerade bei Großprojekten werden wir die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, die kommunalen Entscheidungsträger, die beteiligten Unternehmen, die Kammern sowie die Naturschutz- und Umweltverbänden frühzeitig an den Planungen beteiligen.

- 1110 Fachgespräche, Bürgerkonferenzen, Planungsdialoge oder Bürgergutachten werden dabei helfen. Wir sind uns sicher: Dies erhöht die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten und ermöglicht eine schnellere Realisierung. Darüber hinaus kann es zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen kommen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert, Streitigkeiten schon im Vorfeld aus dem Weg geräumt und kostspielige Mehrplanungen vermieden werden. Dazu brauchen wir aber auch auf Kommunal- und Landesebene Bürger- und Volksentscheide.

- 1120 Darüber hinaus werden wir Bürgerbeteiligung auch dann zulassen, wenn sie bayernweit relevante Infrastrukturprojekte betreffen. Die Kosten der Bürgerbeteiligung sind dabei fester Bestandteil der Planung.

Wir streben an, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern von Bürgeranwälten moderiert werden. Denn wir planen mit den Menschen, nicht gegen sie.

1125 Infrastruktur ist Grundlage von Stadt- und regionaler Entwicklung

Für uns ist Infrastrukturpolitik staatliche Daseinsvorsorge. Dabei muss Infrastruktur neu gebaut, ausgebaut und erhalten, sowie ihr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll gestaltet werden.

- 1130 Wir treffen infrastrukturpolitische Entscheidungen nach dem verfassungsgemäßen Grundsatz, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen – auf dem Land und in der Stadt, im Norden und Süden, Osten und Westen. Der Wohnort darf keinen Nachteil für Arbeit, Alltag und Freizeit darstellen. Mindeststandards der Erreichbarkeit müssen wir 1135 überall, auch im ländlichen Raum, gewährleisten.

Erhalt vor Neubau

- 1140 Wir entscheiden nach transparenten und objektiven Kriterien, welche Projekte zuerst angegangen werden. Ausschlaggebend sind Faktoren wie Bedarf, Verkehrsaufkommen, Nutzen und Umweltverträglichkeit. Die finanziellen Mittel, die uns für Infrastruktur zur Verfügung stehen, sind begrenzt und daher effektiv einzusetzen. Es gilt der Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

1145 Planung aus einem Guss

- 1150 Wir fordern zusammen mit der BundesSPD eine neue Bundesverkehrswegeplanung, die sich nicht an einem Länderschlüssel orientiert, sondern an Bedarf und Wichtigkeit: 80 Prozent des Budgets werden für überregional wichtige Projekte, 20 Prozent regional gebunden.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Wir werden eine Verkehrspolitik „aus einem Guss“ erarbeiten. Wir müssen die Kompetenzen in den Ministerien bündeln und eindeutige Zuständigkeiten schaffen, die eine zielgerichtete Infrastrukturpolitik ermöglichen.

1155

Für barrierefreie und nachhaltige Mobilität

Wir wollen eine barrierefreie Beförderung für alle gewährleisten – und zwar über die gesamte Reisekette. Die Erneuerung der Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle.

1160 Doch auch bei Fahrzeugneubeschaffungen muss ausnahmslos für Barrierefreiheit gesorgt werden. Die Kürzung der Landesfördersätze bis zu 50 Prozent für Busneubeschaffungen korrigieren wir und bringen sie auf den alten Stand. Mit einem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir in den kommenden zehn Jahren mindestens 200 Millionen Euro für die rund 1.000 bayerischen Bahnhöfe bereitstellen.

1165

Alternative Antriebstechniken machen mobil

Damit wir Mobilität langfristig sichern, brauchen wir hoch effiziente Fahrzeuge, die mit alternativen Energien betrieben werden. Deshalb werden wir Modellprojekte für Elektro- und Hybridautos in Bayern stärken und so die Abhängigkeit von Erdöl sowie den CO₂-Ausstoß, lokale Schadstoffemissionen und Lärm reduzieren.

1170

Verkehrsinfrastruktur in Bayern voranbringen

1175 Wir müssen mehr Menschen und mehr Güter auf die umweltfreundliche Schiene bringen. Um einen attraktiven und umweltschonenden Personennah- und Fernverkehr zu bieten, sowie das prognostizierte steigende Güterverkehrsaufkommen zu bewältigen, braucht es gut ausgebaute, zuverlässige und leistungsfähige Schienennetze. Deshalb werden wir eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ initiieren. Dabei hat der

1180 Lärmschutz oberste Priorität.

Wir wollen den Ausbau für den notwendigen Zulauf zum von Österreich und Italien geplanten Brennerbasistunnel zwischen München und Rosenheim sowie insbesondere zwischen Rosenheim und Kiefersfelden weiter vorantreiben. Dabei setzen wir uns für den

1185 bestmöglichen Lärmschutz für die Anwohner ein.

Wir setzen uns für den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München – Mühldorf – Freilassing ein, denn aufgrund der prognostizierten erheblichen Steigerung des Güterverkehrs im bayerischen Chemiedreieck ist dessen Anbindung an das nationale und

1190 internationale Schienennetz von wesentlicher Bedeutung.

Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist für die Metropolregion Nürnberg wichtig und dringend notwendig. Außerdem brauchen wir eine Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg – Prag / Dresden. Die Elektrifizierung zwischen Hof und

1195 Regensburg ist unerlässlich, um die bestehenden Kapazitätsengpässe zu bewältigen.

Der weitere Aus- und Neubau des Verkehrsprojekts 8.1 Deutsche Einheit Schiene hat in allen Abschnitten höchste Priorität. Wir brauchen eine leistungsstarke und schnelle

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Verbindung zwischen der Landeshauptstadt München und der Bundeshauptstadt Berlin.
1200 Dabei spielt auch der Güterzugtunnel Fürth eine wichtige Rolle.

Die 2. Stammstrecke in München ist das Herzstück eines zukunftsfähigen Nahverkehrs in München und ganz Südbayern. Sie ermöglicht einen dringend notwendigen Netzausbau, gerade auch der S-Bahn-Außenäste, Taktverdichtungen und verbesserte Pünktlichkeit.
1205 Der Erdinger Ringschluss mit Walpertskirchner Spange und Neufahrner Kurve ist notwendig, um den steigenden Verkehr im Flughafenumland aufzufangen. Wir treten für eine umsteigefreie Anbindung des Flughafens München an den Schienenfernverkehr sowie für eine Flughafenanbindung Mühldorf – Salzburg ein.

1210 Für die Großräume Nürnberg-Fürth-Erlangen und Augsburg wollen wir eine Stadt-Umland-Bahn bzw. einen S-Bahn-ähnlichen Verkehr umsetzen.

Auf der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart – Ulm – Augsburg erhöhen wir die Geschwindigkeit und bauen ein drittes Gleis zwischen Neu-Ulm und Neuoffingen.
1215

Viele bayerische Eisenbahnbrücken sind in einem maroden Zustand. Ihre Finanzierung wollen wir im Bundeshaushalt sicherstellen.

Bis 2015 werden etwa die Hälfte aller Zugkilometer im bayerischen Schienennetz
1220 öffentlich ausgeschrieben und dann im Wettbewerb gefahren. Bis 2023 sollen alle Leistungen im Wettbewerb vergeben sein. Der ausgehandelte Branchentarifvertrag in der Bahnbranche wird von uns als repräsentativer Tarifvertrag für die Ausschreibungen im SPNV in Bayern zu Grunde gelegt.

1225 Straßen: Erhalt und Ausbau vor Neubau

Autobahnen sind wichtige Verkehrsadern für den Verkehr in Bayern. Für uns gilt auch hier: Erhalt und Ausbau vor Neubau sowie der Schutz der Menschen und der Umwelt vor Emissionen jeglicher Art haben Priorität.

1230 Den 173 Kilometer langen Abschnitt der A3 zwischen Aschaffenburg und Nürnberg, einen der wichtigsten Verkehrswege Nordbayerns, wollen wir sechsstreifig ausbauen.

Die A 6 Heilbronn-Nürnberg ist für den grenzüberschreitenden Verkehr nach Osteuropa
1235 sehr wichtig. Deshalb sind wir für den sechsstreifigen Ausbau des 88 Kilometer langen Abschnitts zwischen der Landesgrenze Baden-Württemberg/Bayern und Nürnberg.

Ein sechsspüriger (+2) Ausbau der A 8 auf der überlasteten Achse Ulm – Augsburg (– München) muss zügig umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir einen moderaten,
1240 der Umwelt angepassten Ausbau bis zur Grenze nach Österreich.

Wir bekennen uns zum geplanten Bau der A94. Sie gewährleistet die Anbindung des Chemiedreiecks an den Flughafen München sowie an das überregionale Autobahnnetz. Wir sehen sowohl die Mobilitätsvorteile für die Region als auch die Bedenken vieler
1245 Anwohner und wollen uns im Rahmen des rechtlich Möglichen für eine weitgehende Entlastung der Betroffenen einsetzen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Auf den Bundesstraßen besteht insbesondere bei den Strecken nach Ostdeutschland und Osteuropa dringender Handlungsbedarf.

1250

Die bayerischen Staatsstraßen sind zum Sanierungsfall verkommen. Wir treten für eine verstetigte Mittelausstattung im Staatshaushalt ein. Auch hier folgen wir dem Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

1255 Für die bayerischen Ortsumfahrungen plädieren wir für ein Sonderprogramm auf Bundesebene mit einer Aufstellung der Dringlichkeit nach objektiven Kriterien.

Wir lehnen Gigaliner, also bis zu 25 Meter lange und 40 Tonnen schwere LKW, auf Bayerns Straßen ab. Diese widersprechen unserer Überzeugung, den Güterverkehr von der Straße

1260 soweit möglich auf die Schiene zu verlagern.

Starker Öffentlicher Personennahverkehr

Wir wollen die bayerischen Dörfer, Märkte und kleineren Städte an die Ballungszentren
1265 anschließen und den ländlichen Raum besser vernetzen. Dafür brauchen wir einen stark ausgebauten, attraktiven, umweltschonenden öffentlichen Nahverkehr zu erschwinglichen Preisen.

Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege: Jeder muss sich schnell und unkompliziert
1270 bewegen können – egal ob Berufstätige, Familien, Kinder und Jugendliche oder Senioren. Dafür wollen wir neben Bus und Bahn auch mehr öffentliche Fahrräder, elektrische PKW, Carsharing, und Mitfahrgelegenheiten bereitstellen.

Wir wollen die Wiedereinführung der eigenständigen Busförderung, wie 2006, als
1275 effiziente Maßnahme des Klimaschutzes, wie auch als regionalpolitische Maßnahme.

Wir bekennen uns zu den Flughäfen Nürnberg und München. Das Ergebnis des
Bürgerentscheids zur 3. Start- und Landebahn erkennen wir ausdrücklich an. Die
Subventionen für Regionalflughäfen müssen wir grundsätzlich überdenken.

1280

Die Zahl der Güter- und Personenschiffe auf dem Main-Donau-Kanal wächst stetig. Wir wollen die Donau sanft schiffbar machen, lehnen ihren staustufengestützten Ausbau aber ab.

1285 Aus Umwelt-, Gesundheits-, Tourismus-, und Lärmschutzgründen wollen wir das Fahrradfahren weiter fördern. Wir werden die Kilometerzahl der ausgebauten Fahrradwege in der Stadt und auf dem Land spürbar erhöhen. Von einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Straßen, beispielsweise durch Radspuren an großen Straßen oder reduzierter Geschwindigkeit in Ortschaften, profitieren letztlich alle
1290 Verkehrsteilnehmenden. Für das Radwegenetz an Staatsstraßen schaffen wir einen eigenen Haushaltstitel. Die Schnittstellen zum Öffentlichen Verkehr haben wir im Blick.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1295 Die Kommunikationsinfrastruktur voranbringen

Funktionierende Breitbandinfrastruktur, mobil und stationär, bedeutet Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und ist damit längst sowohl Teil der Daseinsvorsorge als auch ein wichtiger Standortfaktor – gerade im ländlichen Raum. Eine für alle Haushalte und Betriebe verfügbare Breitbandinfrastruktur ist zentrale Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft, Bildungslandschaft, Gesundheitsversorgung und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

Breitbandausbau auf internationales Niveau bringen

1305

Wir werden den Breitbandausbau bayernweit auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringen und die Digitale Agenda der EU erfüllen. Unser Ziel sind mindestens 50 MBit in jedem Gewerbebetrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis 2030. Wir unterstützen die BundesSPD, die eine flächendeckende und

1310 technologieneutrale Versorgung als Universaldienst gesetzlich verankern will.

Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein BürgerInnenrecht und somit Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Auch die Bereitstellung öffentlicher WLAN Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen (z.B. Stadtbibliothek) zählt hierzu. Die SPD setzt sich gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte Störerhaftung (WLAN-Betreiber müssen aktuell für entstehende Schäden haften) ein und ermöglicht damit innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung.

Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatlicher Verantwortung

1320

Wir werden mit Hilfe einer Entwicklungsgesellschaft, an der neben dem Staat auch Kommunen, Anbieter und Netzbetreiber beteiligt sind, den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatliche Verantwortung übernehmen und so die Kommunen unterstützen. Wir setzen uns für eine Versorgungsstudie ein, so dass eine störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz bayernweit ermöglicht wird. Auch werden wir die Einsatzhemmnisse beim Mobilfunkstandard LTE im grenznahen Raum beseitigen.

Finanzierung

1330

Der Wirtschaftsstandort Bayerns, vernünftiges Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze hängen an den richtigen Investitionsentscheidungen. Dabei geht es nicht nur um Investitionen in Forschung und Bildung. Ebenso wichtig sind die Investitionen in die Infrastruktur. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur wird aber seit Jahren auf Verschleiß gefahren.

Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit“ der BundesSPD. Nur durch mehr Steuereinnahmen werden solche Zukunftsinvestitionsprogramme seriös und dauerhaft finanziert. Für Bayern würden – durch die Umsetzung des SPD-Bundesprogramms – allein aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer mehr als 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr resultieren. Geld, das dringend für die

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

kommunale und staatliche Infrastruktur gebraucht wird.

1345 LKW- statt PKW-Maut

Die Verkehrsinfrastruktur erfordert aber mehr: Es müssen diejenigen an den Kosten angemessen beteiligt werden, die die Infrastruktur am meisten abnutzen. Ein LKW nutzt eine Straße bis zu 60.000 Mal stärker ab als ein PKW. Wir treten deshalb für eine
1350 Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen und mittelfristig auch auf Staats- und Kommunalstraßen ein. Daraus können mehrere Milliarden Euro jährlich für Bund, Länder und Gemeinden für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur gewonnen werden.

Gleichzeitig ist dies das wirkungsvollste Mittel, um Mautausweichverkehr zu bekämpfen
1355 und die Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zur Kasse zu bitten. Die Einnahmen (max. 16 Cent/km) kommen der Infrastruktur in Form von Investitionen zugute. Außerdem sind 15 Prozent der Einnahmen zweckgebunden in den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze zu investieren.

1360 Wir lehnen die Einführung einer PKW-Maut ab. Sie trifft insbesondere die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum und hat zudem keine ökologische Lenkungswirkung. Ebenso lehnt die BayernSPD Pläne aus dem schwarz-gelben Lager ab, Infrastrukturfinanzierung über Privatisierungen und PPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaften) zu organisieren. Denn das ist für uns versteckte Staatsverschuldung.

1365

1370

1375

1380

1385

1390

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Ländlicher Raum: Aktive Politik für ein starkes Bayern

1395 Der ländliche Raum in Bayern erstreckt sich über 85 Prozent der Landesfläche und ist für
60 Prozent der bayerischen Bevölkerung erlebte Heimat. Die Stärke des ländlichen
Raumes sind seine Menschen und ihr sozialer Zusammenhalt. Das ehrenamtliche
Engagement für die Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Umwelt, sei es in Vereinen
und Verbänden, in der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei Elterninitiativen, in Kirchen oder
bei der Brauchtums-Pflege, ist hoch.

1400

Diese hohe Lebensqualität möchten wir erhalten und steigern, damit wir den
Verfassungsauftrag nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern
endlich umsetzen können – besonders und gerade unter den Herausforderungen des
demografischen Wandels und der Globalisierung.

1405

Uns ist bewusst: Den „einen ländlichen Raum“ gibt es nicht. Vielmehr existiert ein breites
Spektrum an vielfältigen ländlichen Regionen, die sehr unterschiedliche Lebens- und
Wirtschaftsbedingungen repräsentieren. So entwickeln sich Stadtumlandregionen immer
mehr zu dichtbesiedelten Gebieten mit raschem Bevölkerungszuwachs und
1410 wirtschaftlichem Aufschwung, Dabei werden meist enorme Flächen verbraucht und das
ursprüngliche Landschaftsbild zerstört.

Im Unterschied dazu sehen sich vor allem die Regionen Nordost- und Südostbayerns, die
nicht selten landschaftlich äußerst reizvoll sind, mit Herausforderungen wie
1415 Abwanderung und wirtschaftlicher Strukturschwäche konfrontiert.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

1420 ... individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen erarbeiten, um somit
mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung für die Regionen zu ermöglichen.

... eine regionale Strukturpolitik anstoßen, die statt Leuchtturmpolitik die Stärkung
regionaler Entwicklungskerne vorantreibt.

1425 ... für schnelle Netze für den ländlichen Raum sorgen: Schnelles Internet für alle
Haushalte.

... die Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen nutzen und so die regionale
Wertschöpfung optimieren.

1430

... die Grundversorgung im ländlichen Raum mit wohnortnaher Bildung,
Sozialeinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Einkaufsmöglichkeiten sicherstellen.

1435 ... einen Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum auf den Weg bringen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1440 Individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen

Zwischen den städtischen Regionen und den strukturschwachen Gebieten, insbesondere in Nordostbayern, bleibt die Schere bei den wichtigen Wirtschaftskennzahlen weiterhin weit geöffnet. In keinem anderen Bundesland ist der Unterschied zwischen starken und 1445 schwachen Regionen so groß. Die Politik für den ländlichen Raum erstreckt sich aktuell unkoordiniert über diverse Ministerien wie Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Kultus-, Sozial- und Umweltministerium, mit der Folge, dass in der CSU/FDP-Staatsregierung meistens jede/r und im Zweifelsfall niemand zuständig ist.

1450 Bündelung der Zuständigkeiten

Wir werden mit einer Bündelung der Zuständigkeiten in einer Hand koordiniertes und effektives Handeln sicherstellen. Wir stehen zur Subsidiarität und werden die regionale Wertschöpfung steigern helfen, damit das erwirtschaftete Geld auch in der Region 1455 verbleibt und dort wieder investiert wird.

Stärkung der Eigenverantwortlichkeit

Wir werden den Regionen mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung auch im 1460 finanziellen Bereich geben. Ein erster Schritt kann dabei die Schaffung von Regionalbudgets auf der Ebene der regionalen Planungsverbände sein. Mit diesen Geldern können dann Regionalmanagement und Regionalmarketing verwirklicht werden.

Land im Gleichgewicht als Ziel

1465 Dem Abwanderungsproblem der peripheren Regionen Bayerns steht der Zuwanderungsdruck in die Metropolen gegenüber. Während in Nordostbayern Kindergarten und Schulen geschlossen werden, stehen Kommunen in den Speckgürteln der großen Städte sowie in den Metropolen selbst vor großen Herausforderungen beim 1470 Bau neuer Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur.

Dies führt auf beiden Seiten zu langen Wegen für kurze Kinderbeine und Einschränkung von Lebensqualität, insbesondere für junge Familien und ältere Menschen, die in der Mobilität eingeschränkt sind. Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser 1475 Problematik seit Jahrzehnten alleine, schaut der Entwicklung tatenlos zu und hat nichts zu bieten außer Sonntagsreden und Worthülsen in Landesentwicklungsprogrammen.

Wir bekennen uns zu einer Politik für ein Land Bayern im Gleichgewicht. Stadt und Land stehen in einer Verantwortungspartnerschaft. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die 1480 die strukturschwachen Räume nachhaltig stärkt und mit einer vor Ort individuell abgestimmten Entwicklungsstrategie Stadt und Land gemeinsam stark macht für die Zukunft.

Regionale Strukturpolitik

1485 Regionale Strukturpolitik bewegt sich im Spannungsfeld der Bereiche Industrie-,

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Technologie-, Innovationspolitik sowie Regional- und Infrastrukturpolitik und Regionalplanung und ist eng mit der Wirtschaftspolitik verknüpft. Sie dient den Zielen

1490 ... Wachstum, mit gleichen Chancen in allen Landesteilen,

... Stabilität, also der gleichmäßigen Entwicklung eines Wirtschaftsraums,

... Ausgleich, also der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten
1495 Staatsraum, und

... Nachhaltigkeit, also der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse in einer Weise, die zukünftige Lebensgrundlagen nicht beeinträchtigt.

1500 Die Staatsregierung hat mit ihrem ausschließlichen Fokus auf Wachstum, Cluster, Metropolen, Leuchtturmprojekten und mit dem Prinzip des „Starken stärken“ sowie der Vernachlässigung von Ausgleich und aktiver Industriepolitik die Ungleichentwicklung der Regionen noch verstärkt.

1505 **Arbeitsplätze kommen zu den Menschen und nicht umgekehrt**

Oberstes Ziel einer SPD-geführten Staatsregierung ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern. Sie setzt auf die gut ausgebildeten Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern. Sie schafft die Grundlagen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen

1510 kommen und nicht umgekehrt. Im ländlichen Raum ist es die Innovationskraft gerade der kleinen und mittleren Unternehmen, die wir mit gezielten Maßnahmen unterstützen werden. Denn wir haben erkannt: sie sind der Motor der Entwicklung vor Ort, hier muss staatliche Förderung ansetzen.

1515 **Risikokapital für Firmengründungen erleichtern**

Wir werden die Bedingungen zur Erlangung von Risikokapital für Firmengründungen erleichtern, die bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen verringern, die LfA Bayern als staatliche Förderbank stärken, die Bagatellgrenzen bei

1520 Förderprogrammen zur Unterstützung von Mittelstandsunternehmen und Handwerksbetrieben im ländlichen Raum von 500.000 Euro auf 40.000 Euro senken, sowie Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen von kleinen und mittleren Unternehmen steuerlich fördern. Wir werden die CSU-Politik der einzelnen Leuchttürme beenden und eine Politik mit vielen über ganz Bayern verteilten Lichterketten auf den
1525 Weg bringen.

Tourismus als Wirtschaftsmotor

Der Tourismus hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung im ländlichen Raum.

1530 Gerade in strukturschwachen Gebieten übernimmt er mangels Alternativen die Funktion der Leitbranche. Tourismusförderung ist damit regionale Wirtschaftsförderung im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Deshalb werden wir diesem Bereich besonderes Augenmerk schenken und vor allem die Qualitätsinitiativen der Branche tatkräftig unterstützen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1535

Schnelle Netze für den ländlichen Raum

Der Anschluss an schnelles Internet ist heute wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und entscheidender Bestandteil gleichwertiger Lebensbedingungen. Ein guter
1540 Breitbandanschluss bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, barrierefreien Zugang zu Informationen, neue Möglichkeiten der Kommunikation und ist damit Teil der Daseinsvorsorge.

Ohne schnelles Internet werden ganze Regionen und die dort wohnenden Menschen
1545 abgehängt.

Gerade im ländlichen Raum wird schnelles Internet immer wichtiger, um die Herausforderungen des demografischen Wandels und damit die Folgen der vielerorts sinkenden Einwohnerzahlen zu bewältigen. b

1550

Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen

Eine dezentral gestaltete Energiewende bringt nicht nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen. Der
1555 wirtschaftliche Impuls wäre enorm und könnte gerade für strukturschwache Gebiete einen Aufschwung durch die Energiewende initiieren. Laut einer aktuellen Studie beträgt die mögliche Wertschöpfung durch erneuerbare Energie allein in den beiden Planungsregionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord 300 bis 500 Millionen Euro jährlich. Wer also die Energiewende torpediert, der torpediert auch die wirtschaftliche
1560 Entwicklung auf dem Land.

Kommunen bei der Energiewende unterstützen

Für die Kommunen gilt es, die Energiewende selbst aktiv zu gestalten und die
1565 Energieversorgung wieder als Teil der Daseinsvorsorge und damit als eigene Aufgabe zu begreifen. Zur Optimierung der Wertschöpfung ist es außerdem wichtig, dass nicht nur Anlagen in der Region errichtet, sondern auch mit Kapital aus der Region betrieben werden. Anlagen in Bürgerhand stellen im Zusammenspiel mit kommunalen Erzeugungsanlagen die beste Lösung dar. Dies steigert auch die Akzeptanz für den
1570 Ausbau erneuerbarer Energie ganz allgemein. Schließlich kommt es darauf an, die in der Region erzeugte Energie auch direkt an Abnehmer aus der Region zu verkaufen und so regionale Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Ziel muss es sein, den Umstieg auf erneuerbare Energie so zu gestalten, dass die Region davon optimal profitiert.

1575 Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Wir werden sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Regionen weiterhin kostengünstig mit dem Bus zum Arzt, zur Schule und zum Einkaufen fahren können. Wir werden einen Demografie-Faktor (höhere Pro-Kopf-Zuweisungen bei stark sinkenden
1580 Einwohnerzahlen) bei den ÖPNV-Zuweisungen einführen, weil die Durchführung eines gut funktionierenden ÖPNVs bei sinkenden Einwohnerzahlen und sinkenden Schülerzahlen bislang nur sehr schwer zu gewährleisten ist. Ein eingeschränkter ÖPNV

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

verschärft aber den Abwanderungsdruck in den ländlichen Regionen. Hier sind innovative Lösungen gefragt sowie ehrenamtliches Engagement. Wir werden gemeinsam mit den
1585 Kommunen individuelle Lösungen entwickeln.

Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und der Pflege im ländlichen Raum bedarf angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungstendenzen besonderer Anstrengungen. Wir schauen hier nicht weg sondern stellen uns dieser
1590 Aufgabe.

Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen

Junge Familien entscheiden ihre Wohnortwahl nach dem Vorhandensein von
1595 Arbeitsplätzen, Schulen, Kultur, Ärzten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Eine gute Kinderbetreuung kann darüber entscheiden, ob eine Gemeinde ihre jungen Menschen hält oder nicht. Wir werden daher die Landkindergartenregelung so verbessern, dass auch kleine, hochqualitative Betreuungseinrichtungen unterhalten werden können und die Kommunen dabei finanziell ausreichend unterstützt werden. Wir werden den Erhalt
1600 wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen als Selbstverpflichtung im Landesentwicklungsprogramm belassen und nicht, wie von der Staatsregierung geplant, streichen.

Schulen als Standortfaktor

1605

Gute Bildung, wohnortnahe Schulen, Ärzte und Sozialeinrichtungen in jeder Kommune sind ein wichtiger Standortfaktor. Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern hat jedoch zur Auflösung von hunderten Schulstandorten insbesondere in strukturschwachen, dünnbesiedelten Gebieten geführt. Wo keine Schule mehr ist, da entleeren sich früher
1610 oder später Ortskerne, Wirtshäuser schließen, Pfarreien werden zusammengelegt.

Neue Unternehmen werden sich nur dort ansiedeln, wo es gut ausgebildete Arbeitskräfte gibt und wo Beschäftigte ein gutes Bildungsangebot für ihre Kinder erwarten können. Das Bildungsangebot gerade im ländlichen Raum wird durch unser Konzept der regionalen
1615 Gemeinschaftsschulen, in denen alle Schulabschlüsse angeboten werden, deutlich verbessert.

Wir werden das Angebot von guten Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen, um durch mehr Fördermöglichkeit die Bildungschancen der einzelnen SchülerInnen und die
1620 Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Wir werden die kommunalen Gebietskörperschaften mit mehr Zuständigkeiten bei der Erstellung einer verbindlichen und passgenauen Bildungs- und Schulplanung ausstatten. Dazu wird in jeder Region ein Bildungsplan erstellt, der laufend fortgeschrieben wird.
1625

Hochschulnetz enger knüpfen

Wir werden das Netz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im ländlichen Raum als Kristallisationspunkte für Nachwuchsgewinnung von qualifizierten
1630 Arbeitskräften und für

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

regionale Innovationsimpulse stärken. Die Anzahl der Studienplätze werden wir ausbauen und den Technologietransfer von Hochschulen und kleinen und mittelständischen Betrieben fördern.

1635

Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum

Defizite in der Regional- und Strukturpolitik haben in Bayern dazu geführt, dass gerade im ländlichen Raum viele finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch verschuldete Gemeinden aus eigener Kraft weder die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, noch die Sicherung und Stabilisierung ihrer Haushalte leisten können. Nicht nur der Freistaat muss sich entschulden, sondern auch die Kommunen. Wir werden einen Entschuldungspakt mit den Kommunen schließen und sie nicht im Regen stehen lassen wie die bisherige Staatsregierung.

1645

1650

1655

1660

1665

1670

1675

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1680 Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern

Städte, Gemeinden und Kreise sind die Heimat der Menschen. Sie sind der Ort, an dem Politik hautnah erlebt wird. Viele bayrische Kommunen werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Wir kennen die Probleme vor Ort und zeigen dort täglich,
1685 dass wir regieren können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind die Leitlinien unserer Politik für die Kommunen und mit den Kommunen. Wir wollen soziale Ungleichheiten abbauen und soziale Integration ermöglichen. Nur eine solidarische Kommune, in der
1690 Jung und Alt, Alteingesessene und Neubürgerinnen und -bürger, Familien, Alleinerziehende, Alleinstehende oder Menschen mit Behinderung die gleichen Chancen haben, ist eine lebenswerte Kommune.

Wir wissen: Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für die
1695 Sicherung der Lebensqualität und die Teilhabe von allen Bevölkerungsschichten. Wir werden durch eine Ergänzung der Bayrischen Verfassung eine angemessene Finanzausstattung für unsere Kommunen gewährleisten und gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns schaffen. Hierbei lassen wir die Städte und Gemeinden nicht alleine.

1700

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die kommunale Selbstverwaltung stärken, das Subsidiaritätsprinzip achten und das
1705 Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen.

1705

... die Gewerbesteuer als zentrale Einnahmebasis der Kommunen stabilisieren und ihre Bemessungsgrundlage verbreitern sowie einen kommunalen Entschuldungsfonds auflegen.

1710 ... die bewährte, zuverlässige und bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit kommunalen Dienstleistungen gegen schwarz-gelbe Privatisierungsbestrebungen verteidigen.

... ein wohnortnahes Angebot an sozialer Infrastruktur sicherstellen und die finanzielle
1715 Ausstattung des bewährten Programms „Soziale Stadt“ wieder anheben.

... den Wohnungsbau durch eine deutliche Erhöhung der Landesmittel ankurbeln, das Genossenschaftswesen stärken und den Mietanstieg bremsen.

1720 ... zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität dem Öffentlichen Personennahverkehr, der Bahn und dem Radverkehr den Vorrang vor dem Individualverkehr einräumen.

... einen Dialog zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit einleiten.

1725 ... die Arbeit der Bezirke und Bezirkstage als dritte kommunale Ebene stärken.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Kommunale Selbstverwaltung stärken

1730 Kommunen sind von den Gesetzgebungen auf Europäischer, Bundes- und Landesebene unmittelbar betroffen, ohne in die Gesetzgebungsprozesse ausreichend mit eingebunden zu sein. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird den Städten und Gemeinden ein echter Partner sein und sie frühzeitig in für sie bedeutsame Gesetzgebungsvorhaben einbeziehen.

1735

Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung und achten das Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen eigenverantwortlich die sie betreffenden Aufgaben wahrnehmen. Denn unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kennen die Probleme vor Ort am Besten.

1740

Prinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen

Wir werden auch dafür sorgen, dass viele unnötige gesetzliche und administrative Gängelungen der Kommunen durch den Freistaat beendet werden und die Kommunen mehr Freiheiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Umsetzung staatlicher Förderprogramme bekommen. Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ werden wir konsequent umsetzen.

Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen

1750

Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Voraussetzung hierfür ist eine Finanzausstattung, die allen Kommunen einen angemessenen Standard an kommunaler Daseinsvorsorge ermöglicht. Hier steht der Freistaat besonders in der Pflicht, denn er ist an allen wichtigen Steuergesetzen über den Bundesrat beteiligt und er ist verantwortlich für einen gerechten kommunalen Finanzausgleich in Bayern. Beim kommunalen Finanzausgleich gibt es noch sehr viel zu tun, um den berechtigten Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern zu entsprechen.

Kommunalen Anteil am Steueraufkommen erhöhen

1760

Die wichtigsten Forderungen der Kommunen in Bayern dokumentieren, dass in den Regierungsjahren der CSU viele finanzpolitischen Hausaufgaben unerledigt geblieben sind: Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss schrittweise von bisher 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden. Bayern ist hier bei den großen Flächenländern im alten Bundesgebiet bisher das unrühmliche Schlusslicht.

Der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund beträgt nur 51 Prozent, obwohl er früher schon bei 65 Prozent lag. Auch hier werden wir den Ansatz schrittweise erhöhen, vor allem die Ausgaben für den Bauunterhalt und den ÖPNV.

1770

Struktur- und finanzschwachen Gemeinden helfen

Den Ansatz für Bedarfszuweisungen an die Kommunen werden wir über die bisher 100 Millionen Euro hinaus auf 150 Millionen Euro erhöhen, um struktur- und damit oft auch

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1775 finanzschwachen Gemeinden wirksamer helfen zu können. Zudem werden wir für diese Gemeinden Sonderstrukturhilfen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs einführen.

1780 Die Erstattungen des Landes für Ausgaben, die bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben durch die Kommunen entstehen, müssen die Ausgaben der Gemeinden vollständig abdecken. Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider nicht. Wir werden daher eine komplette Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund anstreben. Wir werden ebenso sicherstellen, dass die Mittel des Bundes vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.

1785

Investitionen auf hohem Niveau halten

Wir unterstützen die Neuordnung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch ein Bundesleistungsgesetz mit einer vollständigen 1790 Kostenübernahme durch den Bund.

Die investiven staatlichen Zuwendungen für Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Straßenbau und Bauunterhalt müssen auch in konjunkturellen Abschwungphasen auf hohem Niveau gehalten werden.

1795

Entlastung des Freistaats auf Kosten der Kommunen beenden

Auch eine SPD-geführte Staatsregierung wird diesen über lange Jahre aufgebauten Reformbedarf nicht auf einmal erfüllen können, sondern Schritt für Schritt. Diesen Weg 1800 wollen wir aber konsequent beschreiten: Wir werden die bisherige Politik beenden, bei der sich der Freistaat Bayern allzu häufig auf Kosten seiner Kommunen finanziell entlastet hat. Wir werden endlich für ein faires Verhältnis zwischen Staat und Kommunen sorgen. Dazu gehört für uns auch die klare Zusage, dass mit der Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen die erforderlichen finanziellen Mittel bereit gestellt werden 1805 müssen.

Schuldenabbau für Kommunen, Gewerbesteuer ausbauen

Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb die 1810 kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaats einfließen müssen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden in die kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir beim Schuldenabbau des Staates gewährleisten, dass über einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre Verschuldung reduzieren 1815 können. Die zentrale Einnahmebasis vieler Kommunen, die Gewerbesteuer, muss durch die Einbeziehung der Freiberufler ergänzt, verbreitert und stabilisiert werden.

Kommunalen Finanzausgleich fair gestalten

1820 Die Auswirkungen des Fiskalpakts und der Schuldenobergrenze dürfen nicht dazu führen, dass der Freistaat sich in konjunkturell schlechten Zeiten an den Kommunen „schadlos“ hält, zum Beispiel durch eine Verschlechterung beim Kommunalen Finanzausgleich. Die

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

SPD in Bayern wird die ausreichende Finanzkraft der bayerischen Gemeinden gemäß dieser Positionen stets im Auge behalten und dafür kämpfen.

1825

Preiswerte Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen

Mit der kommunalen Daseinsvorsorge stellen Städte und Gemeinden die wirtschaftliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicher. Dazu zählt die Versorgung mit Energie und Wasser, dazu gehört die Infrastruktur für Nahverkehr und Wohnen sowie das Gesundheits- und Rettungswesen. Und dazu gehört auch die Entsorgung von Abwasser und Abfall. In vielen Kommunen erledigen kommunale Stadt- und Gemeindewerke die Aufgaben der Ver- und Entsorgung. Sie tun dies zuverlässig, preiswert und bürgernah. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das zu schätzen: Nach einer Erhebung des Verbands kommunaler Unternehmen aus dem Jahr 2009 genießen Stadtwerke mit 81 Prozent das höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Das hängt nicht nur mit der Qualität der Leistung zusammen, sondern auch damit, dass Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Unternehmen Einfluss ausüben können. Von Bedeutung ist auch, dass kommunale Unternehmen nicht dem Prinzip des Shareholder-Value verpflichtet sind sondern statt Gewinnmaximierung das Gemeinwohl im Auge haben. Wir wissen: Die kommunalpolitische Verantwortung ist ein Garant für eine sichere, preiswerte und bürgernahe Daseinsvorsorge.

1845

Kommunale Daseinsvorsorge gefährdet

Diese Daseinsvorsorge in kommunalpolitischer Verantwortung ist gefährdet. Neoliberale Kräfte wollen die Aufgaben der Daseinsvorsorge dem Markt und einem unbeschränkten Wettbewerb überlassen. Die preiswerte und sichere Ver- und Entsorgung wird damit bedroht. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird sich diesen Kräften heftig widersetzen. Die Daseinsvorsorge muss Teil der kommunalen Selbstverwaltung bleiben, die Rahmenbedingungen zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung werden daher von uns ausgebaut und verbessert.

1855

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird

... dafür einstehen, dass die einzelnen Länder in der EU über die Daseinsvorsorge weiterhin selbst entscheiden können, um die Verantwortlichkeit der Kommunen zu erhalten.

1860 ... darauf drängen, dass die EU den im Vertrag von Lissabon begonnenen Prozess der Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung fortsetzt und den Handlungsspielraum der Kommunen vergrößert.

1865 ... sich dafür einsetzen, dass die EU das Beihilfeverbot im Bereich der Daseinsvorsorge weiter lockert.

1870 ... das kommunale Wirtschaftsrecht ändern, um die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen zur Förderung der Energiewende zu ermöglichen. Denn in Zeiten der dezentralen und regenerativen Energieversorgung ist die Beschränkung der Zuständigkeit der Kommunen auf das jeweilige Gemeindegebiet überholt.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

... eine Privatisierung des Trinkwassers entschieden ablehnen.

Nur eine solidarische Kommune ist eine lebenswerte Kommune

1875

Wir werden die bewährte soziale Infrastruktur vor Ort aufrecht erhalten und weiterhin für ein breites Angebot an wohnortnahen Einrichtungen sorgen, dass der Vielfalt der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten entspricht. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Netzes an sozialen Angeboten sowie

1880 Einrichtungen der Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Neue Formen des Miteinanders werden wir fördern, da sie einen wertvollen Beitrag zur solidarischen Kommune leisten. Hierzu gehören Mehrgenerationenprojekte und Formen des betreuten Wohnens genauso wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement.

1885 Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben

Das Recht auf eine angemessene Wohnung hat in Bayern Verfassungsrang. Wir wollen diesen Anspruch ernst nehmen und dafür sorgen, dass alle Bevölkerungsschichten in Bayern Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Gerade in den Wachstumsregionen, 1890 aber auch in den Tourismusgebieten, verschärft sich der Wohnraummangel zusehends. Immer mehr Durchschnittsverdiener, vor allem aber junge Familien, finden nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Wir werden hier gegensteuern und nicht zulassen, dass die Mieten in den Ballungsräumen zum Armutrisiko werden.

1895 Sozialen Wohnungsbau steigern

Durch die Förderalismusreform I wurde die soziale Wohnraumförderung ausschließlich den Ländern überlassen. Wir werden im Freistaat die Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung sicher stellen. Wir werden die Mittel für den sozialen 1900 Wohnungsbau verstetigen und auf Regionen mit Wohnraummangel konzentrieren. Deshalb werden wir die Landesmittel zur Wohnraumförderung in Ballungsräumen massiv erhöhen und uns dafür einsetzen, dass die Abschreibungsmöglichkeiten beim Bauen verbessert werden. Jungen Familien soll die Bildung von Wohneigentum erleichtert werden.

1905

Wohnungsbaugenossenschaften stärken

Als Partner für unsere Wohnungspolitik werden wir verstärkt öffentliche Wohnungsbaubetriebe und Genossenschaften unterstützen. Wir werden hierzu das 1910 Genossenschaftswesen wiederbeleben und stärken. Denn Genossenschaften verbinden demokratische Selbstverwaltung mit unternehmerischer Initiative, Selbsthilfe und sozialer Orientierung. Gerade im Wohnungsbau leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Auf- und Ausbau von Wohnungsbaugenossenschaften wird von uns durch die Aufnahme in das bayerische 1915 Wohnraumförderungsgesetz künftig verstärkt gefördert. Mit Baugrund und günstigen Darlehen wollen wir Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften unterstützen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

1920 Mietanstieg bremsen und Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern

Seit Jahren verweigert die schwarz-gelbe Staatsregierung die Schaffung der nötigen Rechtsgrundlage für Kommunen zum Erlass eines generellen Umwandlungsverbots von Miet- in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten. Damit geht Jahr für Jahr bezahlbarer Wohnraum verloren. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unverzüglich diese Rechtsgrundlage schaffen, damit in Kommunen mit Wohnraummangel Luxussanierungen verhindert werden und die angestammten Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben können.

1930 Mietanstieg begrenzen

Für diese Kommunen werden wir ebenso sicher stellen, dass die bewährte Politik des Zweckentfremdungsverbots – der Umwandlung von Wohnraum in Büros – weitergeführt wird. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Absenkung der Kappungsgrenze für zulässige Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen auf 15 Prozent reicht nicht aus. Wir setzen uns für eine Begrenzung der Neuvermietungsmieten auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete ein, für eine Neuberechnung des Mietspiegels mit stärkerer Berücksichtigung der Bestandsmieten und vor allem für eine Absenkung der umlagefähigen Kosten bei Modernisierungsmaßnahmen. Die Kappungsgrenze ist auch auf Erhöhungen nach §559 BGB zu verwenden (Modernisierungserhöhungen).

Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung

Siedlungsdruck, Gewerbeflächenentwicklung und Verkehrswegebau nehmen immer mehr Flächen in Anspruch. Wir hingegen werden eine ressourcenschonende und umweltgerechte Stadtentwicklung durch flächensparende Baulandausweisung, kompakte Bauweise und eine Stadt der kurzen Wege auf den Weg bringen. Eine ideale Stadtentwicklung orientiert sich entlang der Strecken des Öffentlichen Personennahverkehrs. Somit verbinden wir mehr Lebensqualität mit einer sicheren Mobilität für alle und der Erreichbarkeit von allen notwendigen Einrichtungen der Grundversorgung.

Städtebauförderung erhöhen statt kürzen

Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion an die schwarz-gelbe Bundesregierung, die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung zurückzunehmen. Stattdessen werden wir auf Bundesebene die Mittel auf 700 Millionen Euro jährlich anheben und insbesondere auch die Mittel für das Programm Soziale Stadt wieder erhöhen. Gerade das Programm Soziale Stadt leistet einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung von Stadtteilen, die besonderer Unterstützung bedürfen.

Mobilität für alle

Wir begrüßen die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns für die Verlängerung des

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ein und werden dafür sorgen, dass die Finanzierung dringend notwendiger Verkehrsinfrastruktur weiterhin gesichert ist. Dabei gilt für uns der Vorrang der Schiene vor der Straße. Neben dem Neu- und Ausbau von 1970 Verkehrswegen werden wir auch Investitionen in den Erhalt und die Sanierung von Schienen- und Straßennetz unterstützen. Für eine umweltgerechte und nachhaltige Mobilität hat für uns der Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes in den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung.

1975 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

Bayern steht vor großen Herausforderungen in der Regionalentwicklung. Demographischer Wandel, Energiewende, die Bewältigung von Siedlungsdruck und zunehmende Verkehrsströme in Wachstumsregionen erfordern differenzierte regionale 1980 Strategien und übergeordnete Steuerungsmöglichkeiten. Dem stehen Abwanderungstendenzen aus ländlichen Räumen gegenüber, die nicht minder Probleme aufwerfen.

Die heutigen regionalen Planungsverbände können diese Aufgaben ohne grundlegende 1985 Reform nicht mehr bewältigen. Wir werden daher einen Dialog beginnen und gemeinsam mit den Verantwortlichen auf kommunaler und regionaler Ebene Überlegungen zu einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit entwickeln. Hierzu gehören eine Überprüfung des räumlichen Zuschnitts der Planungsregionen, eine Erweiterung von Kompetenzen und Planungsinstrumentarium sowie eine Stärkung der Organisationskraft.

1990

Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken

Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir 1995 stehen auch weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger.

Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürgerinnen und Bürger. Bisher können sich Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen. Ein 2000 Bezirkswahlrecht ist ihnen aber verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale Ebene wahlrechtlich der kommunalen Familien gleichstellen.

Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung im Freistaat. Diese gilt es auszubauen. Die Bezirke sind als Träger der 2005 überörtlichen Sozialhilfe zuständig für die Hilfe bei Pflegebedürftigkeit und die Eingliederung für Menschen mit Behinderungen. Wir unterstützen die Zusammenführung der Hilfen für Menschen mit Behinderungen in einer Hand und die Übernahme der Kosten durch den Bund in einem neuen Bundesleistungsgesetz. Dies darf jedoch nicht zur Absenkung von bestehenden Leistungsstandards führen. Bestrebungen 2010 zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks lehnen wir entschieden ab.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2015

Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin

Bayern ist die größte Region im Herzen Europas. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Bayern kann nur mit Europa und nicht gegen Europa erfolgreich sein, denn Bayern ist ein großer Profiteur des europäischen Binnenmarkts und des Euro. Der Export – gerade in unsere Nachbarländer – nimmt in Bayern eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Ganz klar: Ein starkes Europa ist wichtig für ein starkes Bayern. Wir setzen uns daher für Solidarität in Europa ein, weil diese auch den Menschen in Bayern hilft.

Doch zum ersten Mal droht die europäische Einigung zerstört zu werden. Die Gründungsidee der EU war, dass die Menschen in Frieden zusammen leben und gemeinsam über die Nationalgrenzen hinweg wirtschaften können. Die Situation in vielen Mitgliedstaaten mit hoher (Jugend)Arbeitslosigkeit, sinkenden sozialen Sicherungen und dem Schrumpfen der Wirtschaft lässt viele Menschen an der EU zweifeln.

Wir nehmen diese Ängste und Befürchtungen der Menschen ernst und werden daher vehement dafür kämpfen, die Soziale Marktwirtschaft zu erhalten und die von vielen konservativen und marktliberalen Kräften angestrebte radikale Marktwirtschaft zu verhindern. Was wir wollen ist ein stärkeres Europa – und das geht nur mit einem sozialeren Europa.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung ihren Einfluss geltend machen, um Folgendes auf den Weg zu bringen:

... europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der LeiharbeiterInnen und Regulierung bei Werksverträgen

2045

... eine einheitliche europäische Bankenaufsicht, die sich jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht und keine neuen Hürden und Belastungen für Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine Privatbanken mit sich bringt.

... kleine und mittlere Unternehmen durch Nutzung der Struktur- und Sozialfonds stärken und ihnen schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.

... dafür sorgen, dass auch weiterhin Gelder aus den Sozial- und Strukturfonds der Europäischen Union nach Bayern fließen und hier sinnvoll verwendet werden.

2055

... Förderung transparenter und einfacher gestalten.

2060

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Für ein demokratisches Europa

2065

Mit dem Lissaboner Vertrag, der seit Dezember 2009 in Kraft ist, wurde die demokratische Teilhabe und Mitbestimmung gestärkt. Zum einen hat das Europäische Parlament wesentlich mehr Mitbestimmungsrechte bekommen und zum anderen wurden die Beteiligungsrechte der Länder an den Entscheidungen der Europäischen Union verbessert. Wir werden auf Grundlage dieser Subsidiarität die Interessen Bayerns in Europa vertreten und unser gemeinsames Europa sozialer gestalten. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die europäische Einigung in unser aller Interesse liegt.

Gemeinsames Wirtschaften

2075

Die Politik der EU-Kommission unter der Führung konservativer und neoliberaler Kräfte führte dazu, dass soziale Rechte und Standards immer mehr beschnitten wurden. Für die Mehrheit der Menschen wurde daraus eine soziale Abwärtsspirale. Gemeinsam über alle politischen Ebenen hinweg wollen wir diesen falschen politischen Kurs beenden.

2080

Bankenregulierung und Schutz von guter Arbeit

Wir brauchen europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Regulierung bei Werksverträgen. Wir fordern einen einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus von Banken, der sich jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht und keine neuen Hürden und Belastungen für Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine Privatbanken mit sich bringt. Der angestrebte Bankenfond soll für die großen, sogenannten systemrelevanten Institute mit europäischer Bedeutung die Einlagensicherung für private Anleger übernehmen. Für Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich deren Haftungsverbände bewährt.

Betriebsverlagerungen strenger kontrollieren

Ebenso fordern wir stärkere Kontrollen bei Betriebsverlagerungen, damit diese nicht auch noch subventioniert werden. Wir brauchen Richtlinien und Verordnungen für die Gleichstellung der Geschlechter, damit endlich gleicher Lohn gezahlt wird und die gleichen Aufstiegschancen für alle gelten.

Energiewende vor Ort stärken

2100

Eine besondere Bedeutung hat die Energiewende. Dabei kommt den kommunalen Stadtwerken eine entscheidende Rolle zu. Wir werden die Kommunen bei der Re-Kommunalisierung unterstützen und europäische Programme zur Steigerung der Energieeffizienz mit den Kommunen gemeinsam nutzen.

2105

Mittelstand stärken, Fördergelder nutzen

Die Stärke der bayerischen Wirtschaft beruht vor allem auf einem starken Mittelstand. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind in ihrer Branche Weltmarktführer. Wir werden diese Unternehmen weiterhin unterstützen. Dazu werden wir die europäischen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Mittel aus den Struktur- und Sozialfonds nutzen und die LfA Bayern stärken. Wir werden für diese Unternehmen schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.

2115 Regional- und Strukturpolitik in Europa

2013 endet die laufende Förderperiode der Europäischen Union. Wir werden in Europa dafür sorgen, dass auch künftig Fördermittel in angemessener Höhe aus dem Fonds für Regionale Entwicklung in bedürftige Regionen und aus dem Sozialfonds an sozial nachhaltige Projekte in Bayern fließen. Die Strukturpolitik ist für die EU von zentraler Bedeutung. Sie steht für eine ausgewogene, nachhaltige und gerechte Entwicklung in ganz Europa. Die geförderten Projekte sorgen für mehr BürgerInnennähe und gewährleisten auf lange Sicht Entwicklung und Stabilität. Gleichzeitig ist die Strukturpolitik in der Lage, angemessen und langfristig auf lokale, regionale oder globale Herausforderungen zu reagieren. Sogenannte „Ziel-2-Gebiete“ müssen auch künftig förderfähig bleiben, also Regionen, die sich durch Strukturwandel oder die Globalisierung grundlegend ändern und bei diesem Wandel Hilfe benötigen.

Förderung sparsam und verantwortungsbewusst einsetzen

2130

Es gilt allerdings nicht nur darauf zu achten, dass Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstehen, sondern dass diese auch sparsam und verantwortungsbewusst verwendet werden. Verteilung nach dem Gießkannenprinzip darf es nicht geben. Vielmehr muss man sich auf die Hauptziele Bildung, Forschung, Innovation, Technologie und

2135 Energieeffizienz konzentrieren. Wir setzen uns dafür ein, die Verwendung der Strukturmittel möglichst effektiv und einfach zu gestalten. Gleichzeitig muss die Förderung transparenter und einfacher werden. Der europäische Rechnungshof kritisiert zu Recht die hohe Fehlerquote. Dabei müssen wir jedoch zwingend zwischen Fehlern, die aufgrund der hohen Komplexität entstehen, Betrug und mangelnder Kontrolle in den 2140 Regionen unterscheiden.

Eine sozialdemokratische geführte Staatsregierung wird sich für eine einfachere, transparentere und koordinierte Förderung im Rahmen der europäischen Regionalpolitik einsetzen. In der aktuellen Förderperiode (2007-2013) fließen aus der europäischen 2145 Regionalpolitik knapp 900 Millionen Euro nach Bayern. Wir werden dafür sorgen, dass auch weiterhin alle Regionen förderfähig bleiben, nicht nur die ärmsten. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den vielzähligen und vielfältigen aktuellen Projekten und Programmen sind deutliche Belege für die Erfolge europäischer Regionalpolitik. Aber diese Erfolgsbilanz kann und muss noch deutlich ausgebaut werden.

2150

Wir streben einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht.

2155

Kooperationen mit den Fachleuten vor Ort

Wir setzen uns deshalb für die Partnerschaftsverträge ein. Die Akteure der kommunalen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

und regionalen Ebene kennen die Bedürfnisse vor Ort. Daher muss die Staatsregierung
2160 diese regionalen Stellen frühzeitig in die Ausgestaltung der Programme einbinden.

Bayern in den europäischen Netzen

Bayern ist eine starke Region im Herzen Europas. Vor allem der Industriestandort Bayern
2165 ist von Exporten nach ganz Europa und in den Rest der Welt abhängig. Hierfür ist eine gut
ausgebaute Verkehrsinfrastruktur mit nahtlosen Grenzübergängen in die Nachbarländer
immens wichtig. Ohne gut ausgebaute Schienen-, Binnenschiffahrts- und Straßennetze
ist der effiziente Transport zu den Hochseehäfen Europas und somit in den Rest der Welt
2170 nicht möglich. Wir setzen uns daher für die termingerechte Umsetzung der
transeuropäischen Verkehrsnetze ein. Die zehn Verkehrskorridore des Kernnetzes müssen
endlich 2030 in Betrieb genommen werden. Zwei dieser Korridore führen durch Bayern
und werden den Freistaat direkt mit Frankreich, der Ostsee, dem Mittelmeer und dem
Schwarzen Meer verbinden. Mehr hierzu auch im Kapitel „Infrastruktur“.

2175 Gemeinsame Agrarpolitik in Europa

Die EU-Agrarpolitik steht auf dem Prüfstand. Das jährliche Budget für Agrarausgaben und
Direktbeihilfen beträgt derzeit rund 60 Milliarden Euro und ist mit einem Anteil von 43
Prozent am Gesamthaushalt der größte Einzelposten. Bayerns Bauern erhalten aus
2180 diesem Topf rund 1,5 Milliarden Euro. Es geht aber nicht nur ums Geld in der kommenden
Förderperiode 2014 bis 2020, sondern auch um die Richtung. Wir wollen, dass nicht nur
die großen industriellen Hochleistungsbetriebe den Wettbewerb bestehen, sondern auch
unsere bäuerliche Landwirtschaft.

2185 Zukunftssicherung der Landwirtschaft geht alle an

Unser Ziel ist es, eine flächendeckende, multifunktionale Landwirtschaft zu erhalten, den
Bäuerinnen und Bauern mit fairen Preisen ein leistungsgerechtes Einkommen zu sichern
und sie in die Lage zu versetzen, die natürlichen Ressourcen zu schonen, den ländlichen
2190 Raum zu erhalten und zu entwickeln und nicht nur quantitativ die Verbraucher zu
versorgen, sondern auch qualitativ mit gesunden Lebensmitteln. Deshalb geht die
Zukunftssicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe alle an. Sie betrifft die gesamte
Gesellschaft.

2195 Krise der Währungsunion überwinden

Enger noch als in der EU sind die wirtschaftlichen Verbindungen und gegenseitigen
Abhängigkeiten in der Europäischen Währungsunion. Wird nicht bald umgesteuert und
die Krise gelöst, wird es auch in Deutschland und Bayern wirtschaftlich zu Problemen
2200 kommen. Die Käufe unserer Partner sind unsere Exporte. In drei Jahren viel zu zaghafter,
verschleppter „Antikrisenpolitik“ – maßgeblich gesteuert von der Bundeskanzlerin – ist
nichts besser, sondern vieles schlechter geworden. Die südeuropäischen Länder steuern
immer tiefer in die Rezession – nicht weil sie zu wenig sparen, sondern weil die ihnen
aufgezwungenen drastischen Einschnitte bei Löhnen und Staatsausgaben ihre
2205 Ökonomien abwürgen. „Es wird immer klarer, dass die alleinige Konzentration auf
Haushaltskennzahlen die Krise nicht beenden wird“, sagte hierzu bereits Peer Steinbrück.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Die Südeuropäer können sich immer weniger leisten. Kein Wunder, dass jetzt auch in Deutschland die Wachstumszahlen drastisch zurückgehen. Erfolgreiche Haushaltskonsolidierung geht nur, wenn die Wirtschaft wächst. Deswegen brauchen wir
2210 ein Umdenken: weg von drakonischen Spardiktaten hin zu einem Wachstums- und Aufbauprogramm.

Falsches Krisenmanagement bedroht sozialen Frieden

2215 Nicht die Politik, sondern einzig die Europäische Zentralbank hat einen richtigen Schritt getan: Die Ankündigung, wenn nötig Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, hat die Anleihemärkte etwas beruhigt. Diese Garantieraufgabe muss die Zentralbank, wie in anderen Ländern auch, übernehmen und nicht der Steuerzahler mit immer neuen Rettungsschirmen. Nur so werden die Krisenländer aus dem Würgegriff spekulativer
2220 Attacken der Finanzmärkte befreit.

Das bisher falsche Krisenmanagement bedroht die europäische Demokratie und den sozialen Frieden. An demokratischen Wahlen und an Parlamenten vorbei werden den Völkern Europas „Reformprogramme“ verordnet, die jeden Rest an sozialer Sicherheit und
2225 Perspektive zerstören. Wer soll sich da wundern, wenn sich die Menschen von Europa abwenden.

Das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen

2230 Es kann nicht darum gehen, das „Vertrauen der Märkte“ zu gewinnen, sondern es muss um das Vertrauen der Menschen gehen. Bisher zahlen nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Deswegen wird es höchste Zeit, die Lasten anders zu verteilen. Deswegen hat die SPD die ersten Schritte zur Finanztransaktionssteuer durchgesetzt. Deswegen brauchen wir den Beitrag der
2235 Vermögenden zur Finanzierung der Krisenfolgen.

Wenn wir wollen, dass die Währungsunion aus der Krise kommt, dann muss auch Deutschland selbst etwas tun, um die entstandenen Handelsungleichgewichte abzubauen. „Wir sollten nicht vergessen, dass die Defizite der Südeuropäer spiegelbildlich
2240 zu unseren Überschüssen sind“, sagte hierzu Helmut Schmidt. Recht hat er. Jahrelang ist die Lohnentwicklung in Deutschland hinter den Gewinnen und der Produktivität zurückgeblieben. Deswegen müssen wir mehr für die Binnennachfrage tun, damit wir nicht nur auf dem „Exportbein“ stehen, während das andere lahmt. Deutschland muss – und Bayern auch – die öffentlichen Investitionen ausweiten, wir brauchen wieder gute
2245 Löhne, den gesetzlichen Mindestlohn und prekäre Arbeit muss zurückgedrängt werden. Dafür steht die BayernSPD.

2250

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2255

Arbeit

Arbeitsmarkt und ArbeitnehmerInnenfragen: Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne

2260

Eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist die entscheidende Grundlage für ein Land, das nur mit guten Produkten und Produktionsverfahren sowie hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Wettbewerb erfolgreich ist. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt

2265 wird.

Auch in Bayern arbeiten viele Menschen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeit. Scheinpraktikanten wird ihre gerechte Vergütung vorenthalten.

2270

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

2275

... Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion unterstützen und eigene Bundesratsinitiativen einbringen, um bundesweite Regelungen für gute Arbeit durchzusetzen. Bayern wird dann nicht mehr Bremser auf diesem politischen Feld sein, sondern Antreiber.

2280

... ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen, um den Beschäftigten des Landes, der Kommunen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts gerechte Löhne zu zahlen.

... die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausbauen.

2285

... den Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen.

... junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen.

2290

... einen Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

... auch Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem regulären Arbeitsmarkt geben.

2295

... dem Fachkräftebedarf in Bayern vor allem durch bessere Bildung und Ausbildung sowie die Nutzung der Potentiale der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenzutreten.

2300

... einen Weiterbildungspakt für Bayern anstoßen und das lebenslange Lernen stärker fördern.

... die Berufsorientierung bereits in der Schule verstärken und dann auch dafür sorgen,

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

2305 ... eine Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich starten.

... die UN-Behindertenrechtskonvention auch und gerade in der Arbeitswelt umsetzen.

Bundratsinitiativen für „Gute Arbeit“

2310

Bayern sitzt im Bremserhäuschen, wenn es um bundesweite Regelungen für „Gute Arbeit“ geht. Das werden wir ändern, indem wir Bundratsinitiativen einbringen

2315 ... für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von am Anfang mindestens 8,50 Euro einzuführen, der auf Vorschlag einer paritätischen Kommission vom Bundesarbeitsministerium jährlich an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung anzupassen ist, die Reichweite von Tarifverträgen durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit zu vergrößern

2320 ... zur Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung.

... um die Beschäftigten im kirchlichen Bereich allen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfassend rechtlich gleichzustellen.

2325 ... für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – zwischen Mann und Frau genauso wie zwischen LeiharbeiterInnen und Stammbeschäftigten.

... zur Abschaffung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und von Kettenbefristungen.

2330

... mit der Zielsetzung der Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Wir fordern dass die Werkverträge der Mitbestimmung unterliegen.

2335 ... zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten. Sie sollen etwas lernen und dürfen nicht als billige Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt werden. Deshalb müssen Praktika befristet sein und bezahlt werden.

2340 ... für eine Neugestaltung der geringfügigen Beschäftigung. Außerdem müssen bestehende Rechte für Minijobs bekannter und besser durchgesetzt werden, damit zum Beispiel Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit etc. wirklich gewährt und Minijobs nicht zur Armutsfalle werden.

... für ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beendet.

2345

... für eine Quote von 50 Prozent für jedes Geschlecht bei der Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten.

2350

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Freistaat muss guter Arbeitgeber werden

Bei guter Arbeit muss der Freistaat aber auch mit gutem Beispiel voran gehen. Daher
2355 müssen im staatlichen Bereich Niedriglöhne sofort beseitigt werden. Nach dem Vorbild
Bremens wollen wir ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen für die Beschäftigten
des Landes, der Kommunen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen
Rechts. Das Gesetz soll auch Anwendung in Bereichen finden, in denen das Land als
Auftraggeber handelt oder in denen Fördermittel und Zuwendungen vergeben werden.

2360 Eine Landesmindestlohnkommission, in der die Spitzenorganisationen der Tarifparteien
vertreten sein sollen, soll den Mindestlohn jährlich überprüfen und wenn nötig anpassen.
Mit einem Vergabegesetz werden wir sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes
und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten
Tariflöhne zahlen.

2365

Wir werden dafür sorgen, dass im Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern Frauen bei
Beförderungen gleichziehen und die Lohndiskriminierung beendet wird.

Mit uns wird es keine Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes
2370 geben. Wir wollen gute Arbeit und faire Bezahlung für die Beschäftigten des Freistaats.
Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifabschlüssen auf die Bediensteten ist für
uns selbstverständlich. Wir werden wieder umfassende Vorsorge für künftige
Versorgungsleistungen treffen und die Pensionsvorsorge wieder solide aufstellen. Wir
werden keine Lasten in die Zukunft schieben, wir werden kein 3-Milliarden-Euro-Loch bis
2375 2017 entstehen lassen.

Wir begreifen den öffentlichen Dienst in Bayern mit den Tarifbeschäftigten und den
Beamtinnen und Beamten als einen entscheidenden Standortfaktor in Bayern. Kein
zentraler Bereich der Politik kann ohne einen dauerhaft leistungsfähigen öffentlichen
2380 Dienst funktionieren – das gilt für die innere Sicherheit, den Ausbau der Kinderbetreuung,
kleinere Klassen und individuelle Förderung an Schulen, die Ausbildung an den
Hochschulen, den Erhalt und Ausbau der staatlichen Infrastruktur, die Energiewende und
einen umfassenden und gerechten Steuervollzug.

2385 Der Freistaat Bayern braucht eine „Fachkräfte und Nachwuchsinitiative 2030“ für seinen
öffentlichen Dienst. Wir sind uns bewusst, dass sich der Freistaat bei seinen Beschäftigten
in zunehmender Konkurrenz mit der freien Wirtschaft um Fach- und Nachwuchskräfte
befindet bei stagnierender und alternder Bevölkerung. Wir brauchen belastbare
Bedarfsprognosen, welche Nachwuchskräfte in den Verwaltungen des Freistaats
2390 erforderlich sein werden, und vor allem tragfähige Konzeptionen, wo diese Kräfte
herkommen sollen und wie ihr Interesse für den öffentlichen Dienst geweckt werden
kann. Das Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes reicht nicht aus. Der Freistaat muss
attraktive Einkommens- und Karriereperspektiven, moderne Arbeitsbedingungen und die
Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten.

2395

Sparen auf Kosten der Beamtinnen und Beamten hat im von der CSU regierten Freistaat
Tradition. Die CSU ließ die Bediensteten 19 Monate lang bis zum 1. November 2012 auf die
Erhöhung der Bezüge um 1,5 Prozent warten. Nach der Landtagswahl 2003 kam mit dem

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

berücktigten Nachtragshaushalt die 42-Stunden-Woche für die Beamtinnen und 2400 Beamten und nach der Landtagswahl 2008 die Absenkung der Eingangsbesoldung, die 12-monatige Wiederbesetzungssperre und das Aussetzen der Leistungsbezüge. Jetzt sind diese massiven Einschnitte im Jahr 2013 als vermeintliches Wahlkampfgeschenk zurückgenommen worden.

2405 Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds als Vorsorgesysteme für kommende Pensionsleistungen sind abgeschafft. Anstelle dieser Vorsorgesysteme sollen jährlich nur noch 100 Mio. Euro in einen neuen Bayerischen Pensionsfonds fließen. Dadurch werden bis 2017 über 3 Mrd. Euro weniger an Vorsorge für künftige Versorgungsleistungen getroffen, als es ursprünglich in der gesetzlichen Grundlage vorgesehen war. Vor diesem 2410 Hintergrund macht auch die Tilgung von insgesamt 2 Mrd. Euro Staatsschulden in 2012/2013/2014 wenig Sinn, wenn an anderer Stelle Milliardenlöcher wieder aufgerissen werden.

Befristungen und Leiharbeit nur als Ausnahme

2415

Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im öffentlichen Dienst nur die Ausnahme sein. Die Umwidmung regulärer Stellen in solche für – formal freiberuflich tätige – Honorarkräfte ist ebenso zu beenden. In landeseigenen Unternehmen sowie in den Behörden des Freistaats muss in der Regel auf den Einsatz von Leiharbeit verzichtet

2420 werden.

Echte Mitbestimmung auch im Öffentlichen Dienst in Bayern

Viele Regelungen des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes sind veraltet und 2425 entsprechen dem immer noch vorherrschenden Hierarchiedanken. Sie sind nicht mehr passend, den gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit und den Aufgaben einer wirklichen Personalvertretung gerecht zu werden.

Wir bringen deshalb eine Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes, 2430 angelehnt an das Betriebsverfassungsgesetz, auf den Weg mit dem Ziel:

- mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte sowie

- bessere Freistellungsmöglichkeiten und Weiterbildungsansprüche

2435

sicher zu stellen. Wir streben außerdem die Rückkehr der Tarifgemeinschaft der Länder in die öffentliche Tarifgemeinschaft an.

Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen

2440

Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft auch im Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss in der betrieblichen Praxis immer 2445 sichergestellt sein. Wir werden dafür sorgen, dass das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht ein effektiver Ansprechpartner der Arbeitnehmerinnen und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Arbeitnehmer ist.

Sogenannte Whistleblower, also Beschäftigte, die auf Missstände in ihrem Betrieb
2450 hinweisen, müssen vor Sanktionen geschützt sein. Für Beschäftigte des Freistaats werden wir deswegen ein effektives Beschwerdemanagement einführen.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

2455 Die Arbeitsmarktzahlen im Bund und auch in Bayern sind günstig. Es muss dennoch unser Ziel bleiben, die noch vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen. Gerade Langzeitarbeitslosen fällt der Wiedereinstieg schwer. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die aktive Arbeitsmarktpolitik in Milliardenhöhe gekürzt. Diese Kürzungen sind ein großer Fehler, können durch den Freistaat finanziell aber nicht ausgeglichen werden.

2460

Wir wollen aber trotzdem im Rahmen der Möglichkeiten eines Bundeslandes Schwerpunkte – unter Einsatz von Mittel des Europäischen Sozialfonds und eigenen Mitteln – setzen.

2465 Junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen

Junge arbeitslose Eltern wollen wir in den Fokus unserer Bemühungen rücken. Ihnen muss geholfen werden, eine Berufsausbildung abzuschließen und für ihre Familie sorgen zu können. Teilzeitausbildungsangebote und „Familiencoaches“ werden hier
2470 weiterhelfen. Wir werden Eltern helfen, nach Erziehungspausen wieder in den Beruf einzusteigen. Es geht hier aber auch um Alphabetisierungskurse und den Spracherwerb bei Migrantinnen und Migranten.

Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen

2475

Für diejenigen, die ohne Unterstützung keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung aufbauen und zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse anbieten, die auch die existenzsichernde Bezahlung der ArbeitnehmerInnen und gute Arbeitsbedingungen
2480 sicherstellen. Sie müssen immer auch echte Qualifizierungsangebote enthalten um den beschäftigten ArbeitnehmerInnen Chancen auf berufliche Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen. Denn trotz guter Konjunktur sind in Bayern rund 63.000 Menschen (Stand: September 2012) langzeitarbeitslos. Örtliche Gremien, an denen Gewerkschaften, Kammern und andere arbeitsmarktpolitische Akteure beteiligt sind, sollen über diese
2485 Beschäftigungsangebote entscheiden.

Zur dauerhaften Finanzierung des Sozialen Arbeitsmarktes durch den Bund wird Bayern die Chancen und Risiken des Passiv-Aktiv-Transfers, die Vor- und Nachteile eines eigenen Budgets im Eingliederungstitel und alternative Möglichkeiten prüfen und hierzu
2490 Bundesratsinitiativen starten.

Fachkräftebedarf in Bayern sichern

Zwar kann von einem allgemeinen Fachkräftemangel derzeit nicht gesprochen werden.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2495 Allerdings existieren bei einzelnen Berufen und in einigen Teilen Bayerns gravierende Engpässe. Mittel- und langfristig wird sich die demografische Entwicklung auf den Arbeitsmarkt auswirken. Das Potenzial an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren schrumpfen. Im selben Zeitraum wird der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften spürbar ansteigen.

2500

Fachkräftemangel ist eine schwere Hypothek für die Zukunft: Denn Investoren gehen dorthin, wo Menschen gut ausgebildet sind und wo zukünftige wirtschaftliche Expansion nahe liegt. Fachkräftemangel heißt, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes nicht ausgeschöpft werden.

2505

Die Handlungsfelder sind für uns klar: Wir müssen die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschlüsse reduzieren und die Übergänge in den Beruf verbessern, Ausbildungs- oder Studienabbrüche deutlich verringern, Erwerbspartizipation und Lebensarbeitszeit von Menschen über 55 erhöhen, Erwerbspartizipation und

2510 Arbeitszeitvolumen von Frauen steigern sowie Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben. Auch muss die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ermöglicht und verbessert werden.

Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben

2515

Mit Kammern und Gewerkschaften werden wir eine Kampagne durchführen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen für die anstehenden Herausforderungen stärker zu sensibilisieren und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens aufzuzeigen.

2520 Wir werden den Aufbau öffentlicher Bildungs- und Weiterbildungsberatung unterstützen, die es jedem Interessierten ermöglicht, lebenslanges Lernen zu realisieren. Wir wollen zudem einen „Weiterbildungspakt“ für Bayern etablieren. Zentral ist für uns, vernetzte und bezahlbare Weiterbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Das erfordert auch eine öffentliche Zertifizierung und Qualitätskontrolle

2525 der Weiterbildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungspakts.

Wir werden deshalb für Bayern eine bezahlte Bildungsfreistellung von drei Arbeitstagen pro Jahr einführen. Für die Träger der Bildungseinrichtungen des „lebenslangen Lernens“ werden wir eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung durch Landeszuschüsse

2530 sicherstellen. Wir werden die Volkshochschulen daher besser finanziell fördern.

Weiterbildung auch an den Hochschulen

Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich qualifizierte ohne
2535 Abitur ist es unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der Praxis zu erleichtern. Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge. Wir möchten, dass Hochschulen sich stärker in die Aufgabe der Weiterqualifizierung einbringen.

2540

Mit dem Bachelor auf den Arbeitsmarkt

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt
2545 erhalten – aber auch das Studium in der Masterphase fortsetzen können. Für uns gilt: Ein
erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur Aufnahme eines
Masterstudiums.

Berufsorientierung in der Schule

2550

Ein verändertes Schulsystem gibt mehr Schülerinnen und Schülern bessere Chancen. Wir
werden die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher kontinuierlich reduzieren.
Wir wollen erreichen, dass keiner die Schule ohne gefestigte und nachhaltige Lese-,
Schreib- und Rechenkompetenzen verlässt. Der Übergang von der Schule in den Beruf
2555 sollte frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet werden. Berufsorientierung muss zur
schulischen Allgemeinbildung gehören – unabhängig von der Schulform.
Schulsozialarbeit kann einen Teil dieser Arbeit übernehmen. Schülerinnen und Schüler
brauchen schon während der Schulzeit Einblicke in die Berufspraxis, damit der
Berufsfindungsprozess erfolgreich unterstützt und begleitet werden kann.
2560 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können die Schülerinnen und Schüler bei
Fragen rund um die Berufswahl sowie bei der Vermittlung von Praktikums- und
Ausbildungsplätzen unterstützen. Auch an den berufsbildenden Schulen werden wir die
Schulsozialarbeit ausbauen, um die Abbruchquote zu reduzieren.

2565 Berufliche Ausbildung für alle

Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem
Berufsabschluss. Wir werden über den Bund eine Ausbildungsgarantie sicherstellen, die
sich nicht nur auf Schulabgängerinnen und Schulabgänger, sondern auch auf
2570 Altbewerberinnen und Altbewerber bezieht. Junge Menschen sollen möglichst ohne
Warteschleifen in eine berufliche Erstausbildung kommen. Wir werden daher den
Übergang von der Schule in die Ausbildung klarer strukturieren – mit regionalen
Übergangsmangements und einer stärkeren sozialpädagogischen Begleitung.

2575 Ausbildende Unternehmen unterstützen

Wir fordern die Wirtschaft auf, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen
bereitzustellen und damit ihrer Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs
sowie für die soziale Integration der jungen Menschen in die Berufswelt gerecht zu
2580 werden.

Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht werden und
nicht ausbilden wollen wir in die Finanzierung des Ausbaus und der Verbesserung der
Beruflichen Bildung mit einbeziehen. So können wir kleine und mittlere Unternehmen,
2585 die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen
Ausbildungsstätte ausbilden, organisatorisch und finanziell unterstützen.

Soziale und wirtschaftliche Barrieren abbauen

2590 Wer MeisterIn werden will, ist großen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Wir werden

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

akademische und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen, sondern nicht nur die abgeschafften Studiengebühren gegenfinanzieren, sondern auch für eine Entlastung bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Als ersten Schritt schaffen wir die Gebühren für Meister-, Fach- und Technikerschulen ab. Unser Ziel: soziale und wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg entgegenstehen.

Gute Arbeitsbedingungen in allen Lebensphasen

2600

Wir wollen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ermöglichen. Deshalb werden wir die Infrastruktur für die Betreuung und Bildung von Kindern weiter ausbauen. Wir werden besonders den Ausbau qualitativer Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und des Angebots an Ganztagschulen forcieren. Wir müssen aber auch daran arbeiten, dass mehr Kinderbetreuungseinrichtungen beispielsweise für Beschäftigte mit Schichtarbeitszeiten zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass eine alleinerziehende Verkäuferin mit Arbeitszeiten in den Abendstunden und am Wochenende nicht berufstätig sein kann, weil sie keine Möglichkeit für eine Kinderbetreuung hat.

2610

Wir wissen: Vor allem familiengerechte, flexible Arbeitszeiten helfen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier muss die Politik eingreifen. Ebenso bei der altersgerechten Gestaltung von Arbeitsbedingungen und beim Gesundheitsmanagement, damit nicht nur junge Menschen, sondern auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 60 in ihrem Beruf arbeiten können.

Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich

Wir werden den Fachkräftenachwuchs in der Pflege durch die Bewerbung der Pflegeberufe und die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Pflege sichern. Die erhebliche Steigerung der Schülerinnen- und Schülerzahlen an den Pflegeschulen ist eine Voraussetzung dafür, dass es gelingt, den Fachkräftemangel in der Pflege zu beseitigen. Dafür muss die Ausbildung für alle Pflegeberufe gebührenfrei sein.

Um eine Aufwertung der Sozial-, Pflege-, medizinischen Heil- und Hilfsberufe sowie der Erziehungsberufe und der entsprechenden Ausbildungen zu erreichen, brauchen wir eine grundlegende Reform der Ausbildungen. Wir streben dabei die möglichst weitgehende bundeseinheitliche Neuordnung dieser Berufsbilder nach dem Berufsbildungsgesetz an. Nur so können geschlechtsspezifische Rollenmuster überwunden, Zugänge erleichtert und Ausbildungsvorgaben und -bedingungen tariflich geregelt, Schulgeld abgeschafft, Aufstiegschancen auch in hochschulischen Studiengängen eröffnet, bundesweite und europäische Mobilität gewährleistet und Qualität gesichert werden.

Ladenschlussgesetzgebung

2635

Wir halten am Ladenschluss fest. Die Freigabe des Ladenschlusses strapaziert das schon jetzt durch Schichtdienst und Sonntagsarbeit belastete Familienleben und generell die Freizeit noch weiter. Außerdem sie ist für kleine Einzelhändler, Handwerker und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

mittelständische Betriebe existenzgefährdend, weil sich lange Öffnungszeiten dort oft
2640 nicht rechnen.

Inklusion in der Arbeitswelt

Inklusion ist in der Arbeitsmarktpolitik ein wichtiges Thema. Wir wollen und werden auch
2645 Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Dies erfolgt
vor allem in enger Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten. Ziel ist es aber,
dass Menschen mit Behinderungen nicht nur in Werkstätten arbeiten, sondern von allen
Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Chance erhalten, in jedes Unternehmen
eingegliedert zu sein und dort gute Arbeit zu leisten.

2650

Auf dem Weg zu einem inklusiven Bayern

Der Freistaat muss gesellschaftliche Teilhabe auch dann garantieren, wenn körperliche,
seelische oder lernbedingte Beeinträchtigungen vorhanden sind. Inklusion und
2655 Barrierefreiheit stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Vorurteile und bestehende
Benachteiligungen wollen wir konsequent abbauen und schließlich beseitigen. Durch die
Einführung eines „Disability Mainstreamings“ werden wir Bayern zum Vorreiter in der
Politik für behinderte Menschen in Deutschland machen.

2660 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat für uns Priorität. Der
entsprechende Aktionsplan für Bayern ist derzeit jedoch unzureichend und muss
dringend um konkrete Vorgaben, Maßnahmen und Ziele ergänzt werden. Diese
2665 Weiterentwicklung werden wir partnerschaftlich mit den Betroffenen sowie den
beteiligten Verbänden und Organisationen organisieren.

Barrierefreiheit umfasst nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern auch den vollen Zugang
zur sozialen und wirtschaftlichen Umwelt, also gleichberechtigte Teilhabe an Bildung,
2670 Arbeit, Kultur, Sport, Zugang zu Medien und Kommunikationswegen und vieles mehr. Sie
bedeutet aber auch Barrierefreiheit im Denken aller beteiligten Akteuren und
Gesellschaftsgruppen. Hieran wollen wir arbeiten.

2675

2680

2685

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Soziales

2690 Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist das zentrale Thema der Gegenwart und der Zukunft. Soziale Gerechtigkeit sorgt für sozialen Frieden. Soziale Gerechtigkeit ist Wertefundament der zivilisierten Gesellschaft und bayerischer Verfassungsauftrag. Nicht zuletzt ist die soziale

2695 Gerechtigkeit eine Frage der Solidarität zwischen den Menschen. Es geht um den Zusammenhalt zwischen Jüngeren und Älteren, Reicheren und Ärmeren, zwischen den Regionen eines Landes. Es ist und bleibt deshalb Auftrag der Sozialdemokratie seit nunmehr 150 Jahren, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

2700 Gerecht ist, wenn alle Menschen die Chance haben, ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können, wenn sie an der Gesellschaft teilhaben können, wenn sie von ihrer Arbeit anständig und würdig leben können. Gerecht ist auch, wenn alle gleiche Bildungschancen haben. Gerade in einem wohlhabenden und erfolgreichen Land wie Bayern dürfen wir nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer

2705 weiter öffnet. Die deutschen Bischöfe haben das so formuliert: „Heute fährt für manche Gruppen der Fahrstuhl nach wie vor nach oben, während andere schon auf den unteren Etagen aussteigen müssen“. Das wollen wir ändern und uns für mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit einsetzen.

2710 Wir nehmen auch die Herausforderungen des demografischen Wandels an und begreifen die Gesellschaft des längeren Lebens als eine Chance. Eine Chance für längere Aktivität und mehr Lebensfreude im Alter. Aber auch als eine Chance für einen humanen Umbau in wichtigen Teilen der Politik, der auch den jüngeren Generationen zugutekommt. Deshalb zieht sich die Einbindung der individuellen Lebenssituationen und Bedürfnisse der älteren

2715 Bürgerinnen und Bürger durch unsere gesamte Politik. Das betrifft Gesundheitsversorgung und Pflege und die funktionelle Gestaltung von Wohnraum genauso wie z.B. den Sport und insbesondere nötige Veränderungen des Arbeitsplatzes. Das Wissen und die Erfahrung Älterer muss für die Gesellschaft erhalten bleiben. Wir wehren uns gegen Altersdiskriminierung. Wir fördern mit all unseren Maßnahmen die

2720 Solidarität zwischen Alt und Jung. Einem Kampf der Generationen werden wir entgegentreten.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

2725 ... einen Pakt für Familien schließen, von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt.

... eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen, um Kinderarmut zu

2730 verhindern.

... das Betreuungsgeld wieder abschaffen.

... mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2735 gänzlich gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

... für die Kindertageseinrichtungen bessere Rahmenbedingungen schaffen und Personal insbesondere durch mehr Personal.

2740

...neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lang selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können.

2745 ... für eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle kämpfen.

... die Unterfinanzierung der vielen Selbsthilfegruppen beenden.

2750

Vorsorgender Sozialstaat

2755 Ganz im Sinne nachhaltiger Politik ist es unbedingt notwendig, einen Schwerpunkt auf Vorsorge zu legen. Ein vorsorgender Sozialstaat setzt Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortlichkeit voraus. Jeder trägt grundsätzlich Verantwortung für sein eigenes Leben und für seine individuelle Lebensgestaltung. Der vorsorgende Sozialstaat kümmert sich verlässlich um diejenigen, die noch nicht oder nicht mehr für sich selbst sorgen können.

2760 Der vorsorgende Sozialstaat ist auf die Solidarität aller angewiesen. Wir akzeptieren nicht, dass sich gerade die leistungsfähigsten und einkommensstärksten Mitglieder der Gesellschaft zunehmend der Solidargemeinschaft entziehen. Wir wollen die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren stärken. Wir werden nicht zulassen, dass gerade in einem wohlhabenden Land wie Bayern die Armut weiter wächst. Und schon gar nicht die 2765 Armut von Kindern. Es ist weder gerecht noch akzeptabel, dass die Mietkosten in Ballungszentren in immer stärkerem Maße die Existenz der Menschen gefährden. Eine chancengleiche Gesellschaft zu erreichen, wie dies auch von der deutschen Bischofskonferenz in ihrem Papier „Chancengerechte Gesellschaft – Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ formuliert wird, ist Ziel unserer Sozialpolitik.

2770

Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenreten

2775 Wir werden die Bekämpfung der auch in Bayern zunehmenden Armut und sozialen Ausgrenzung in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dabei geht es um einen umfassenden Armutsbegriff, der nicht nur die mangelnde Ausstattung mit Geld, sondern die fehlende Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt – von der Bildung über Gesundheit und die Wohnsituation bis zentral dem Zugang zur Erwerbsarbeit – in den Blick nimmt. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und den Sozialverbänden Konzepte entwickeln, wie der sozialen Ausgrenzung entgegengewirkt werden kann. Dazu gehört 2780 zunächst eine bessere finanzielle Versorgung von Haushalten. Deshalb werden wir uns auf der Bundesebene für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze im Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe ebenso einsetzen wie für die Einführung eines

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

gesetzlichen Mindestlohns.

2785 Notwendig ist aber auch eine ausgebaut soziale Beratung und Unterstützung, eine Stadtplanung, die ‚Ghettoisierung‘ und ‚Gentrifizierung‘ verhindert und eine Arbeitsmarktpolitik, die – auch durch die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors – jedem die Teilhabe am Erwerbsleben mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sichert. Es müssen umfassende Angebote
2790 der SchuldnerInnenberatung und der Aus- und Weiterbildung (insbesondere auch Sprachkurse) zur Verfügung stehen. Dabei kann die Übertragung von Aufgaben auf Wohlfahrtsverbände sinnvoll sein, um von Armut Betroffenen eine an ihren Bedürfnissen orientierte Unterstützung zukommen zu lassen. Wir werden sicherstellen, dass die Wohlfahrtsverbände dabei aber tarifliche Standards einhalten und (wie auch die
2795 Kommunen) für ihre Arbeit ausreichend finanziert werden. Außerdem ist bei der Übertragung von Aufgaben auf dritte eine flächendeckende und diskriminierungsfreie Versorgung sicherzustellen.

Pakt für Familien und Kinder in Bayern

2800

Wir werden in Bayern zusammen mit den Verbänden und Kommunen einen Pakt für Familien und Kinder schließen. Familien brauchen die beste Unterstützung in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen. Wir werden deshalb für die Familien beste Rahmenbedingungen schaffen, beginnend bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2805 über eine Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt. Eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung legt den Grundstein für das Leben unserer Kinder und eröffnet ihnen gleiche Chancen.

Kinderarmut verhindern

2810

Um Kinderarmut zu verhindern, werden wir eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen. Familien mit niedrigerem Einkommen sollen besser gefördert werden. Deswegen unterstützen wir alle Bemühungen, ein nach Einkommen gestaffeltes und somit faires Kindergeld einzuführen. Dies ist ein erster Schritt hin zu einer
2815 Kindergrundsicherung. Wir werden nicht weiter hinnehmen, dass Familien oder Alleinerziehende, die arbeiten, aufgrund des Bedarfes ihrer Kinder Sozialhilfe beantragen müssen.

Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln

2820

In ganz Bayern werden wir Kindertagesstätten zu niederschweligen, integrierten und wohnortnahen Familienzentren weiterentwickeln, die Kinder und junge Erwachsene in ihrer Entwicklung fördern und Familien bei der Bewältigung des täglichen Lebens unterstützen. Familienzentren sind Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt und
2825 vereinen Betreuung, Erziehungshilfe, Bildungsangebote, Krisenintervention und Beratung unter einem Dach.

Betreuungsgeld abschaffen, Solidarbeitrag einführen

2830 Das von der derzeitigen Bundesregierung beschlossene Betreuungsgeld lehnen wir ab.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Das steuerfinanzierte Betreuungsgeld ist eine sozial ungerechte Umverteilung von unten nach oben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Finanzmittel, die für das Betreuungsgeld bereitgestellt sind, in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert werden. Wir werden in Bayern ein bedarfsgerechtes Angebot an
2835 Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen, damit Eltern endlich Wahlfreiheit erhalten. Außerdem unterstützen wir die Einführung eines Solidarbeitrages aller Menschen zur Finanzierung der Infrastruktur für Bildung und Betreuung. Ein solcher Solidarbeitrag kann etwa über die Anhebung des Spitzensteuersatzes oder über die Einführung einer Vermögenssteuer realisiert werden.

2840

Gebührenfreie Bildung als Ziel

Wir betrachten die Zeit vor der Schule als Bildungszeit. Bildungs- und Erziehungsziele auf wissenschaftlicher Grundlage werden wir in Bayern gesetzlich verankern. Den
2845 Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung wollen wir stufenweise um einen Ganztagsanspruch einschließlich der sogenannten Randzeiten erweitern. Gerechtigkeit bedeutet, dass jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Zugang zu kindgerechter Bildung auch vor der Schule hat. Wir werden deshalb mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich
2850 gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

Beste Rahmenbedingungen für die Kindertageseinrichtungen

2855 Wir werden in Bayern durch eine Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes für bessere Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen sorgen.

Der Anstellungsschlüssel wird schrittweise auf 1 zu 10 und dann auf 1 zu 8 gesenkt. Für
2860 unter dreijährige Kinder und für Kinder mit besonderem Bedarf wird die Zahl der Fachkräfte erhöht. Wir werden die Elternrechte in den Kindertageseinrichtungen stärken. Eine Initiative zur Steigerung der Attraktivität der Fachberufe in den Kinderbetreuungseinrichtungen gehört zu den ersten Maßnahmen einer von der SPD geführten Landesregierung in Bayern ab 2013. Wir werden auch die Attraktivität der
2865 Erzieherberufe deutlich erhöhen, unter anderem durch eine verbesserte Einstufung im TVöD/TVL und eine verstärkte Ausgestaltung der entsprechenden Stellen als Vollzeit-Stellen. Bei der berechtigten Forderung nach einer verstärkten akademischen Ausbildung des Personals in der frühkindlichen Bildung ist darauf zu achten, dass der Zugang ohne (Fach-)Abitur zu diesen Berufen möglich bleibt.

2870

Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern

Wir werden ältere Menschen stärker in die Gesellschaft einbeziehen und beteiligen. Deshalb werden wir ein Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern einbringen. Wir werden
2875 das Miteinander von Jung und Alt fördern und ehrenamtliche Initiativen im Rahmen von „Lokalen Generationenbündnissen“ anregen, die vor Ort die Lebensbedingungen verbessern. Wir werden die Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen so lange wie möglich erhalten und mehr als bisher nutzen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2880 Älter werdende Belegschaft in der Arbeitswelt stärken

Wir brauchen alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze, betriebliche Präventions- und Rehabilitationsangebote sowie bedarfsgerechte und geeignete Weiterbildungsangebote für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch flexibilisierte Arbeitszeiten, Job-2885 Rotation, Arbeitszeitkonten und ähnliche Maßnahmen können betriebliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im fortgeschrittenen Alter berücksichtigen. Wir unterstützen das von der SPD im Bundestag durchgesetzte Programm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ und werden uns für eine 2890 Fortführung einsetzen. Außerdem schlagen wir einen „Runden Tisch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bayern“ vor, an dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnehmen sollen.

Neue Wohnformen für Ältere

2895

Wir werden in Bayern neue innovative Wohnformen wie zum Beispiel Hausgemeinschaften und selbstbestimmte Wohnformen im Alter stärker unterstützen und ausbauen. Die Barrierefreiheit ist für ältere Menschen von großer Bedeutung. Dies gilt auch für den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr, die Gleiszugänge und 2900 Bahnhöfe. Mit einem Förderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir die Kommunen Schritt für Schritt bei den notwendigen Investitionen unterstützen. Außerdem werden wir Bundesratsinitiativen starten, die massiven Kürzungen des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“ sowie die Streichung der Bundesmittel für das Programm „Altersgerecht umbauen“ zurückzunehmen und die Mehrgenerationenhäuser 2905 weiter zu unterstützen.

Verlässliche, solidarische Rente

Voraussetzung für ein gutes Leben im Alter ist die materielle Absicherung. Wir werden 2910 uns für eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Damit können wir die Rentenversicherung trotz der älter werdenden Gesellschaft nachhaltig auf ein solides finanzielles Fundament stellen und zugleich für auskömmliche Renten sorgen.

2915

Das Rentenniveau darf nicht unter das derzeitige Niveau von 50 Prozent absinken. Die armutsfeste Lebensstandardsicherung muss das Hauptziel der Gesetzlichen Rentenversicherung sein und vor der Förderung privater Vorsorge – die sich nicht alle leisten können – Vorrang haben. Private Vorsorge kann nur eine freiwillige Ergänzung, 2920 darf aber nicht der Ersatz für die gesetzliche Rente sein. Am bewährten Umlageverfahren, mit dem die Erwerbstätigen und Arbeitgeber die Renten solidarisch finanzieren, werden wir nicht rütteln. Zugunsten der Beitragssatzstabilität müssen wir vorsorgen und sprechen uns dafür aus, in der Gesetzlichen Rentenversicherung einen Demografie-Fonds einzurichten.

2925

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Flexibles Renteneintrittsalter

2930 Wir werden uns für ein flexibles und individuell organisiertes Renteneintrittsalter einsetzen, das sich an der Erwerbsbiographie orientiert. Dazu werden wir uns auf Bundesebene für die Teilrente ab 60 Jahren sowie einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren einsetzen. Anstelle der an viele Bedingungen geknüpften Zuschussrente für wenige, unterstützen wir die steuerfinanzierte Solidarrente für langjährig Versicherte, um Altersarmut zu vermeiden. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass Ausfall- oder Beitragsminderungszeiten wegen Kindererziehung, Pflege, Freiwilligendienst, oder Arbeitslosigkeit bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt werden. Wir schlagen vor, die gesetzlichen Abschläge bei der Erwerbsunfähigkeitsrente ganz abzuschaffen, da Erwerbsunfähigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen beruht.

Ehrenamt ist unverzichtbar

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar für die Gesellschaft. 2945 Das Ehrenamt darf allerdings nicht missbraucht werden, Sparmaßnahmen des Staates auszugleichen. In Bayern engagieren sich etwa 36 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich. Ohne deren Engagement wären viele soziale Aktivitäten nicht mehr möglich. Das verdient Respekt und Anerkennung.

2950 Wir werden in Bayern das Ehrenamt weiter fördern, für die Erstattung von Auslagen sorgen und uns für eine bessere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Steuer einsetzen. Außerdem werden wir eine angemessene Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit bei der Rentenberechnung prüfen. Wir werden auch die Unfallversicherung, Haftungsfragen und Ähnliches für ehrenamtliche Tätige prüfen.

2955

Selbsthilfe stärken

Die gegenseitige Unterstützung, der Austausch und das Helfen in Selbsthilfegruppen stärken den Einzelnen. Selbsthilfe kann auch dazu beitragen, unabhängige Informationen zu erhalten, Selbsthilfegruppen können zu Lobbyisten in eigener Sache werden und damit wichtige Impulse für das Gesamtsystem geben.

Die BayernSPD unterstützt daher die Selbsthilfe. Wir werden die bisherige Unterfinanzierung der Selbsthilfe in Bayern beenden und die Förderung auf den Bundesschnitt anheben, die ergänzende Förderung der Selbsthilfekontaktstellen analog zu anderen Bundesländern einführen und die Förderung für die Selbsthilfekoordination entsprechend der gewachsenen Inanspruchnahme dynamisieren. Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) muss künftig auch wieder durch das Bundesfamilienministerium gefördert werden.

2970

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

2975

Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend

Gesund und unversehrt leben – das ist der Wunsch aller Menschen. Das Gesundheitssystem kann trotz aller Prävention und Vorsorge nicht alle Krankheiten
2980 verhindern, es kann aber dafür sorgen, dass alle Menschen die bestmögliche Versorgung bekommen. Egal wie alt sie sind, egal wo sie leben und egal wie viel Geld sie im Portemonnaie haben.

Eine sichere Gesundheitsversorgung und eine bedarfsgerechte Versorgung im
2985 Pflegebereich sollten selbstverständlich sein. Und doch sind sie es vielerorts nicht. Gerade im ländlichen Raum ist die wohnortnahe Versorgung in Gefahr. Immer mehr Menschen müssen immer weitere Wege zu Ärzten, Krankenhäusern und Rehabilitationsmaßnahmen zurücklegen.

2990 Am komplexen und von vielen widerstreitenden Interessen geprägten Gesundheitssystem haben sich schon viele Minister die Zähne ausgebissen. Das ist für uns aber noch lange kein Grund, nicht mit aller Macht für ein gerechteres System zu kämpfen.

2995 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... für eine Bürgerversicherung eintreten, um die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden.

... die wohnortnahe Gesundheitsversorgung mithilfe von Medizinischen
3000 Versorgungszentren und Anreizen für Ärzte sicherstellen.

... die psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern, vor allem in der Krisenintervention und der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

3005 ... für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser sorgen.

... eine leistungsgerechte Bezahlung für das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern durchsetzen.

3010 ... die Pflegesituation in Bayern verbessern und pflegende Angehörige besser unterstützen.

... die Gesundheitspolitik nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“ ausrichten.

3015

... Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod ermöglichen.

... den Altenpflegeberuf attraktiver gestalten und die Pflegeausbildung modernisieren.

3020

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin

3025

Die Finanzierung einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie einer menschenwürdigen Pflege ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität in der gesamten Gesellschaft. Wir werden daher aus Bayern eine Initiative für die Einführung einer Bürgerversicherung Gesundheit und einer Bürgerversicherung Pflege 3030 starten. Dabei wollen wir zur gleich hohen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurückkehren. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge („Kopfpauschalen“) und eine Privatisierung des Lebensrisikos Pflege („Pflege-Bahr“) lehnen wir ab.

Wir wollen aber das System nicht von heute auf morgen komplett ändern: Alle neu zu 3035 versichernden Bürgerinnen und Bürger werden automatisch zum Tarif der Bürgerversicherung versichert. Wer bisher privat versichert ist, kann in einer Übergangszeit in den Bürgerversicherungstarif wechseln. An der beitragsfreien Familienversicherung hält die Bürgerversicherung fest. Mit der Bürgerversicherung beenden wir die zunehmende Zwei-Klassen-Medizin und stellen die Finanzierung von 3040 Gesundheit und Pflege endlich auf ein solides Fundament.

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Wichtig ist uns die wohnortnahe stationäre sowie ambulante haus- und fachärztlichen 3045 Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen. Unterversorgung droht in Bayern vor allem im hausärztlichen Bereich. Wir werden daher die Hausärzte stärken und ihre Funktion als Lotsen im Gesundheitssystem ausbauen. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir dazu die von der Bundesregierung ausgehebelten Hausarztverträge wieder stärken. Medizinische Versorgungszentren 3050 (MVZ) sind eine wertvolle Ergänzung zur bestehenden ambulanten Versorgung. Eine Weiterentwicklung zu hausärztlichen Versorgungszentren ist sinnvoll.

Regionalen Bedarf ermitteln

3055 Die Nutzung arztentlastender Instrumente durch qualifiziertes Pflegepersonal bis hin zur Telemedizin wollen wir vorantreiben. Die Bedarfsplanung wollen wir zur patientenorientierten Versorgungsplanung weiterentwickeln, um so den regionalen Versorgungsbedarf im hausärztlichen, fachärztlichen und psychotherapeutischen Bereich wirklichkeitsgetreu abbilden zu können. Zur Einbeziehung regionaler Interessen sollen die 3060 Kommunen in jedem Fall am gemeinsamen Landesgremium beteiligt sein.

Zum Abbau der Unterversorgung in strukturschwachen Regionen gehört andernorts der Abbau bestehender Überversorgung zwingend dazu. Wir werden aber auch den Fokus verstärkt auf die Nachwuchsgewinnung legen. Die von der Staatsregierung aufgelegten 3065 Förderprogramme sind nicht wirkungsvoll genug. Wir werden darauf hinwirken, den Stellenwert der Allgemeinmedizin an den Universitäten zu erhöhen, um Medizinstudierenden frühzeitig die zentrale Rolle und die Bedeutung der hausärztlichen Versorgung vermitteln zu können. Die Einrichtung von weiteren Lehrstühlen für Allgemeinmedizin an bayerischen Hochschulen ist ebenso notwendig wie die gezielte 3070 Förderung von Weiterbildungsverbänden oder die Überarbeitung der Auswahlkriterien

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

fürs Studium.

Psychiatrische Versorgung verbessern

3075 Wir werden die Psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern und hierzu zu allererst Daten der psychiatriespezifischen Versorgungsforschung erheben, die für effiziente Planungs- und Entwicklungsprozesse unabdingbar sind. Deutliche Defizite gibt es in der Krisenintervention, die im Freistaat sehr unterschiedlich verteilt und meistens auf Städte (München, Würzburg, Bayreuth-Kulmbach) konzentriert ist. Hier fordern wir
3080 flächendeckende Krisendienste. In den Bereichen der Erwachsenen-Psychiatrie, aber v.a. auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Gerontopsychiatrie gibt es sowohl im ambulanten wie auch stationären Bereich Engpässe, die z.T. den Versorgungsauftrag der KVB betreffen aber v.a. im stationären Bereich in die Verantwortung des Freistaats fallen. Hier werden wir uns für ausreichend Therapieplätze und Angebote einsetzen, die auch
3085 dem Anspruch einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung gerecht werden.

Fragen des Erhalts des Arbeitsplatzes bzw. der Reintegration werden durch Schnittstellenprobleme Land-Bezirk- Kommune- Arbeitsagentur-Maßnahmen-Träger-GKV verkompliziert. Hier werden wir uns für flexible, bedarfsgerechte und individuelle
3090 Lösungen stark machen.

Verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser

Wir stehen für eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der bayerischen
3095 Krankenhäuser auch in Hinblick auf den ländlichen Raum. Hier sind Bund und Land gleichermaßen in Verantwortung. Die drastischen Investitionskürzungen haben in den bayerischen Krankenhäusern einen immensen Investitionsstau zu Folge. Dieser muss Stück für Stück abgebaut werden. Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem auch gute Arbeitsbedingungen und
3100 zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend berücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Patientinnen und Patienten müssen sich darauf
3105 verlassen können, dass Behandlungen allein medizinisch begründet sind. Qualität und Patientensicherheit soll bei der Krankenhausplanung und -finanzierung eine stärkere Rolle spielen."

Darüber hinaus brauchen wir wieder einen staatlichen Investitionskostenzuschuss für die
3110 Modernisierung, Renovierung bzw. den Bau von Alters- und Pflegeheimen, um die Pflegesatzentwicklung zu entlasten.

Gute Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung

3115 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Bezahlung für das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern ein. Einsparungen dürfen nicht zu Lasten der Patienten und des Pflegepersonals gehen. Zugunsten einer qualitativ hochwertigen Versorgung fordern wir eine Personalbemessungsverordnung.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

3120 Effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst

Zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung gehört für uns auch ein effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst. Dieser muss nicht nur dringend personell gestärkt werden, damit er die vielfältigen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen kann, sondern auch im Hinblick auf seine Funktion als dritte Säule im Gesundheitswesen, neben Krankenhaus und ambulanter Versorgung, weiterentwickelt werden.

Für mehr Prävention und Rehabilitation

3130 Nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“ werden

wir medizinische Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen ausbauen, die körperliche

3135

und geistige Aktivität älterer Menschen durch wohnortnahe Präventionsangebote fördern und diese Angebote über eine Bundesratsinitiative in einem Präventionsgesetz verbindlich regeln.

3140 Vorsorge und Versorgung müssen miteinander verzahnt und in integrierte Versorgungskonzepte systematisch eingebunden werden. Durch die Vernetzung von lokalen und regionalen Gesundheitsangeboten in Bayern werden wir die Präventionsmaßnahmen stärken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das Rehabilitationsbudget der Rentenversicherung entsprechend der älter werdenden Gesellschaft steigt. Vermeidbare Erkrankungen zu vermeiden und Gesundheit wiederherzustellen oder zu erhalten hilft den Menschen in Bayern, senkt die Kosten im Gesundheitswesen und stärkt die wirtschaftliche Struktur unserer Heil- und Kurbäder.

Gute Pflege in Bayern

3150

Der Bedarf an Pflegeleistungen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Ohne beste Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und anständige Bezahlung der Fachkräfte wird ein Pflegenotstand nicht zu verhindern sein. Deshalb wollen wir die Umwandlung der derzeit als „Teilkassko“ gestalteten Pflegeversicherung in eine Vollversicherung prüfen. Wir werden eine ganzheitliche, an der individuellen Biographie und am Grad der Selbständigkeit orientierte, aktivierende und kultursensible Pflege einführen. Die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen werden dabei im Mittelpunkt stehen, nicht Ort und zeitlicher Aufwand der Leistung. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass die Empfehlungen des Beirates zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs aus dem Jahre 2009 endlich umgesetzt werden. Damit wird auch die zeitintensivere Betreuung von Demenzkranken endlich angemessen berücksichtigt.

Pflegende Angehörige besser unterstützen

3165 Wir werden in Bayern dafür sorgen, dass pflegende Angehörige besser unterstützt und entlastet werden als bisher. Dafür werden wir wohnortnahe Beratungsstellen und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

ambulante Pflegedienste stärker ausbauen und uns dafür einsetzen, dass gesetzliche Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege erhöht werden, damit pflegende Angehörige ihren Alltag bewältigen können. Schließlich unterstützen wir die
3170 Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Pflege zu Hause. Dazu gehören ein Freistellungsanspruch mit Lohnersatzzahlung und eine gesetzliche Rückkehrgarantie an den alten Arbeitsplatz, aber auch die Berücksichtigung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung und ein Anspruch auf ein flexibles Zeitbudget für die Pflege von Angehörigen.

3175

Würdiges Leben bis zuletzt

Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod zu ermöglichen und ihnen beim Sterben zur Seite zu stehen, ist eine wichtige und
3180 verantwortungsvolle Aufgabe. Wir werden deshalb in Bayern die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Hospizeinrichtungen vorantreiben.

Altenpflegeberuf attraktiver machen

Wir werden in Bayern ab 2013 Altenpflegeberufe attraktiver machen. Die Ausbildung wird
3185 kostenfrei gestellt. Entsprechend werden wir in Bayern eine Ausbildungsumlage einführen. Wir unterstützen eine der hohen Arbeitsbelastung und Verantwortung entsprechend höhere Bezahlung der Fachberufe in der Pflege.

3190 Pflegeausbildung modernisieren

Wir setzen uns für eine gemeinsame Pflegeausbildung ein, welche die Ausbildungen in der Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Gesundheits- und
3195 Kinderkrankenpflege vereint. Ebenso wichtig ist uns die Förderung der akademischen Ausbildung, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen, die Professionalisierung voranzutreiben und den gestiegenen Anforderungen an die Qualität der Pflege gerecht zu werden.

Organspende

3200

Die BayernSPD steht zur Organspende und setzt sich für eine umfassende Aufklärung der Datenmanipulationen an bayerischen Transplantationszentren ein. Um den enormen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, wollen wir mehr Transparenz in dem sensiblen Bereich der Organspende, veränderte Rahmenbedingungen und
3205 Konsequenzen bei Fehlverhalten.

3210

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

3215

Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind in Bayern wichtige Akteure der
3220 Zivilgesellschaft. Sie verdienen staatliche Anerkennung und öffentliche Unterstützung. Bayern ist ein christlich geprägtes Land, aber ebenso auch eine multireligiöse Gesellschaft, zu der auch unsere muslimischen und jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören. Religionsfreiheit, religiöse Toleranz und gegenseitiger Respekt sind uns wichtige Werte.

3225 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege besser fördern.

... die soziale Infrastruktur zusammen mit diesen Verbänden verbessern.

3230

... die Selbsthilfe besser fördern und deren Landesarbeitsgemeinschaft besser ausstatten.

... die Bündnisse für Toleranz im ganzen Land fördern und unterstützen.

3235 Leistung der christlichen Kirchen würdigen

Die BayernSPD würdigt die Leistungen der christlichen Kirchen in Bayern, insbesondere ihren Beitrag in der sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe, der Flüchtlingsarbeit und vieles mehr. Wir wissen: Ohne kirchliches Engagement und den
3240 haupt- und ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher kirchlicher Organisationen und Verbände könnte die soziale Infrastruktur nicht aufrechterhalten werden.

Soziale Infrastruktur verbessern

3245 Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen wir besser fördern und unterstützen. Gemeinsam mit den kommunalen und staatlichen Institutionen gewährleisten sie ein breites Angebot an sozialen Diensten und Einrichtungen. Der Bayerische Sozialbericht zeigt, dass an vielen Stellen die soziale Infrastruktur verbessert werden muss. Gemeinsam mit der Freien
3250 Wohlfahrtspflege werden wir die notwendigen Maßnahmen entwickeln und vorantreiben.

Förderung der Selbsthilfe ausbauen

3255 Der Beitrag der Selbsthilfe in der Sozial- und Gesundheitspolitik ist lange Zeit unterschätzt worden. Wir verstehen uns als Partner der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe in Bayern, die wir besser ausstatten werden.

Bündnisse für Toleranz unterstützen

3260 Wir begrüßen und unterstützen das Engagement des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und der örtlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Bildung

3265

Bildungspolitik: Das ist gerecht!

Bildung ist ein Menschenrecht und daher eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft. Unser Verständnis von guter und hochwertiger Bildung ist ganzheitlich und versteht
3270 Lernen als lebensbegleitenden Prozess: moderne Bildungspolitik muss daher die Bildungslaufbahn jedes Einzelnen von Anfang an und ein Leben lang begleiten. Das Bildungsangebot der Zukunft muss ein schlüssiges Gesamtkonzept sein, das sowohl gut als auch gerecht ist. Unser Ziel ist es, allen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen und niemanden auf dem Weg des Lernens zurückzulassen. Bildung ist der
3275 Schlüssel zu einer demokratischen Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung.

Wir wollen Schule neu denken und ein Schulsystem, in dem Leistung gefördert und Chancenvielfalt ermöglicht wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt
3280 Bildungserfolg unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus der Eltern zu garantieren.

Bei allen Maßnahmen geht es nicht um eine kompromisslose Abkehr von allem Bestehenden, sondern darum, passgenaue Alternativen für eine starke Bildungszukunft
3285 unserer jungen Menschen zu schaffen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... bessere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen schaffen.
3290

... individuelle Förderung als zentrale Aufgabe begreifen.

... Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot ermöglichen.

3295 ... den Schulen mehr Selbstverantwortung geben.

... ein Recht auf einen guten Ganztagschulplatz verankern.

... mit der Gemeinschaftsschule den ländlichen Raum stärken.
3300

... berufliche Bildung als starke Säule neben dem Studium ausbauen.

... lebensbegleitendes Lernen durch ein Recht auf Bildungsurlaub sichern.

3305

3310

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Für eine gerechte Bildung – mit mehr Qualität in die Zukunft

In Bayerns Schulen und Bildungseinrichtungen wird täglich hervorragende Arbeit
3315 geleistet – und das oft unter ungünstigen Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Dies
verdanken wir engagiert arbeitenden Lehrkräften, unseren Schulleiterinnen und
Schulleitern sowie Erzieherinnen und Erziehern. Die Schülerinnen und Schüler, unterstützt
durch ihre Eltern, bringen in nationalen und internationalen Vergleichsarbeiten
hervorragende Ergebnisse. Alle Schularten, von der Grundschule über Mittel-, Realschule,
3320 Wirtschaftsschulen, Gymnasium bis zu den beruflichen Schulen und den Förderzentren
tragen zu den anerkannt guten Ergebnissen ihren Anteil bei.

Talente bleiben auf der Strecke

3325 Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das bayerische Schulsystem hoch selektiv ist und
viele Talente auf der Strecke bleiben. Gute Bildung hat das Ziel, jedes einzelne Potenzial
zu entfalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, lassen wir uns nicht mehr auf eine
Bildungspolitik der Korrekturen und Reparaturmaßnahmen ein, sondern haben den Mut,
uns die Qualitätsfrage immer wieder aufs Neue zu stellen. Wir müssen alte Strukturen an
3330 neuen Erkenntnissen und Wissenschaftsstandards überprüfen und an diesen neu
ausrichten. Dieser Mut ist Bayern in den letzten Jahrzehnten abhanden gekommen.

Keiner darf verloren gehen

3335 Wir wollen Schule neu denken und in einer ehrlichen Diskussion gemeinsam mit allen
gesellschaftlich relevanten Kräften die Zukunftsfrage Bildung neu stellen. Am Ende des
Weges steht ein Schulsystem, in dem keiner verloren geht, Leistung gefördert und
Chancenvielfalt ermöglicht wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt
Bildungserfolg unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus
3340 der Eltern zu garantieren. Noch immer haben Kinder von Akademikerinnen und
Akademikern eine fast siebenmal höhere Wahrscheinlichkeit, an ein Gymnasium zu
wechseln. Noch immer ist ein guter Schulabschluss oftmals Ergebnis teurer Nachhilfe.
Noch immer bleiben Kinder mit Migrationshintergrund auf der Strecke. Gute
Bildungspolitik muss alle Qualitätsstandards und Schulabschlüsse wohnortnah
3345 ermöglichen, lange Schulwege vermeiden und regionale Schulmodelle zulassen, um
gleiche Chancen in Stadt und Land zu schaffen.

Kinder in den Mittelpunkt stellen

3350 Wir werden Schule zu einem Ort des Lernens machen, der gleichzeitig Lebensraum und
ein Ort für Inspiration und Kreativität ist. Das leisten nur starke Schulen, die personell
sowohl mit Lehrkräften als auch mit zusätzlichem pädagogischem Fachpersonal wie
Sozial- und Heilpädagogen gut aufgestellt sind. Gemeinsames Anliegen aller muss es
sein, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und im Team intensiv zusammenzuwirken.
3355 Schulen müssen sich auf klare Rahmenbedingungen durch die Politik verlassen können.
Dazu gehört auch, dass ausreichend Personal eine gesicherte Unterrichtsversorgung
gewährleistet und kleine Klassen ermöglicht.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

3360 Beste Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen

Lehrkräfte brauchen unser Vertrauen und Unterstützung. Wir werden dafür sorgen, dass sie durch die Zusammenarbeit in Lehrerteams Synergien nutzen und dafür auch ausreichend Zeit und Ausstattung bekommen. Entscheidend für uns ist eine zeitgemäße
3365 Fortbildung und professionelle Begleitung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals. Für eine Schule, die längeres gemeinsames Lernen ohne Ausieben der Schwächeren, aber auch die Teilhabe von Kindern mit und ohne Handicaps ermöglicht, brauchen wir eine neue LehrerInnenbildung. Wir wollen die LehrerInnenbildung neu ausrichten und die Anforderungen an eine moderne Schule in den Blick nehmen.

3370

Unabhängig von ihrem späteren Einsatzgebiet braucht jede zukünftige Lehrkraft ein profundes pädagogisches Grundgerüst, das mit Blick auf die Umsetzung der Inklusion auch Kenntnisse über Förderpädagogik beinhaltet. Dabei darf die fachwissenschaftliche Ausbildung nicht zu kurz kommen. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird auch die
3375 LehrerInnenbildung grundlegend reformiert. Wir gehen von der Gleichwertigkeit der Lehrämter aus, sodass der Grundsatz gelten muss: kein Lehramt ohne Masterabschluss. Für uns ist eine intensive Verzahnung von Praxis und Studium von großer Bedeutung.

Ganzheitliche Bildung - Individuelle Förderung als zentrale Aufgabe

3380

Im Mittelpunkt einer guten Schule steht stets das Kind selbst. Jedes Kind ist einmalig. Die Bildungsangebote müssen sich an den Bedürfnissen des Einzelnen orientieren. Die Lehrpläne der bayerischen Schularten sind vollgestopft mit Einzelwissen und betonen zu sehr den kognitiven Bereich. Wir wollen den Artikel 131, Absatz 1 der Bayerischen
3385 Verfassung ernst nehmen: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ In diesem Sinne streben wir eine gründliche Überarbeitung der Lehrplaninhalte aller Schularten an und nehmen die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit der jungen Menschen in den Blick. Dabei müssen Unterrichtsinhalte wie „Alltags- und Lebensökonomie“ in allen Schularten genauso ihren
3390 Platz haben wie eine lebensnahe Umweltbildung. Aus der Lern- und Gehirnforschung wissen wir, dass nur selbstgesteuertes und selbstaktives Lernen zu wirklich nachhaltigen Ergebnissen führt. Dabei geht es nicht darum, Wissen in der Wiedergabe von möglichst vielen Fakten zu verstehen, sondern Wissen zu vernetzen und vielfältige Kompetenzen zu erlernen. So bringen wir echte individuelle Förderung ins System und werden jedem
3395 einzelnen Kind gerecht.

Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot

Gute Bildungspolitik ist nie abgeschlossen, sondern entwickelt sich immer weiter unter
3400 Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Neben den bewährten Schulangeboten müssen neue Wege ermöglicht werden. Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen wird daher durch unsere Initiativen auch in Bayern eine Chance erhalten.

3405 Pädagogische und organisatorische Weiterentwicklung ist grundsätzlich Aufgabe aller Schularten. So werden sich Realschulen und berufliche Oberschulen gemeinsam zu einer

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

starken Säule neben dem Gymnasium positionieren. Mittelschulen und Wirtschaftsschulen werden bei diesem Prozess aktiv mit einbezogen. Jede Schulart kann und soll in der vielfältigen bayerischen Schullandschaft einen zukunftsweisenden Platz einnehmen.

Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 schaffen

Nach der überstürzten Einführung des achtjährigen Gymnasiums sehen wir gerade beim bayerischen Gymnasium Nachbesserungsbedarf: In Verbindung mit einer pädagogischen Ausrichtung hin zu selbstaktiven Lernformen, einer Reduzierung der Pflichtstundenzahl in der Unter- und Mittelstufe und einem raschen Ausbau des Ganztagsangebots entlasten wir die Schülerinnen und Schüler. Durch eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe schaffen wir ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten und damit ein Wahlrecht für eine acht- oder neunjährige Schulzeit.

Neue Wege gehen

Aber auch Schulen, die andere Wege gehen wollen, brauchen unsere Unterstützung. Wir werden daher Anreize für pädagogische Neuausrichtungen schaffen. Wir werden es allen Schulen ermöglichen, sich auf Antrag zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln, damit vor Ort ein neues pädagogisches Angebot entstehen kann. Dafür werden wir das Schulgesetz so anpassen, dass regionale Schulmodelle und längeres gemeinsames Lernen auch an kleinen ländlichen Schulstandorten ermöglicht werden können. Leistungsstarke und pädagogisch hochwertige Schulen sind unser Leitbild für eine Schule der Zukunft.

Schulen durch mehr Selbstständigkeit stärken

Dreh- und Angelpunkt für Unterrichtsqualität ist die Schule selbst. Sie muss mehr Verantwortung, aber auch mehr Entscheidungsrecht bekommen. Dazu braucht sie auch die nötigen Strukturen und Ressourcen. Eine herausragende Rolle spielt dabei die Schulleitung. Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen für ihre Aufgaben entsprechende Leitungszeit und professionelle Ausbildung. Alle Schulen werden von uns endlich mit einer ausreichenden Zahl von Verwaltungskräften ausgestattet. Eine Verlagerung der Verantwortlichkeiten auf die Einzelschule verlangt auch eine Neuorganisation der staatlichen Schulaufsicht. Dabei kann die erfolgreiche Struktur der Ministerialbeauftragten als Bindeglied zwischen Kultusministerium und Schule als Beispiel dienen.

Eine selbstständige Schule ist aber auch auf eine starke Mitbestimmungskultur angewiesen. Wichtige Entscheidungen können und dürfen nur in einem demokratischen Abstimmungsprozess getroffen werden, bei dem die Schülerinnen und Schüler altersgemäß aktiv beteiligt werden und Eltern wie auch Lehrkräfte stark eingebunden sind. Demokratie muss gelebt werden. Werte wie Gerechtigkeit, Toleranz und Geschlechtergleichheit müssen mit Leben gefüllt werden.

Für die Schulen braucht es mehr Selbstbestimmung, gleichzeitig wollen wir auch engere Zusammenarbeit in der Bildung: Wir werden auf Bundesebene den kooperativen Bildungsföderalismus durch Artikel 104c GG umsetzen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

3455

Vielfalt als Chance

3460 Die Vielfalt der jungen Menschen als Chance betrachten: Das muss Grundlage des pädagogischen Handelns in der Schule der Zukunft sein. Kinder mit Migrationshintergrund sind eine Bereicherung und erfordern unsere größtmögliche Aufmerksamkeit. Da Schulerfolg von den Sprachkenntnissen erheblich abhängt, sorgen wir dafür, dass sie bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützt werden
3465 und auch zusätzlichen Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten. Dazu müssen wir auch die interkulturelle Kompetenz von Lehrkräften kontinuierlich verbessern.

Bayern muss die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und schnellstmöglich inklusive Bildungseinrichtungen schaffen. Kinder und Jugendliche mit
3470 sonderpädagogischem Förderbedarf sind somit künftig ganz normale Mitglieder unserer Schulgemeinschaften. Voraussetzung dafür ist aber, alle Schulen für diese Herausforderung fit zu machen und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Inklusion ist Aufgabe aller Schulen.

3475 Gute Ganztagschulen

Jedes Kind muss das Recht auf einen gebundenen Ganztagsplatz erhalten. Eine gute Ganztagschule ist mehr als eine Nachmittagbetreuung. Sie organisiert verbindlich Lern- und Übungszeiten, aber auch Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote über den
3480 ganzen Schultag verteilt, sodass Schülerinnen und Schüler ausreichend Zeit und Raum für ganzheitliche Bildung und Persönlichkeitsentwicklung bekommen.

Eine qualitativ hochwertige Ganztagschule braucht einen abwechslungsreichen Tagesablauf und individuelle Fördermöglichkeiten für die Kinder. Expertinnen und
3485 Experten von außen bereichern das Schulleben. Lokale Einrichtungen wie gemeindliche Jugendarbeit und Vereine verschiedener Prägungen müssen eingebunden werden. Die Ganztagschule endet hausaufgabenfrei in der Regel um 16 Uhr. Dann bleibt ausreichend Zeit, den persönlichen Interessen nachzugehen oder sich in örtlichen Vereinen und in der Jugendarbeit zu engagieren. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
3490 gewährleisten, muss in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Betreuungsangebot auch nach 16 Uhr und in den Ferienzeiten ermöglicht werden.

Wir wissen: Guter Ganzttag kostet. Wir werden daher den Schulen zusätzliche Stunden geben, damit ein abwechslungsreiches Unterrichts- und Lernangebot auf hohem Niveau
3495 bis in den Nachmittag hinein angeboten werden kann. Ganztagschulen brauchen zudem für zusätzliches Personal auch ausreichende Finanzmittel. Damit die Kommunen die Anpassung der Schulräume an die Anforderungen eines guten Ganztags ermöglichen können, werden wir gezielte Förderprogramme auflegen.

3500 Schule im ländlichen Raum

Die demografische Veränderungen und eine zunehmende „Landflucht“ machen es

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

wichtiger denn je, die ländlichen Regionen attraktiv für junge Familien zu halten, indem wir auch kleine Schulstandorte auf dem Land sichern. Wir wollen flächendeckend ein
3505 wohnortnahes Bildungsangebot mit hohen Qualitätsstandards sichern. Denn ein attraktives Schulangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde. Dabei erhalten die Kommunen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung regionaler Bildungslandschaften. Vorhandene Schulstandorte sollen sich zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln können und durch alle Schulabschlüsse wieder attraktiver werden.
3510 Gemeinschaftsschulen wird es aber nur dort geben, wo Kommune und Schulfamilie diese beantragen. Damit vorhandene Schulangebote nicht gefährdet werden, werden wir für jeden Landkreis einen eigenen Bildungsplan erstellen.

Berufliche Bildung als starke Säule

3515 Jedes Jahr entscheiden sich mehr als die Hälfte der Jugendlichen nach Ende der Schulzeit für eine berufliche Ausbildung. Die duale Ausbildung ist ein über die deutschen Grenzen hinaus gefragtes Bildungsmodell. Wir werden deshalb alles tun, über diesen bewährten Weg den zunehmenden Fachkräftebedarf zu sichern.

3520 Sorge bereitet uns einerseits die immer noch zu hohe Zahl von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Abschluss und mit mangelnder Ausbildungsfähigkeit, andererseits die teilweise enorm gestiegenen Anforderungen der Betriebe. Zu viele junge Menschen müssen derzeit in Übergangssystemen auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereitet
3525 werden. Die dafür notwendigen Mittel müssen besser in die allgemeine und berufliche Schulzeit investiert werden, um direkte Einstiege in die Ausbildungsberufe zu ermöglichen. Sozialpädagogische Unterstützungsmaßnahmen müssen bei Bedarf die Übergänge von Schule und Beruf begleiten. Wir werden daher eine breite Qualifikationsbündelung bei der Ausbildung sicherstellen, die zum beruflichen Handeln
3530 befähigt, die Grundlagen für selbstständiges Weiterlernen schafft und vielseitige Vermittlungs- und Arbeitsmarktchancen eröffnet. Ausbildungen mit kürzerer Ausbildungsdauer müssen auf das Notwendigste beschränkt bleiben und dienen allenfalls dem Einstieg in die berufliche Ausbildung.

3535 Wir wollen geschlechtersensible Bildung

Nicht nur bei der Berufswahl gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Mädchen und Jungen werden -oft unbewusst- zu unterschiedlichem Rollenverhalten erzogen. Wir setzen uns ein für eine geschlechtersensible Bildung. Dieser Gedanken muss
3540 auch Eingang finden in die Ausbildung der Akteurinnen des Bildungssystems (ErzieherInnen, Dozierende, Lehrkräfte...). Auch die vorhandenen Lehr- und Lernmaterialien wollen wir auf diesen Aspekt hin überprüfen und überarbeiten. Weitere Schritte müssen folgen.

3545 Zuwanderer besser fördern, Geschlechtertrennung überwinden

Menschen mit Zuwanderungshintergrund bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und gezielte Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Chancen. Beruflich qualifizierten Zuwanderern müssen wir den Zugang zu den Hochschulen erleichtern und die in der
3550 beruflichen Ausbildung erworbenen Qualifikationen auf ein Hochschulstudium

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

anrechnen. Die geschlechtsspezifische Trennung bei der Ausbildung müssen wir mit geeigneten Maßnahmen überwinden.

Berufsschulen stärken

3555

Im Rahmen der dualen Ausbildung hat der Staat eine große Verantwortung, die Berufsschulen handlungsfähig zu erhalten und für eine gute Personalausstattung zu sorgen. Dazu gehört, die Angebote der Doppelqualifizierung durch Berufsschule und Fachhochschulreife an allen Berufsschulstandorten auszubauen und auch, die

3560 Lehrtätigkeit für externe Meisterinnen und Meister attraktiv zu halten, damit die Nähe zur realen Wirtschaft garantiert ist. Die Berufsschulen müssen zu starken Partnern für allgemeinbildende Schulen, aber auch für die Weiterqualifizierung und den Bereich des lebensbegleitenden Lernens zu vielseitigen Kompetenzzentren werden.

3565 Lebensbegleitendes Lernen

Bildungspolitik ist nicht nur Schulpolitik. Schon von Anfang an müssen wir dafür sorgen, dass alle Kinder Zugang zu Bildung bekommen. Ebenso müssen wir ein starkes Bildungsangebot nach der Schule bereitstellen. Die Bedeutung der Bildung nach der

3570 Schule wird immer größer. Die Förderung individueller Kompetenzen und Lebenserfahrungen, die soziale Integration und die politische Partizipation – kurz: der Erhalt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Lebensalter – ist eine zentrale Aufgabe der Zukunft.

3575 Bildung ist ein Menschenrecht. Für uns gilt das dann aber auch für die Bildung nach der Schule und Ausbildung. Die Umsetzung des Prinzips des lebensbegleitenden Lernens geschieht derzeit nicht systematisch und ist dem Einzelnen überlassen. Bayern wird dieser wachsenden Bedeutung nicht ausreichend gerecht. Wir werden die Erwachsenenbildung auf die persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen

3580 Bedürfnissen der Lernenden abstimmen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

Erwachsenenbildung aufwerten

3585

Wir werden die Teilnahme und die Abschlüsse an den Angeboten des lebensbegleitenden Lernens durch einen staatlich anerkannten und zertifizierten Weiterbildungspass dokumentieren und die Angebote der Erwachsenenbildung in den Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung als Grundversorgung definieren und verbindlich mit öffentlichen

3590 Mitteln finanzieren. Zur Grundversorgung gehören unter anderem Angebote der politischen Bildung, Angebote zum Ausbau und Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Sprach-, Kultur- und Medienkompetenzen, Arbeits- und berufsbezogene Weiterbildung.

Wir werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Altersstufen einen

3595 bedarfsgerechten individuellen Freistellungsanspruch einräumen und schulabschlussbezogene Maßnahmen des lebensbegleitenden Lernens im Sinne einer „zweiten Chance“ staatlich finanzieren. Die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltung beim Thema Qualifizierung werden wir ausbauen, die Finanzierung der Fort- und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Weiterbildung organisieren und dabei sicherstellen, dass die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wir werden ein umfassendes Beratungsangebot im Sinne einer Bildungsberatung für lebensbegleitendes Lernen schaffen, das Erwachsenen-BAföG ausbauen, um den Zugang zu Bildung ein Leben lang zu ermöglichen.

3605 Weiterbildungsgesetz soll den Menschen dienen

Wir werden ein Weiterbildungsgesetz einbringen nach folgendem Grundprinzip: Erwachsenenbildung dient dem Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

3615

3620

3625

3630

3635

3640

3645

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten

3650

Wissenschaftliche Bildung und die Qualität der Forschung unserer Hochschulen sind Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Nur mit hervorragenden Ausbildungsbedingungen für alle Studierenden sind an unseren Hochschulen wissenschaftliche Spitzenleistungen möglich.

3655

Ziel unserer Hochschulpolitik ist, möglichst viele junge Menschen zu einem erfolgreichen Studium zu führen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

3660

... einen chancengleichen, gebührenfreien Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen.

... die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Barrieren für ein Studium abbauen.

3665 ... die Hochschulen besser ausstatten und das Personal aufstocken.

... die demokratische Gestaltung der Hochschulen vorantreiben, die verfasste Studierendenschaft einführen und die Selbstverwaltung stärken.

3670 ... die nicht umgesetzten Ziele der Bologna-Reform anpacken: Mobilität und Sozialverträglichkeit erhöhen, Verschulung senken.

... den Anteil weiblicher Wissenschaftlerinnen mit gezielten Fördermaßnahmen und einer Quote erhöhen.

3675

... die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern.

... Menschen mit Behinderung ein barrierefreies Studium ermöglichen.

3680

Kostenfreie Bildung

Die Einführung der Studiengebühren war ein Einstieg in die Privatisierung und Ökonomisierung unseres Bildungssystems. Studiengebühren verstärken die soziale

3685 Selektion beim Hochschulzugang. In Bayern entscheiden immer noch die soziale Herkunft und der Geldbeutel der Eltern darüber, wer ein Hochschulstudium aufnimmt. Ziel der Hochschulpolitik muss sein, jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen. Deshalb, und weil die Finanzierung von Hochschulen und die Vermittlung von Bildung und Wissenschaft an den Hochschulen

3690 Aufgaben des Staates sind, lehnen wir Studiengebühren ab. Die weggefallenden Beträge werden auch künftig aus dem Staatshaushalt zeitlich unbegrenzt in vollem Umfang kompensiert. Die Studierenden sind, wie bisher, in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Gleichzeitig werden wir, um die Ausbildung allen zu ermöglichen, das BAföG ausbauen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

3695

Hochschulen besser ausstatten

Die Hochschulen in Bayern sind chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau beläuft sich inzwischen auf fünf Milliarden Euro. Wir werden die Sanierung der maroden 3700 Hochschulbauten angehen und ein Hochschul-Investitionsprogramm auflegen.

Hochschulen werden mit langfristig garantierten, höheren Mitteln ausgestattet. Mehr Sachmittel, Personal und die Verbesserung der Situation der Hochschulbibliotheken sind dringend notwendig, um für die Studierenden eine qualitativ hochwertige 3705 Hochschulausbildung zu gewährleisten.

Autonomie und Mitbestimmung stärken

Zentrales Anliegen bei einem weiteren Ausbau der Autonomie von Hochschulen ist es, die 3710 Effizienz der Hochschulen zu stärken und gleichzeitig die demokratische Teilhabe zu fördern. Die mit der Eigenständigkeit der Hochschulen verbundene – bisher durch den Landtag vertretene – demokratische Legitimation muss durch eine innere Demokratisierung der Hochschulen ergänzt werden. Der Staat wird aus seiner Verantwortung für die Wissenschafts- und Bildungspolitik jedoch nicht entlassen.

3715

Wir werden die Autonomie der Hochschulen stärken, indem wir verbindliche Zielvereinbarungen zwischen dem Ministerium und den Hochschulen abschließen. Diese Rahmenvorgaben werden an die Stelle der bisherigen detaillierten, tief in die tägliche operative Leitung der Hochschulen eingreifenden Vorgaben des Ministeriums treten. 3720 Hochschulräte bzw. Kuratorien begleiten die Umsetzung. Diese treffen – anders als bisher – keine operativen Entscheidungen, sondern sollen vielmehr die Gesellschaft als Ganzes repräsentieren.

Demokratische Kontrolle der Hochschulleitung

3725

Professionelle Leitungsstrukturen erfordern an den Hochschulen umfassende Kontroll-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aller am Wissenschaftsprozess beteiligter Personen und Gruppen. Wenn es um Hochschulpolitik und -entwicklung geht, dann dürfen nicht alleine finanzielle Aspekte die Richtung bestimmen. Was an den 3730 Hochschulen passiert, muss offen und unter Mitwirkung der Gesellschaft diskutiert werden. Und am Ende dieser Prozesse müssen nachvollziehbare, demokratische Entscheidungsverfahren stehen.

Viertelparität einführen, Mittelbau stärken

3735

Das Satzungsrecht der Hochschulen wird von uns gestärkt. Professorinnen und Professoren, Mittelbau, nicht-wissenschaftliche Angestellte und Studierende sollen die Geschicke der Hochschulen von den Departments bis zum Senat viertelparitätisch besetzt bestimmen. Alle Ämter werden von diesen vier Gruppen frei gewählt. Künftig wird die 3740 Hochschulleitung nicht mehr alleine über die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten bestimmen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Ein Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
3745 wird verpflichtend eingerichtet, um die Position des Mittelbaus zu stärken und diesem mehr Mitspracherechte einzuräumen.

Verfasste Studierendenschaft einführen

3750 Bayern ist das letzte Bundesland, das in seinem Hochschulgesetz keine Verpflichtung zu einer selbst verwalteten Studierendenschaft vorsieht. Die studentische Interessensvertretung in Bayern ist dadurch im Vergleich zu anderen Bundesländern um wesentliche Punkte beschnitten.

3755 Wir werden die verfasste Studierendenschaft mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat wieder einführen. Die Studierendenschaften werden Körperschaften des öffentlichen Rechts. Nur dann können die Studierenden ihre Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger auch an der Hochschule wahrnehmen. Erst wenn die Studierenden selber darüber entscheiden, wie sie sich organisieren und für
3760 was sie ihre Mittel ausgeben wollen, kann von einer wirklichen Vertretung gesprochen werden. Und nur mit einer verfassten Studierendenschaft stehen auch genügend Mittel zur Verfügung, um das studentische Leben wirklich mitgestalten zu können.

Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen

3765

Wir werden die Lehre stärken. Die Studierenden brauchen nicht nur profilierte Forscherinnen und Forscher, sondern auch exzellente Lehrende. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Lehre schrittweise guter Forschung gleichgestellt wird. Die Lehrkompetenz muss ein entscheidendes Berufungskriterium werden.

3770

Wir werden die Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge sowie der Anstieg der Studierendenzahlen werden nur bewältigt, wenn der akademische Nachwuchs stärker gefördert und die Weiterqualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt
3775 wird. Die bayerischen Hochschulen brauchen ein Nachwuchsförderungsprogramm, um sicherzustellen, dass mit dem Ansteigen der Studierendenzahlen in allen Fachrichtungen genügend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Neueinstellungen bzw. Wiederbesetzungen von Professorinnen- und Professorenstellen zur Verfügung stehen. Wir werden auch für eine fundierte didaktische Ausbildung in der Lehre sorgen.

3780 Die Lehramtsausbildung erhält einen größeren Praxisbezug und eine bessere Verzahnung von Praxis und Studium.

Studieren auch ohne Abitur

3785 Jeder und Jede, der/die studieren möchte, sollte auch die Möglichkeit bekommen. Deswegen werden wir Modelle fördern, die Studienangebote für Menschen bereithalten, die mitten im Berufsleben stehen und keine klassische Hochschulzugangsberechtigung haben. Das setzt vor allem einen Lernprozess und kulturellen Wandel an den Hochschulen voraus, die sich noch zu stark abschotten gegen Studieninteressierte ohne klassische
3790 Hochschulzugangsberechtigung. Die nach wie vor traditionelle, starre Trennung zwischen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

beruflicher und akademischer Bildung werden wir überwinden. Wechsel zwischen beiden Bildungsbereichen sollen künftig selbstverständlich sein.

Hohe Qualität für alle und überall

3795

Leistungsorientierung und Chancengleichheit schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Ziel unserer Hochschulpolitik ist es, hervorragende Ausbildungsbedingungen in der Breite für alle Studierenden und damit auch die Basis für wissenschaftliche Spitzenleistungen überall in Bayern zu schaffen. Soll Bayern auch in Zukunft erfolgreich 3800 sein, muss es der Vielfalt der Begabungen und Interessen gerechter werden. Voraussetzung dafür ist ein chancengleicher Zugang zum Hochschulstudium, ohne soziale und wirtschaftliche Barrieren. Wir werden dafür sorgen.

Eine hohe Qualität von Lehre und Forschung über alle Standorte in Bayern hinweg ist 3805 unser Ziel. Profilbildung darf nicht zu Lasten der Studierenden gehen. Das Studium an verschiedenen Standorten muss von vergleichbarer Qualität bleiben.

Bologna umsetzen, Studium studierbar machen

3810 Die Beteiligung Deutschlands am Bologna-Prozess war ein richtiger Schritt. Die Schaffung eines europäischen Hochschulraums ist ein wesentliches Element der europäischen Integration. Die Ziele des Bologna-Prozesses unterstützen wir. Diese Ziele sind jedoch noch nicht erreicht, es besteht vielmehr Korrekturbedarf in vielen Bereichen. Wir werden daher die Reform der Reform in Kooperation mit den Hochschulen in Form von 3815 Zielvereinbarungen angehen. Wir werden

... die innereuropäische Mobilität erhöhen.

... die Verschulung auf ein erträgliches Maß reduzieren.

3820

... die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen herstellen.

... auf die Verringerung der Abbruchquoten hinarbeiten.

3825 ... für die Sozialverträglichkeit des Studiums sorgen, denn es muss auch in Zukunft möglich sein, neben dem Studium zu jobben oder Kinder zu haben.

... die Bildungsdimension des Studiums stärken.

3830 ... die Weiterbildungsangebote ausbauen und lebenslanges Lernen ermöglichen.

Entgegen der ursprünglichen Zielsetzung ist es für Studierende heute schwerer und nicht etwa leichter geworden, im Ausland zu studieren. Diesen Trend wollen wir in Kooperation mit den Hochschulen umkehren. Das Projekt der Europäischen Integration verlangt nach 3835 mehr Austausch und mehr europäische Internationalität im Bildungsbereich. Der Zugang zu Master-Studiengängen wird daher geöffnet, das Angebot entsprechend ausgeweitet und besser auf die Bachelor-Programme abgestimmt. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur Aufnahme eines

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Masterstudiums.

3840

Gleichstellung an den Hochschulen fördern

Frauen sind in der Wissenschaft unterrepräsentiert. Im Verlauf einer wissenschaftlichen Karriere – vom Studium über die Promotion und Juniorprofessur oder Habilitation bis zur
3845 Professur – nimmt der Frauenanteil kontinuierlich ab. Das hat nichts mit Leistung oder wissenschaftlicher Qualifikation zu tun. Die vielfältigen Ursachen reichen von Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Karriere über durchsetzungsstarke Männernetzwerke bis zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

3850 Solange Frauen auch in den Kollegialorganen und anderen Gremien der Universität unterrepräsentiert sind, gehören aktive Frauenfördermaßnahmen auch in Form von verbindlichen Zielquoten zu den notwendigen Instrumenten. Um diesen Missstand zu beseitigen, erstellt jede Hochschule künftig ein Gleichstellungskonzept. Und wir sorgen dafür, dass dieses auch umgesetzt wird.

3855

Unser Ziel ist es, den Frauenanteil in der Wissenschaft – insbesondere ihren Anteil an den Professuren – deutlich zu erhöhen. Dazu wollen wir mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen verbindliche Ziele festlegen und über entsprechende Kriterien bei der Programmfinanzierung Anreize setzen. Zur Steigerung des Frauenanteils werden

3860 wir Quoten einführen.

Studium ohne Barrieren schaffen

Die bayerischen Hochschulen müssen nach dem Hochschulgesetz dafür Sorge tragen,
3865 dass Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in ihrem Studium nicht benachteiligt werden und die Angebote der Hochschulen möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen können. Ein barrierefreies Studium ist für die Studierenden an den Hochschulen jedoch nicht möglich. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen schließt ganz wesentlich die Teilhabe an Bildung und Studium als
3870 Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche Inklusion ein. Hochschulgebäude müssen für alle zugänglich werden. Es braucht unterschiedliche Unterstützungsangebote, ausreichend Personal, barrierefreie, zentral gelegene Wohnheimplätze und unbürokratische Unterstützung aus einer Hand. Eine inklusive Hochschule geht von den individuellen Bedürfnissen eines jeden/jeder aus und richtet sich gegen Barrieren
3875 jeglicher Art, nicht nur baulichen Barrieren. Auch Prüfungen müssen barrierefrei gestaltet und den Bedürfnissen der Studierenden mit Behinderung angepasst werden.

Soziale Infrastruktur stärken

3880 Die soziale Infrastruktur, die zumeist von den lokalen Studentenwerken bereitgestellt wird, ist wichtiger Bestandteil eines guten Studiums. In den letzten zwölf Jahren sind die Zuschüsse für die bayerischen Studentenwerke um 50 Prozent gekürzt worden. Wohnheimplätze, Mensen und Cafeterien, psychologische und andere Beratungsangebote müssen mit der steigenden Zahl von Studienplätzen mithalten. Vor
3885 allem bei der Zahl der Wohnheimplätze ist in den nächsten Jahren ein hoher, wenn auch regional sehr unterschiedlicher Bedarf absehbar, dem das Angebot gerecht werden muss.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Studieren mit Kind erleichtern

3890 Trotz unterschiedlicher Maßnahmen ist die Familienförderung an vielen Hochschulen noch unzureichend. Wir werden dafür sorgen, dass die bisherigen Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass sich mehr Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ein Kind entscheiden können. Wir brauchen mehr besser ausgebildete Frauen. Diese Maßnahme ist hierfür ein wichtiger Baustein.

3895

Auch bei der Gestaltung von Studiengängen müssen die Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern berücksichtigt werden. Eine flexiblere Studienplanung, zum Beispiel durch **Teilzeitstudiengänge**, muss möglich sein. Kinderbetreuungsplätze in Einrichtungen, deren Öffnungszeiten an die Hochschulpräsenzzeiten angepasst sind, müssen an allen 3900 Hochschulen ausgebaut werden.

Gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Der akademische Mittelbau, zu dem Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und 3905 Assistenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezählt werden, erfüllt im Bereich Lehre und Forschung bis zu 80 Prozent aller anfallenden Aufgaben. Um die Lehre an bayerischen Hochschulen qualitativ und quantitativ zu verbessern, müssen diese Stellen ausgebaut werden.

3910 Gleichzeitig werden wir die Arbeitsbedingungen im Mittelbau verbessern: So werden wir eine Mindestbefristung für Verträge nach dem **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** von zwei Jahren festschreiben. Wir werden die Rechtsstellung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Blick auf ihre eigenständige Forschungs- und Lehrtätigkeit stärken und sicherstellen, dass der Erwerb von Qualifikationen wie 3915 Promotion und Habilitation und das eigenständige Publizieren in der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit erfolgen kann.

Wir werden der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts folgend klarstellen, dass Lehrkräfte für besondere Aufgaben nicht unter das Wissenschaftszeitvertragsgesetz 3920 fallen und daher grundsätzlich unbefristet zu beschäftigen sind. Für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte streben wir eine Aufnahme in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TVL) an, hilfsweise einen eigenständigen Tarifvertrag.

Wir werden die Attraktivität der Wissenschaft als Beruf weiter steigern. Ein wesentliches 3925 Ziel ist es, verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft zu schaffen. Den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern muss durch gute und verlässliche Rahmenbedingungen wissenschaftliches Arbeiten auch tatsächlich ermöglicht werden.

Wir werden die Juniorprofessur weiterentwickeln und bei erfolgreicher Evaluation früher 3930 als bislang den nahtlosen Übergang in eine Professur als Dauerstellung (tenure) eröffnen.

Die starre Pensionierungsgrenze wird aufgehoben und durch flexible Modelle ersetzt.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

3935

Forschung ausbauen, Kooperationen verbessern

Das hohe Niveau der Forschung an bayerischen Universitäten soll bewahrt und ausgebaut werden. Wir bekennen uns klar zur Grundlagenforschung an den Hochschulen.

3940 Gleichzeitig streben wir eine engere Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschung an, ohne die institutionelle Selbständigkeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Frage zu stellen. Die für die Universitäten charakteristische enge Verknüpfung von Forschung und Lehre muss unbedingt erhalten bleiben. Der sich abzeichnende Trend zur Entkoppelung von Forschung und Lehre an den Universitäten

3945 geht am Ende zu Lasten der Studierenden. Wir werden ihn stoppen.

Hochschullandschaft ausbauen, Vernetzung stärken

Angewandte Forschung spielt an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften eine

3950 zunehmende Rolle. Bei einem weiteren Ausbau der Hochschullandschaft liegt ein besonderes Gewicht auf den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Fächern mit ausgeprägten Schwerpunkten in angewandter Forschung muss das Promotionsrecht eingeräumt werden.

3955 An vielen Standorten besteht eine Kooperation von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Zusammenarbeit soll ausgebaut werden. Gemeinsame Graduiertenkollegs oder Forschergruppen werden gefördert.

Die in den vergangenen Jahren entstandenen standortübergreifenden

3960 Forschungsverbünde sind ein Erfolg. Dieser Weg ist weiter und offensiver zu beschreiten. Weitere Verbünde haben vorrangig das Ziel, das starke Übergewicht der Gesundheits-, Ingenieur- und Naturwissenschaften zu korrigieren, indem die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften verstärkte Anreize erhalten, Verbünde zu schließen.

3965

3970

3975

3980

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Gleichstellung

3985

Gleichstellungspolitik geht alle an

In der vom Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner maßgeblich geprägten Bayerischen Verfassung steht in Artikel 118 geschrieben: „Der Staat fördert die tatsächliche
3990 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Der verfassungsgemäße Anspruch, die bestehenden Nachteile zu beseitigen und den Gleichstellungsgrundsatz zu erfüllen, wird von der konservativen Staatsregierung nicht respektiert und nicht erfüllt. Wir allerdings sehen in der Umsetzung ein Gebot der Gerechtigkeit und eine notwendige Anpassung an
3995 veränderte Lebensrealitäten von Männern und Frauen in unserem Land. Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Verfassungsauftrag ernst nehmen und endlich für tatsächliche Gleichstellung sorgen.

4000 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Frauen und Männer bei der persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können.

4005 ... eine geschlechtergerechte Gesellschaft verwirklichen.

... die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt ermöglichen.

4010 ... gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einführen und Altersarmut von Frauen rechtzeitig entgegenwirken.

... in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist.

4015 ... das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, um Änderungen beispielsweise bei Personalschlüssel, Budget, Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten durchzuführen.

4020 ... mit einer gesetzlichen Geschlechterquote von 50 Prozent die Führungsetagen von Unternehmen weiblicher und somit erfolgreicher machen.

... die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten einführen.

4025 ... die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sowie Pflege und Beruf herstellen sowie für ausreichend Kinderbetreuungsplätze sorgen.

... Gewalt gegen Frauen entschieden entgegen treten, Frauenhäuser fördern und Beratungsstellen ausbauen.

4030

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Gleichstellungspolitik ist nicht nur Familienpolitik

Für uns ist Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema, das wir in allen Politikfeldern
4035 und auf allen politischen Ebenen einbringen. Wir setzen Gleichstellungspolitik nicht mit Familienpolitik gleich. Es geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern zum Beispiel um Aspekte wie Arbeitsmarktbedingungen oder Bildungschancen.

Starke Frauen für ein starkes Bayern

4040

Wir werden daher die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Männer und Frauen bei der persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können. Unsere Gesellschaft macht von Anfang an viel zu starke Unterschiede zwischen Mann und Frau. Alte und traditionelle Abhängigkeiten lehnen wir ab und brechen sie auf, wo sie noch
4045 vorhanden sind. Unser Ziel ist es, eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Bayern muss das vorhandene vielfältige Potential von Frauen nutzen, um zukunftsfähig zu sein. Starke Frauen für ein starkes Bayern: Ohne Gleichstellung kein Fortschritt.

Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt

4050

Frauen verdienen in Bayern bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit im Durchschnitt 26 Prozent weniger als Männer, nochmal vier Prozent mehr als im ohnehin zu hohen Bundesdurchschnitt. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter und gleichem Beruf verdienen Frauen viel weniger als ihre männlichen Kollegen. Das werden wir ändern.

4055

Erwerbsunterbrechungen, Teilzeit und Dauer der Berufserfahrung gehen oft zu Lasten von Frauen. Zusätzlich liegt der Einkommensunterschied daran, dass Frauen häufig im sozialen, gesundheitlichen oder pädagogischen Bereich und in Dienstleistungsberufen arbeiten, die schlecht bezahlt sind. Diese Berufe, die in erster Linie von Frauen ausgeübt
4060 werden, müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend anerkannt und entlohnt werden.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Leiharbeit war über lange Zeit hinweg eine Beschäftigungsform für Männer, sie hat für Frauen in den vergangenen Jahren überproportional zugenommen. Und auch in der Leiharbeit verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Qualifikation ein. Der erste Schritt muss die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sein.

4070

Arbeitgeber Freistaat muss mit gutem Beispiel voran gehen

Ungleiche Einkommensverhältnisse herrschen auch in den bayerischen Ministerien und der Verwaltung. Wir werden in der öffentlichen Verwaltung Bayerns als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben,
4075 dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist. Und wir werden das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, es den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

dabei die dringend gebotenen Änderungen beispielsweise bei Personalschlüssel, Budget, 4080 Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten durchführen.

Gute Arbeit – auch für Frauen

Frauen verdienen in Bayern nicht nur 26 Prozent weniger als ihre gleichqualifizierten 4085 männlichen Kollegen, sondern stellen einen Anteil von 77 Prozent aller geringfügig Beschäftigten im Jahr 2010. Normalarbeitsverhältnisse mit einer gerechten und Existenz sichernden Bezahlung sollen die Regel sein. Wir sind überzeugt: Die Nutzung der Potenziale und Kompetenzen von Frauen ist auch Voraussetzung für Prosperität und Fortschritt.

4090

Altersarmut ist weiblich

Der Anteil derjenigen, die trotz Vollbeschäftigung unterhalb der Niedriglohnschwelle verdienen, ist bei Frauen besonders hoch. Die Frauenerwerbsquote liegt in Bayern zwar 4095 bei gut zwei Dritteln, allerdings arbeiten Frauen meist zu prekären Bedingungen. Die Zahl der in Teilzeit und in Minijobs beschäftigten Frauen steigt an, während die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen stagniert. Drei Viertel derer, die ein geringeres Nettoeinkommen von 500 Euro im Monat erhalten, sind Frauen. Das führt über geringere Einzahlung in die sozialen Sicherungssysteme zu verstärkter Altersarmut bei Frauen. 4100 Bereits heute ist Altersarmut in Bayern weiblich. Die Durchschnittsrente beträgt bei Frauen 521 Euro, bei Männern 1012 Euro.

Für Minijobs, die zur Schlechterstellung der Frauen beitragen, werden wir eine personalisierte Versicherungspflicht ab dem ersten Euro einführen. Der gesetzliche 4105 Mindestlohn muss auch für Minijobs gelten. Wir werden in Bayern Anstellungsbedingungen für Frauen schaffen, die sie für ihre Lebensplanung brauchen. Frauen dürfen nicht gezwungen sein, in Teilzeit zu arbeiten.

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft nötig

4110

Wir werden uns auf Bundesebene dafür stark machen, das Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchzusetzen. Darüber hinaus werden wir das Recht auf Teilzeitarbeit mit einem gesetzlich verankerten Rückkehrrecht auf den Vollzeit Arbeitsplatz verbinden. Wir werden die Grundlagen schaffen und alles daran 4115 setzen, dass Frauen und Männer gemeinsam und partnerschaftlich an Beruf, Gesellschaft und Familie teilhaben können. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass ein Gleichstellungs-Gesetz für die Privatwirtschaft eingeführt wird.

Mehr Frauen in Führungsetagen – mehr Erfolg für Unternehmen

4120

Es ist längst bewiesen: Unternehmen mit gemischten Führungsteams sind erfolgreicher. Dieser Erfolg zeigt sich an ökonomischen Kennzahlen und in der Unternehmenskultur. Unternehmen, in denen mehr als drei Frauen im Vorstand sitzen, erwirtschaften eine bis zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite.

4125

Trotz dieser Fakten sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Sie

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

kommen häufig nicht bis in die Führungsetagen, sondern stoßen an die sogenannte Gläserne Decke: Hochqualifizierte Frauen schaffen den Aufstieg innerhalb von Unternehmen oder Organisationen oft nur bis zur Ebene des mittleren Managements.

4130

Der Frauenanteil in der obersten Führungsebene bayerischer Wirtschaftsunternehmen liegt mit rund 24 Prozent unter dem bundesdeutschen Schnitt von 27 Prozent. Nur drei Prozent aller Aufsichtsratsmitglieder der börsennotierten Unternehmen in Bayern sind weiblich. Selbst im Dienstleistungsbereich, einer sogenannten typischen Frauendomäne, 4135 haben gerademal 28 Prozent Frauen eine Stelle in der ersten Führungsebene. Ähnlich sieht es im Öffentlichen Dienst aus: Lediglich 23 Prozent der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Und auch in der Wissenschaft dringen Frauen häufig nicht bis zur Spitze vor.

4140 Geschlechterquote von 50 Prozent

Wir unterstützen daher eine längst überfällige Frauenquote oder Geschlechterquote von 50 Prozent Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten. In Bayern werden wir für den öffentlichen Dienst eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Führungspositionen einführen 4145 und eine quotierte Besetzung von Gremien verwirklichen. Bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die Erfüllung der 50-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und im öffentlichen Dienst Frauen in Führungsverantwortung bringen. Führungsverantwortung heißt aber auch, dass wir Karrierechancen von Frauen in jedem Beruf und auf jeder Ebene der 4150 Erwerbstätigkeit verbessern.

Gendersensible Erziehung und Ausbildung

Die Aufteilung des Arbeitsmarktes in „typische Frauen- und Männerberufe“ hängt eng 4155 mit gesellschaftlich verankerten Rollenbildern zusammen. Um diese aufzubrechen, muss die Ausbildung von ErzieherInnen in KiTas/KiGas, LehrerInnen und AusbilderInnen sowie Führungskräften in Behörden und Unternehmen Inhalte aufweisen, über die Genderkompetenz erworben wird.

4160 Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet: Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale 4165 Wirklichkeit gibt. Den Grundsatz des Gender Mainstreaming werden wir konsequent verfolgen.

Geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten

4170 Die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten (Gender Budgeting) dient der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, deshalb werden wir dies in allen Haushaltsplanungen und -steuerungen Schritt für Schritt umsetzen.

Als Einstieg für eine systematische Umsetzung werden wir umgehend Pilotprojekte in

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

4175 verschiedenen Ministerien realisieren. Im Anschluss werden wir schrittweise in allen Bereichen der Landesverwaltung eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung verwirklichen. Wir werden uns dafür einsetzen, das europäische Ziel – 2015 Gender Budgeting auf allen Ebenen – umzusetzen.

4180 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familie und Beruf sind in Bayern schwer vereinbar. Die Verbindung von Familie und Karriere ist in Bayern ein Weg mit vielen Stolpersteinen. Viel zu oft müssen sich Frauen entscheiden, ob Beruf oder Kinder, ob sie Familienangehörige pflegen oder berufstätig bleiben. Das werden wir ändern!

Rechtsanspruch wird nicht eingehalten

Wer Chancengleichheit wirklich durchsetzen möchte, muss die Rahmenbedingungen in unserem Land ändern. Denn die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie bildet die Grundvoraussetzung für gleiche Teilhabechancen. Dazu zählt der Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder. Das Ausbautempo und die Ausbauqualität der Kinderbetreuung lassen nach wie vor zu wünschen übrig. Das Ausbauziel von 35 Prozent für unter Dreijährige wird Bayern nicht erreichen.

4195

Damit wird der Freistaat den ab 2013 gültigen Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz von Kindern unter drei Jahren nicht halten können – was für betroffene Eltern, insbesondere Alleinerziehende, ein existenzielles Problem ist. Auch bei der Ganztags schulbetreuung hinkt Bayern hinterher. Für uns sind der Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung und der Ganztags schulen vorrangige Ziele.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Was für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf gilt, muss auch für die Vereinbarkeit von Pflege naher Angehöriger und Beruf gelten. Immer noch sind es meist Frauen, die die Pflege übernehmen. Das soll sich ändern. Das ambulante Netz muss so dicht sein, dass für pflegende Familienangehörige, insbesondere Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist.

4210 Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen

Darüber hinaus wollen wir einen gezielten Ausbau und die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen nach den Regeln von fairer Arbeit. Dies ist eine wichtige Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen wie Krankheit, Erwerbsarbeit, Familie und Alter.

Gewalt gegen Frauen

4220

Die BayernSPD steht für das Recht, dass alle Menschen gewaltfrei leben dürfen. Doch jede dritte Frau, egal aus welchem Teil der Gesellschaft sie kommt, wird im Laufe ihres Lebens

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Opfer von Gewalt. Ungleiche Machtverhältnisse in Lebensgemeinschaften, finanzielle Abhängigkeiten und alte hierarchische Rollenverständnisse begünstigen Gewalt. Fakt ist: 4225 Konsequente Gleichstellungspolitik hilft, echte Partnerschaften zu ermöglichen. Sie ist somit eine wichtige Grundlage, um Gewalt vorzubeugen.

Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe

4230 Um die Situation von bereits betroffenen Frauen zu verbessern, tritt die BayernSPD für den Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder ein. Wir sehen auch, dass insbesondere Gewaltopfer mit Behinderungen, Migrantinnen oder illegal in Deutschland lebende Frauen einen besonderen Beratungsbedarf haben. Dies bedeutet für uns im Einzelnen, dass wir

4235

... für eine bundesweit verbindliche Finanzierungsregelung von Frauenhäusern eintreten werden. Sie sind wichtige Zufluchts-, Schutz- und Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt.

... darüber hinaus in Bayern ein flächendeckendes Netz von ambulanten Beratungsstellen, 4240 Frauennotrufen und Fachzentren für Frauen nach sexualisierter Gewalterfahrung aufbauen werden. Diese Frauennotrufe leisten wertvolle Arbeit und benötigen planbare Regelfinanzierung von Fachpersonal in den Städten und besonders im ländlichen Raum.

4245

4250

4255

4260

4265

4270

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt

Für die bayerische Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, dass Menschen nicht wegen
4275 ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden dürfen. Queere Lebensweisen, egal ob
es hierbei um Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Transgender oder Intersexuelle
(LSBTTI) Mitmenschen handelt, sind Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft.
Gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung, Respekt und rechtliche
Absicherung. Die Würde aller Menschen zu respektieren und vor Ausgrenzung,
4280 Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung
einer sozialdemokratisch geführten bayerischen Staatsregierung.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

4285 ... einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie
erarbeiten.

... eine landesweite Akzeptanzkampagne – insbesondere im ländlichen Raum – starten.

4290 ... eine gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen
schaffen.

... die Akzeptanz von LSBTTI-Menschen in öffentlichen Verwaltungen und Ministerien
voranbringen.

4295

... entsprechende Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und
aktiv fördern statt ausbremsen.

Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie

4300 Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen stellt für uns eine wichtige
Querschnittsaufgabe dar, welche wir durch eine gezielte Förderung der Akzeptanz in
einer landesweiten Kampagne entwickeln möchten. Durch die gemeinsame Erarbeitung
eines Landesaktionsplanes werden hierbei in Zusammenarbeit aller Verbände, Initiativen,
Vereine, Selbsthilfvereinigungen und Ministerien konkrete Maßnahmen für den Abbau
4305 von Diskriminierungen, Homophobie und Transphobie in Bayern erarbeitet und
umgesetzt.

Landesweite Akzeptanzkampagne starten

4310 Weiter werden wir zur Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen
eine landesweite Akzeptanzkampagne initiieren, die sich an die Allgemeinbevölkerung in
Bayern wendet. Als Beispiel dient hier die Kampagne in Nordrhein-Westfalen.

Um auch gerade in den ländlichen Gegenden eine effektive Akzeptanzarbeit und
4315 hilfreiche Selbstorganisation leisten zu können, werden wir die ehrenamtlichen Projekte
des ländlichen Raum besonders fördern und stärken.

Gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

4320 Wir werden eine Koordinations- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI errichten um eine gesamtbayerische Anlaufstelle für die Probleme und Fragen rund um das Thema Diskriminierung zu errichten. Da diese Form von Koordinations- und Gleichstellungsstelle bereits in der Landeshauptstadt München seit Jahren sehr gute Arbeit leistet, ist nun auch eine gesamtbayerische Anlaufstelle für Kommunen und kleine Städte dringend

4325 notwendig.

Wandel in den öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen

Gerade im öffentlichen Dienst gibt es in den Verwaltungen und Ministerien immer noch Probleme mit der Akzeptanz von LSBTTI-Menschen. Ein Outing ist hier nur sehr schwer
4330 möglich und meistens nicht ohne Folgen. Dies führt zum Verlust von Arbeitszeit und Kraft. Homosexuelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind heutzutage genauso selbstverständlich wie andere Religionen, Lebensweisen oder Nationalitäten. Aus diesem Grund werden wir uns auch der Charta der Vielfalt anschließen.

4335 Wir werden auch die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt innerhalb der bayerischen Ministerien und öffentlicher Verwaltungen fördern. Dabei werden wir jegliche Form der Diskriminierung, Ausgrenzung und Nichtakzeptanz sexueller Vielfalt in öffentlich erkennbarer Weise ächten. Hierzu bedarf es der Sensibilisierung der Ministerien und öffentlicher Verwaltungen, angefangen bei den Führungsspitzen. Eine Entwicklung

4340 von Diversity-Richtlinien für den bayerischen öffentlichen Dienst steht dabei im Fokus und wird von uns in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen erarbeitet.

Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und aktiv fördern

4345 Die vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Rechten und Pflichten homosexueller Menschen ist heute immer noch ein langsamer und mühsamer Weg. 2001 ging die SPD mit Schaffung des Rechtsinstituts der „eingetragene Lebenspartnerschaft“ und mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) zwar erste Schritte in die richtige Richtung, aber weitere Schritte konnten bislang

4350 politisch nicht durchgesetzt werden. Hier gibt es mit veränderten Mehrheitsverhältnissen noch viel zu tun. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird daher

... die Unterstützung von Initiativen für die rechtliche Gleichstellung von Männer und Frauen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung fördern.

4355

... Bundesratsinitiativen zur Vollendung der rechtlichen Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Steuer- und Adoptionsrecht unterstützen.

... Bundesratsinitiativen vorantreiben, die endlich eine Rehabilitierung der nach §175 StGB
4360 verurteilten Homosexuellen ermöglichen.

... in öffentlichen Debatten zum Abbau von Diskriminierungen gegenüber Transidente sowie Transgender aktiv werden und sich für die Verwirklichung deren Selbstbestimmungsrechts im Rahmen der Reform von Bundesgesetzen über den
4365 Bundesrat einsetzen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten

4370 Unsere Jugendpolitik versteht junge Menschen als vollwertige, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft – unabhängig davon, ob sie volljährig oder wahlberechtigt sind. Wir wollen es jungen Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstständig nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

4375 Dabei steht die Politik in der Verantwortung, jungen Menschen den „Start“ ins Erwachsenenleben zu ermöglichen. Dazu gehören die Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Unterstützung der Jugendverbandsarbeit und die Bereitstellung von Freizeitmöglichkeiten sowie die demokratische Teilhabe.

4380

Junge Menschen wollen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Sie wollen sie verändern und mitgestalten. Unser Ziel ist es, jungen Menschen dies zu ermöglichen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

4385

... allen jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen, die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und sicherstellen sowie den Berufseinstieg junger Menschen ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse gewährleisten.

4390 ... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen sowie die Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit verbessern.

4395 ... das Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken sowie auch nicht wahlberechtigten Jugendlichen demokratische Mitwirkung zu ermöglichen.

... Armut junger Menschen entschieden und umfassend bekämpfen, für sie ausreichend bezahlbaren Wohnraum anbieten und bezahlbare Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleisten.

4400

4405 Vielfalt erkennen und anerkennen

Jugend findet in unterschiedlichen Lebenssituationen, abhängig vom Wohnort, den Familienverhältnissen, den sozialen Bedingungen und den eigenen Vorstellungen und Prägungen statt. Wir werden daher ein umfassendes Bild der Lebenslagen junger Menschen in Bayern erheben und daraus unser politisches Handeln ableiten. Wir orientieren uns dabei daran, dass die Lebenssituationen und die Wünsche junger Menschen individuell berücksichtigt werden müssen. Es gibt nicht „eine Jugend“, sondern eine Vielfalt unterschiedlicher Vorstellungen und Lebenswege.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

4415

Jugend und Landesentwicklungsprogramm

Politik von und für junge Menschen muss sich den Herausforderungen und Veränderungen des demografischen Wandels stellen, der sich in Bayerns Regionen unterschiedlich gestaltet. Es gibt Regionen, in die junge Menschen ziehen, weil dort Studienplätze zur Verfügung stehen oder die Berufsperspektiven attraktiv sind. Andere Regionen sind von der Abwanderung junger Menschen betroffen. Eine attraktive Gestaltung von Jugendarbeit in allen Regionen, gerade auch bei der Bereitstellung von Infrastruktur, ist ein Weg, die Abwanderung junger Menschen zu stoppen. Daher gilt es Konzepte zu entwickeln, die den ländlichen Raum auch für junge Menschen attraktiver gestalten. In diesem Sinne tritt die BayernSPD für die Aufnahme von jugendpolitischen Fragen in das Landesentwicklungsprogramm ein. Bei den bisherigen Überlegungen hat „Jugend“ und ihre spezifischen Herausforderungen keinen Eingang in die Vorlagen der FDP-/CSU-Vorschläge gefunden.

4430

Jugend muss sich entfalten dürfen

Aus dem Anspruch junger Menschen, sich mit ihren eigenen Vorstellungen zu entfalten, durch das In-Frage-Stellen von gesellschaftlichen Konventionen, durch neue Lebensentwürfe etc., entstehen aber auch Konflikte. Mit diesen Konflikten muss die Politik umgehen. Wir wollen uns nicht einseitig zugunsten einer Seite positionieren – weder durch ein „Laissez-faire“, das entstehende Belastungen einfach ignoriert, noch durch repressive Politik, die jedes „abweichende“ Verhalten zu unterbinden versucht. Unsere Politik moderiert die entstehenden Konflikte und ermöglicht es, dass im Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern Lösungen gefunden werden.

Jugendpolitik modernisieren

Der Bayerische Landtag hat mit der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ bereits in der Wahlperiode 2003 bis 2008 umfangreiche Vorschläge für die Neuorientierung der Jugendpolitik in Bayern vorgelegt. Von der Staatsregierung sind diese Vorschläge bisher ignoriert worden. Wir werden die Vorschläge dieser Enquête-Kommission im Dialog mit jungen Menschen, den Jugendverbänden und in der Jugendarbeit Aktiven weiterentwickeln und politisch umsetzen.

4450

Leben selbstbestimmt gestalten können

Ob junge Menschen ihr Leben selbstbestimmt und nach ihren Vorstellungen entscheiden, hängt wesentlich davon ab, ob es ihnen gelingt, eine Berufsausbildung, die ihrem Berufswunsch entspricht, zu finden und anschließend oder nach einer Hochschulausbildung den Einstieg in ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis zu schaffen.

Unser Ziel ist daher, jedem jungen Menschen, der dies möchte, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Auch wenn Bayern insgesamt eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen aufweist, gibt es erhebliche regionale und branchenspezifische Ungleichgewichte. Hinzu kommt, dass in Bayern ein erheblicher Anteil junger Menschen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

nicht direkt in die berufliche Ausbildung gelangt, sondern über schulische Ausbildungen oder durch Berufsvorbereitungsjahre und andere „Notmaßnahmen“ aufgefangen wird.
4465 Dies belastet gerade auch die Kommunen erheblich.

Berufsausbildung für alle jungen Menschen

Unser Ziel ist es, auch im Sinne der von der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
4470 durchgesetzten Beschäftigungsgarantie für junge Menschen, allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dazu werden wir die Anreize und die Unterstützung für ausbildende Betriebe verbessern, unter anderem durch

... eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz für jeden jungen Menschen, die wir mit den
4475 TarifpartnerInnen aushandeln werden.

... die Berücksichtigung der Ausbildungsleistung eines Betriebs im Rahmen eines landesweiten Vergabegesetzes.

4480... die Unterstützung und Qualifizierung ausbildender Betriebe und der Ausbilderinnen und Ausbilder, gerade auch für den Umgang mit besonders förderungsbedürftigen Auszubildenden.

... die Unterstützung regionaler Ausbildungsverbünde und branchenspezifischer
4485 Umlagesysteme.

Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern

Gleichzeitig werden wir auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und
4490 sicherstellen. Bei Betrieben, die Auszubildende als günstige Arbeitsverhältnisse einsetzen, statt der Ausbildungsverpflichtung nachzukommen, werden wir durch die Fachaufsicht konsequent einschreiten. Wo notwendig, sind Sanktionen zu verschärfen.

Berufseinstieg erleichtern

4495

Auch der Berufseinstieg nach Berufsausbildung oder Studium gestaltet sich für junge Menschen schwierig. Statt einer Übernahme nach der Ausbildung in eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist die junge Generation massiv mit problematischen, unsicheren Beschäftigungsformen wie Befristungen, Niedriglöhnen und
4500 sonstigen schlechten Arbeitsbedingungen wie Leiharbeit, Praktika etc. konfrontiert. Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheiten wachsen. Dies hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Lebenswelt junger Menschen und erschwert eine langfristige Lebens- und Familienplanung. Insbesondere gering qualifizierten Jugendlichen gelingt es kaum, einen Einstieg in den regulären, sozial abgesicherten Arbeitsmarkt zu finden

4505

Unsichere Arbeitsverhältnisse eindämmen

Die Regulierung des Arbeitsmarktes ist weitgehend Angelegenheit des Bundes. Wir werden aber durch entsprechende Bundesratsinitiativen dafür Sorge tragen, dass die
4510 sozial ungesicherten Arbeitsverhältnisse eingedämmt werden. Der Staat und staatliche

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Betriebe werden hier Vorbildfunktionen übernehmen. Auch stellen wir uns einer Aufweichung des Kündigungsschutzes entgegen. Gemeinsam mit den Tarifparteien wollen wir eine grundsätzliche Übernahmegarantie für Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung festschreiben.

4515

Hartz IV bedarfsgerecht anpassen

Viele junge Menschen wachsen in sozial angespannten Verhältnissen auf. Sie sind angewiesen auf eine Sozialpolitik, die sie begleitet, unterstützt und mit den notwendigen materiellen Ressourcen ausstattet. Wir treten daher unter anderem für eine bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze des SGB II ein, um insbesondere auch jungen Menschen die Freiräume für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung zu eröffnen.

4525

Jugendarmut umfassend bekämpfen

Soziale Probleme, in denen junge Menschen aufwachsen, äußern sich aber nicht nur in materieller Armut. Es geht auch um mangelhaften Zugang zu Bildung und Gesundheit, um prekäre Wohnbedingungen, Ernährung, schwierige Familienverhältnisse etc. Die Verbesserung der sozialen Lage nicht nur junger Menschen erfordert daher einen umfassenden Ansatz, der neben den klassischen Instrumenten auch zum Beispiel die Stadtplanung, das Angebot an Freizeit- und Kulturmöglichkeiten etc. einbezieht. Im Dialog mit den Kommunen, den Sozialverbänden und Gewerkschaften werden wir geeignete Strategien zur Bekämpfung von materieller und immaterieller Armut entwickeln und umsetzen. Zentral bleiben gleiche Bildungschancen und Zugänge zu Ausbildungs- und Arbeitsstellen.

Jugendsozialarbeit ausbauen

Auch werden wir die niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangebote und die Jugendsozialarbeit ausbauen. Daneben werden wir im Dialog mit den Kommunen auch die Familienunterstützung durch die Jugendämter verstärken. Neben der Unterstützung durch staatliche Institutionen ist auch ein breit ausgebautes Netz von nichtstaatlichen Hilfen unter anderem durch die Wohlfahrtsverbände notwendig. Daher werden wir diese verstärkt fördern.

4545

Kommunen bei Kinder- und Jugendhilfe unterstützen

Das SGB VIII regelt zwar bundeseinheitlich die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, für die Umsetzung sind jedoch in der Regel der Freistaat Bayern als überörtlicher und die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger verantwortlich. Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen vor allem die Kommunen in Bayern erbringen, die sich aber aufgrund der ständig wachsenden Anzahl an Bedürftigen und der Ausweitung ihres Aufgabenfeldes bei der Finanzierung vom Freistaat alleine gelassen fühlen. Wir treten dafür ein, dass für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und für die Präventionsarbeit entsprechende Mittel bereit gestellt und an die ausführenden Ebenen weitergegeben werden. Ferner unterstützen wir die Fortentwicklung sinnvoller Konzepte und Ideen für das Zusammenwirken von Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

4560 Günstigen Wohnraum schaffen

Junge Menschen haben oft niedrige Einkommen. Sie sind daher besonders darauf angewiesen, dass günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Dies ist vor allem in den Ballungszentren nicht mehr gewährleistet. Wir werden daher vor allem durch eine
4565 erhebliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Bekämpfung der Mietspekulation dafür sorgen. Außerdem werden wir die Studentenwerke mit ausreichend Mitteln ausstatten, um den Wohnheimbau erheblich auszuweiten.

ÖPNV ausbauen, Mobilität ermöglichen

4570

Gerade auch junge Menschen sind auf einen flächendeckenden, verlässlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Der Ausbau des ÖPNV, auch in Randzeiten, ist daher ein Ziel der Jugendpolitik. An allen Hochschulstandorten wollen wir Semestertickets anbieten: Für die Verfassten Studierendenschaften und die
4575 Studentenwerke werden die Rechtsgrundlagen geschaffen, Verträge für Solidarmodelle mit den jeweiligen Verkehrsgesellschaften abzuschließen. Auch für Auszubildende schaffen wir flächendeckend vergünstigte Tickets. Wir prüfen, ob und in wieweit wir die Schulwegkostenfreiheit auf alle Schularten ausdehnen und bestehende Altersgrenzen abschaffen können.

4580

Jugendverbände stärker unterstützen

Den Jugendverbänden – ob aus der „klassischen“ Jugendarbeit, Sport, Freizeit, sozial oder politisch tätig oder kirchlich orientiert – kommt eine zentrale Rolle dabei zu, wenn es
4585 darum geht, jungen Menschen die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. Sie leisten durch ihre vielfältigen Strukturen entscheidende und vor allem umfassende Hilfe.

Bayerisches Jugendprogramm auflegen und mit Leben füllen

4590

Konzeptionelle Grundlage der bayerischen Kinder- und Jugendpolitik ist das entsprechende Jugendprogramm der Staatsregierung. Seit vielen Jahren drängt die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auf eine Fortschreibung des Jugendprogramms aus dem Jahre 1998 und einer entsprechenden bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung. Wir
4595 werden mit anderen Mehrheiten endlich entsprechende Finanzmittel und Personalressourcen für die aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Jugendarbeit bereitstellen. Bisläng stellt der Freistaat für so wichtige Themen wie die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, zeitgemäße politische Bildung oder die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule weder das nötige Geld noch das Personal
4600 zur Verfügung. Wir hingegen werden

... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen.

4605... die Arbeit gegen sexuelle Gewalt dauerhaft im Kinder- und Jugendprogramm verankern.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

... in einem ersten Schritt das Programm gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Jugendrings stärken und langfristig ein Landesförderprogramm gegen 4610 Rechtsextremismus auflegen.

Bei der Mittelverteilung ist auch zu berücksichtigen, dass die formellen Mitgliedschaften bei Jugendverbänden zurückgehen, die zu leistenden Aufgaben und die Beteiligung von Nichtmitgliedern aber zunehmen. Dies ist bei der Mittelbereitstellung und -verteilung zu 4615 berücksichtigen, unter anderem durch einen Sockelbeitrag bei der Mittelverteilung.

Wir sehen weitere notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Jugendverbände in der verstärkten Förderung von Räumen und Einrichtungen, in Mitarbeiterbildungsmaßnahmen sowie in der Förderung von Fachkräften und 4620 funktionsfähigen Geschäftsstellen.

Ehrenamtliche Arbeit junger Menschen fördern

Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen nicht nur in Jugendverbänden 4625 stärker fördern. Wir werden eine Weiterentwicklung des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Zwecke der Jugendarbeit sowie Sonderregelungen im öffentlichen Dienst anstoßen. Wir werden die Möglichkeiten der Freistellung von Beruf, Studium und Schule verbessern, im Bereich des Studiums unter anderem durch eine Berücksichtigung bei den Regelstudienzeiten. Auch durch die 4630 Abschaffung der Studiengebühren, die angestrebten Verbesserungen in den Schulen und die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze werden wir die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement verbessern.

Förderung freiwilligen Engagements

4635

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement junger Menschen leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft. Es gibt gleichzeitig jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln und wichtige Erfahrungen zu sammeln. Wir werden daher die Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische 4640 Jahr und den Bundesfreiwilligendienst weiter fördern und die Anerkennung solcher Tätigkeiten zum Beispiel in Berufsausbildung oder Studium verbessern. Wir werden aber auch dafür Sorge tragen, dass durch die Freiwilligendienste keine Verdrängung regulärer Beschäftigung erfolgt oder diese als Mittel der Lohndrückung genutzt werden.

4645 Jugendarbeit und Ganztagschule Hand in Hand

Wir werden die Jugendverbände als gleichberechtigte Partnern in die Entwicklung der Ganztagschulen einbeziehen. Ziel ist es, Angebote der Jugendarbeit mit den Angeboten in Ganztagschulen abzustimmen, ohne dass dies zur Einsparung von notwendigem 4650 pädagogischem Personal führen darf. Die Angebote der Jugendverbände stellen eine notwendige Ergänzung der schulischen Angebote dar.

Selbstverwaltete Jugendzentren flächendeckend fördern

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

4655

Neben der Jugendverbandsarbeit muss aber der Raum für „ungebundene“, selbstbestimmte Freizeitgestaltung junger Menschen geschaffen werden. Angesichts der immer engeren und fremdbestimmter Gestaltung jungen Lebens müssen Räume für junge Menschen geschaffen werden, die „zweckfrei“ sind. Wir werden daher im Dialog mit den Kommunen darauf hinwirken, dass flächendeckend selbstverwaltete Jugendzentren oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen werden.

Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum

4665 Dabei darf es aber nicht zu einer Verdrängung der Freizeitgestaltung junger Menschen in geschlossene Räume kommen. Junge Menschen haben das Recht, den öffentlichen Raum gleichberechtigt mit allen anderen Nutzerinnen und Nutzer in Anspruch zu nehmen. Ferner werden wir rechtlich für eine bessere rechtliche Absicherung von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Spiel- und Freizeitsportplätzen gegen Klagen wegen Lärmbelästigung der Anwohnerinnen und Anwohner sorgen.

Demokratische Teilhabe ermöglichen

Junge Menschen müssen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Wir werden daher das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre absenken. Daneben werden wir Gremien installieren, in denen noch nicht wahlberechtigte Jugendliche Einfluss auf Entscheidungen nehmen können: in den Kommunen sind das Jugendparlamente, für die Landesebene bietet sich eine Schülerinnen- und Schülervertretung sowie eine Auszubildendenvertretung mit allgemeinpolitischem Mandat an.

4680

Jungen Menschen auf Augenhöhe begegnen

Demokratische Teilhabe junger Menschen muss aber über die formale Beteiligung hinausgehen. Wir werden daher junge Menschen – unabhängig vom Wahlrecht – als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner verstehen, die das Recht haben, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten. In diesem Sinne sind junge Menschen selbstverständlich zum Beispiel in Planungsprozesse einzubeziehen. Sie müssen Schulen und Hochschulen genauso wie Jugend- und Freizeiteinrichtungen nach ihren Vorstellungen mitgestalten können. Dazu gehört eine demokratische Mitbestimmung in Schule und Hochschule. Und notwendig ist auch, dass die Politik die notwendigen Ressourcen bereitstellt, damit eine solche Mitbestimmung möglich ist. Wir werden das tun.

Integration junger Migrantinnen und Migranten erleichtern

4695

Wir wollen gerade auch die Stellung junger Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Wir werden eine Bundesratsinitiative starten, um die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Auch die bisher restriktiven Aufenthaltsbedingungen vor allem von Flüchtlingen werden wir erheblich verbessern und so gerade jungen Migrantinnen und Migranten die Integration in die Gesellschaft ermöglichen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel

4705

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das gleiche gilt auch für Bayern. Bayern ist ein offenes Land mit einer offenen Gesellschaft. Kulturelle Vielfalt ist sein Markenzeichen. Schon heute haben fast 20 Prozent der bayerischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat ausländische Wurzeln.

4710

Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt anzuerkennen. Migrantinnen und Migranten sind ein Teil unserer gemeinsamen Zukunft. Integration ist eine Chance und Herausforderung – für alle. Sie bereichern unser Land. Integriert zu sein, bedeutet, dazuzugehören. Bayern benötigt die Entwicklung einer Kultur, die Zuwanderung wünscht

4715 und willkommen heißt.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, die unterschiedliche Lebensentwürfe als Bereicherung empfindet und Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus keinen Raum gibt. Integration ist eine Chance und Herausforderung – für uns alle. Sie erfordert
4720 gleichen Respekt für unterschiedliche Lebensformen, Werthaltungen und Religionen – also eine Kultur gleicher Anerkennung.

Ziel unserer Integrationspolitik ist, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und Hautfarbe – gleichberechtigt und aktiv am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und
4725 politischen Leben teilnehmen können. Wir sorgen für eine gerechte Integrationspolitik und setzen uns dafür ein, dass sich Menschen aus anderen Ländern in Bayern willkommen fühlen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

4730

... einen kostenlosen Kindergartenbesuch und die individuelle Förderung aller Kinder in der Gemeinschaftsschule ermöglichen.

... die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Jugendliche, aber auch für Frauen mit
4735 Migrationshintergrund verbessern.

... ausländische Abschlüsse nach einem einheitlichen und unbürokratischen Verfahren anerkennen und Studiengebühren abschaffen.

4740 ... das kommunale Wahlrecht auch nicht EU-Ausländerinnen und -Ausländern gewähren sowie die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.

... ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und deren Familien schaffen.

4745

Mittendrin statt parallel – für eine Willkommenskultur in Bayern

Bayern profitierte schon immer von Zuwanderung und wird diese auch künftig benötigen.
4750 Die erfolgreiche Integration der in Bayern lebenden Menschen mit Migrationshintergrund

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

ist aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen eine der wichtigsten politischen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Die gesellschaftliche Vielfalt und die ethnisch-religiöse Pluralität brauchen Anerkennung und müssen auf Grundlage der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes gemeinsam gelebt werden.

4755

Bayerisches Integrationsgesetz

Integration ist kein einseitiger Prozess, sondern braucht den Erfolgswillen auf beiden Seiten. Voraussetzung für eine gelungene Integration sind klare Regeln und
4760 Zielsetzungen. Um die Integrationspolitik auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, haben wir in den bayerischen Landtag ein Gesetz zur Unterstützung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung eingebracht. Mit neuen Mehrheiten nach der Wahl werden wir dieses Gesetz auch tatsächlich umsetzen.

4765

Chancen durch Bildung von Anfang an

Integration braucht eine gemeinsame Sprache. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist deshalb von zentraler Bedeutung. Wir werden daher für eine Sprachförderung bereits
4770 in der Kinderkrippe und im Kindergarten in Deutsch und in der Muttersprache sorgen. Eine Kultur gleicher Anerkennung sollte sich auch im Fremdsprachenunterricht der bayerischen Schulen niederschlagen. Wir wollen die Kindergartengebühren abschaffen: Alle Kinder sollen somit einen Zugang zu frühkindlicher Bildung bekommen. Wir sind uns sicher: Individuelle Förderung gelingt am besten in der Gemeinschaftsschule, in der die
4775 Kinder länger gemeinsam lernen.

Schulabschlüsse und Ausbildungsquote verbessern

Noch immer verlassen in Bayern Menschen mit ausländischen Wurzeln unsere Schulen
4780 mit schlechteren Abschlüssen und somit mit schlechteren Ausgangschancen. Von den ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger aller Schularten in Bayern erreichen drei Mal so viele keinen Schulabschluss wie deutsche Schülerinnen und Schüler. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an der Haupt-/Mittelschule liegt mit rund 60 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der von deutschen Schülerinnen und
4785 Schülern ohne Migrationshintergrund. Ebenso ist ihr Anteil an Förderschulen doppelt so hoch wie der von deutschen Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund. Die Ausbildungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist nur halb so hoch wie die der deutschen Jugendlichen. Dies zeigt: Die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Denkbar wäre hier zum Beispiel das Angebot
4790 eines Sprachintensivierungsjahres.

Wissenschaft und Kultur ohne Grenzen

Bayerische Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen von der kulturellen
4795 Vielfalt ihrer Hochschulfamilie künftig stärker profitieren. Wir werden sie daher moderner und internationaler machen, damit sie im globalen Wettbewerb bestehen. Bayern versteht sich als weltoffen und tolerant. Die bisherige Regierung verhält sich aber oft ganz anders. Es fehlt eine Willkommenskultur. Einreise und Aufenthalt für Künstlerinnen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

und Künstler und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland
4800 werden wir daher unbürokratischer regeln. Dazu zählt auch ein besseres
Anerkennungsverfahren der mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüssen.
Damit Studierende aus dem Ausland nach Bayern kommen, werden wir mehr Stipendien
und Förderprogramme auflegen sowie mehr Wohnungen und besondere
Studienangebote schaffen. Bayern wird künftig mehr Anstrengungen unternehmen, um
4805 die hier gut ausgebildeten ausländischen Absolventinnen und Absolventen im Land zu
halten.

Gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt

4810 Der künftige Wohlstand Bayerns hängt entscheidend davon ab, ob auch in Zukunft eine
ausreichende Anzahl von Fachkräften zur Verfügung stehen wird. Schon heute treten in
Bayern branchenspezifische und regionale Engpässe bei Stellenbesetzungen auf.
Personen, die ihren Studien- oder Berufsabschluss im Ausland erworben haben, gelingt es
häufig nicht, in Bayern in ihrem erlernten Beruf tätig zu werden. Viele arbeiten
4815 berufsfremd. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive bleibt damit ein erhebliches
Qualifikations- und Arbeitsmarktpotenzial ungenutzt. Wir werden daher auf
Landesebene ein Gesetz zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen
auf den Weg bringen. In diesem Landesgesetz wird dann auch eine kontinuierliche
Beratung sichergestellt und die Übernahme der Kosten bei (Teil-)Nachqualifikationen
4820 geregelt.

Bayern kann nicht auf Hochqualifizierte verzichten

Besonders Frauen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich von
4825 Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Bayern kann es sich nicht leisten, auch nur auf
einen einzigen qualifizierten Menschen, egal aus welchem Kulturkreis, zu verzichten. Das
betrifft nicht zuletzt Jugendliche mit Migrationshintergrund. Beim Übergang von der
Schule in den Beruf brauchen sie und ihre Eltern besonders viel Unterstützung und eine
ausführliche Beratung über Ausbildungsberufe und weitere Bildungswege.

4830

Beratung ausbauen, Selbständigkeit fördern

Die Beratungsstellen, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für
Arbeit und der Jobcenter, werden wir für die Beratung von Arbeitnehmerinnen und
4835 Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund besser schulen, damit sie deren Bedürfnisse
und Probleme verstehen. Auch Migrantenselbstorganisationen beraten und unterstützen
hier wirkungsvoll. Sie brauchen aber dringend mehr finanzielle und organisatorische
Unterstützung, um professioneller zu arbeiten. Migrantinnen und Migranten, die sich
selbstständig machen wollen, brauchen eine professionelle Beratung, auch in ihrer
4840 Muttersprache. Die zügige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und eine
qualifizierte Weiterbildung sind für Einwanderer oft die einzige Chance, um am
Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die BayernSPD wird sich deshalb für einen bayerischen
Weiterbildungspakt einsetzen, zu dem einen Weiterbildungsfonds, Sprachförderung,
Patenschafts- und Mentoringprogramme und eine Imagekampagne für ausländische
4845 Qualifikationen gehören. Nicht zuletzt ist auch ein flächendeckender Mindestlohn eine
wirkungsvolle Integrationsmaßnahme.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Die doppelte Staatsbürgerschaft: ein Mensch, zwei Kulturen

4850 Wir werden eine Bundesinitiative starten, um die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Menschen, die schon lange in Deutschland leben, sollen ohne den üblichen Hindernislauf durch die Behörden Deutsche oder Deutscher werden dürfen. Derzeit sind es mindestens acht Jahre. Das ist zu lange. Außerdem sollten es Sonderregeln zur früheren Einbürgerung geben. Einbürgerungswilligen muss es erlaubt sein, ihren alten
4855 Pass zu behalten. Wer in Deutschland geboren ist und deshalb die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, steht spätestens im Alter von 23 Jahren vor der Wahl zwischen dem deutschen Pass und dem Pass der Eltern. Viele empfinden diese Optionspflicht als Zumutung, denn sie fühlen sich beiden Kulturen zugehörig. Die doppelte
4860 Staatsbürgerschaft ist kein Zeichen von Unentschlossenheit, sondern von der Bereitschaft, den Reichtum zweier Kulturen zu verbinden.

Integrationskurse ja, Tests nein

Die SPD fordert mehr Integrationskurse zur Vorbereitung auf die Einbürgerung. Derzeit
4865 gibt es zu wenige, und die sind schlecht ausgestattet. Die Warteschlangen vor den Kursen sind lang, die Unterrichtszeiten wenig flexibel. Außerdem werden wir die diskriminierenden Integrationstests wieder abschaffen.

Asyl ist Menschenrecht

4870

Wir machen eine menschenfreundliche Politik, keine Abschreckungspolitik. Menschen fliehen, weil sie in der Heimat aus politischen Gründen um ihr Leben bangen müssen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt qualifiziertes Personal, um den besonderen Bedürfnissen von Asylsuchenden gerecht zu werden. Es gibt zu wenig Ärztinnen und Ärzte
4875 und Psychologinnen und Psychologen, zu wenig Juristinnen und Juristen und zu wenige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Gemeinschaftsunterkünfte oft menschenunwürdig

4880 Die Gemeinschaftsunterkünfte sind oft in einem menschenunwürdigen Zustand und von der örtlichen Gemeinschaft abgeschnitten. Die Unterbringung von mehreren Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, sexueller Identität und Tradition in kleinen Zimmern auf engstem Raum führt häufig zu massiven Konflikten. Kein Flüchtling sollte dort länger als ein Jahr wohnen. Familien und Kinder sowie traumatisierte Flüchtlinge müssen von
4885 Anfang an in Wohnungen leben. Die Versorgung mit Lebensmittelpaketen verstößt gegen die Menschenwürde und ist überdies viel zu teuer. Bayern hat dadurch deutschlandweit mit Abstand die höchsten Ausgaben pro Kopf. Statt Essenspakete zu erhalten, sollen die Flüchtlinge sich selbst verpflegen können. Dafür werden wir sorgen.

4890 Teilhabe für Asylbewerberinnen und Asylbewerber garantieren

Das Bundesverfassungsgericht hat klar und deutlich entschieden, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber Anspruch auf gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe haben. Auch die materielle Teilhabe gehört für uns dazu, weshalb wir

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

4895 die Leistungen für Asylsuchende auf das Niveau des ALG II anheben werden. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind für uns keine Menschen zweiter Klasse! Das Arbeitsverbot gehört abgeschafft, denn das Recht zu arbeiten ist ein Menschenrecht! Flüchtlinge brauchen vom ersten Tag an Sprachkurse und Zugang zum Arbeitsmarkt und für ihre Kinder brauchen sie den Zugang zu Kita und Schule. Insbesondere jungen 4900 Flüchtlingen muss es vom ersten Tag an möglich sein, ohne bürokratische Hindernisse eine Ausbildung zu beginnen.

Residenzpflicht aufheben, Initiativen unterstützen

4905 Die Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, die Regierungsbezirksgrenze und die Nachbarlandkreisgrenze zu überschreiten, werden wir aufheben. Die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, ist ein Menschenrecht. Außerdem ist die Residenzpflicht einmalig in der EU.

Sozialverbände und Flüchtlingsinitiativen brauchen mehr Geld, damit sie im Auftrag des 4910 Freistaates beraten und unterstützen können.

Integration beginnt in der Kommune

Erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort – in den Städten und Gemeinden. 4915 Migrantinnen und Migranten leben seit Jahrzehnten in Kommunen und gestalten diese erfolgreich mit.

Dafür gibt es zahlreiche positive Beispiele. Ein besonders erfolgreicher Beitrag zur sozialen Integration war das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Die jüngsten 4920 massiven Kürzungen treffen vor allem die Stadtteile und Wohnbezirke mit den größten Integrationsproblemen, wir werden daher hier gegensteuern.

Sozialen Wohnungsbau und Beratungsstellen ausbauen

4925 Bayern muss den sozialen Wohnungsbau fördern. In den kommenden Jahrzehnten ziehen immer mehr Menschen in die zentralen Regionen um Nürnberg, Augsburg und München. Migrantinnen und Migranten brauchen Unterstützung im Alltag. Sie brauchen Informationen zur Rente und zur Sozialhilfe, zur Pflegeversicherung und zur Gesundheitsvorsorge. Professionell lässt sich so eine Beratung nur mit mehrsprachigen 4930 Beraterinnen und Beratern leisten, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

Wahlrecht und Integrationsbeauftragter

Die erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund muss ein 4935 Schwerpunkt kommunaler Arbeit sein. Wer mitbestimmen darf, fühlt sich der Gemeinschaft verbunden. Auch Migrantinnen und Migranten gehören in die Kommunalpolitik. EU-Ausländerinnen und –Ausländer haben das kommunale Wahlrecht. Menschen, die nicht aus einem EU-Land kommen, sollten ebenfalls auf allen kommunalen Ebenen wählen und für diese Funktionen auch gewählt werden dürfen. In 4940 sämtlichen Gremien auf Landesebene, zum Beispiel in den Rundfunk- und den Medienrat und in den Landesschulbeirat, werden wir stimmberechtigte Migrantinnen und Migranten berufen. Ein Landesbeirat für Integrationsfragen soll den Landtag und die

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Staatsregierung beraten. Wir werden einen unabhängigen Integrationsbeauftragten für Bayern ähnlich dem Datenschutzbeauftragten installieren, der den Bayerischen Landtag 4945 unabhängig berät. Behörden als Arbeitgeber werden sich für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen.

Gesundheitsversorgung als Grundrecht für alle

4950 Das medizinische Versorgungsrecht hat sich bisher noch nicht ausreichend auf die stetig wachsende Zahl von Migrantinnen und Migranten eingestellt. Menschen aus anderen Kulturkreisen ist das deutsche System oft nicht vertraut. Sprachprobleme kommen hinzu. In Sozial- und Gesundheitsberufen müssen daher deutlich mehr Migrantinnen und Migranten arbeiten. Das Personal für Krankenhäuser und Pflegeheime braucht 4955 interkulturelle Kompetenzen, da immer mehr Migrantinnen und Migranten in Deutschland älter werden. Zwingend notwendig sind mehrsprachige Informationsmaterialien. Krankenkassen sollten Migrantinnen und Migranten auch gezielt ansprechen, um sie auf Vorsorge- und Präventionsprogramme hinzuweisen. Über migrationsspezifische Bedürfnisse ist auch zu wenig im Gesundheitssystem bekannt. Die 4960 Qualität von speziellen Versorgungsangeboten für Migrantinnen und Migranten muss auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht werden.

Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber fordern wir eine medizinische Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die bisherige Praxis der ausnahmsweisen 4965 medizinischen Notfallversorgung verletzt den Gleichheitssatz des Grundgesetzes massiv und muss aufgegeben werden. Jeder Mensch mit gesundheitlichen Problemen muss in Deutschland Zugang zu schneller und unbürokratischer medizinischer Versorgung haben.

Religion im Dialog schafft Vertrauen

4970 Der interkulturelle und religiöse Dialog über Werte und Grundsätze kann Brücken bauen und für gegenseitiges Verstehen sorgen. Im Religions- und Islamunterricht lernen Kinder und Jugendliche verschiedene Religionen und Weltanschauungen kennen. Muslimische Kinder werden künftig islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache durch in 4975 Deutschland ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erhalten.

Der Ethik-Unterricht an den Schulen hat die Aufgabe, das wechselseitige Verständnis für unterschiedliche Lebensformen und Werte zu fördern. Er wird daher von uns auch im Hinblick auf den interreligiösen Dialog aufgewertet. 4980

4985

4990

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“

Wir sagen ganz klar: Niemand darf wegen einer körperlichen, sensorischen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung oder Behinderung, wegen seines Geschlechtes, seiner ethnischen Herkunft oder seiner kulturellen oder religiösen Identität von der gleichberechtigten, selbstständigen und selbstbestimmten Teilhabe am Leben der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Das verlangt die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit März 2009 in Deutschland verbindliches Recht ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns den Zielen dieser Konvention verpflichtet – ohne wenn und aber.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

5005 ... Barrieren im öffentlichen Verkehr, im Wohnraum, am Arbeitsplatz, in Kultur- und Freizeiteinrichtungen Schritt für Schritt beseitigen.

... den Ausbau inklusiver Bildungseinrichtungen von der Kinderkrippe bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung voranbringen.

5010

... für sonderpädagogisch ausreichend qualifiziertes Personal sorgen. Denn nur so kann individuelle Förderung gewährleistet werden.

5015 ... den Ausbau der inklusiven Hochschule für alle und die berufliche Ausbildung und Eingliederung stärker fördern.

... neue Berufsbilder schaffen und anerkennen und die beschützenden Werkstätten erhalten.

5020 ... eine barrierefreie Kommunikation, die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben aller Menschen ermöglichen und sich für eine Gesellschaft der Gemeinsamkeit und ohne Berührungängste einsetzen.

Inklusive Gesellschaft gestalten – „Nichts über uns ohne uns“

5025

Es ist normal, verschieden zu sein. Eine moderne Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Vielfalt ihrer Mitglieder. Wir wollen alles dafür tun, dass die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um diese Vielfalt zu ermöglichen. Eine große Herausforderung für jede Landesregierung ist die Umsetzung des Artikels 24 der UN- Behindertenrechtskonvention. Gefordert wird dort, künftig inklusive Bildungseinrichtungen vorzuhalten. Seit über 40 Jahren werden in Bayern Kinder und Jugendliche mit Behinderung in speziellen Einrichtungen gefördert. Viele Eltern schätzen diese Förderorte für ihre Kinder. Wichtig ist, dass die Eltern für ihre Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen ein echtes Wahlrecht bekommen. Die Förderzentren bedeuten oft aber auch, dass Kinder ihr soziales Umfeld verlassen und weite Fahrwege auf sich nehmen müssen. Förderzentren sollten zukünftig als Kompetenzzentren dienen, die Eltern, Pädagogen und BeraterInnen für berufliche Themen in ihrer Arbeit unterstützen, sie sollen nicht mehr als Bildungseinrichtung die

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Regel sein.

5040

Inklusive Bildungseinrichtungen

Im frühkindlichen Bereich finden sich bereits gute Ansätze, die wir weiter ausbauen werden. Die inklusive Bildung stützt Kinder beim Entwickeln einer eigenen Persönlichkeit innerhalb einer Altersgruppe. Sie gelingt in den Kindertagesstätten allerdings nur, wenn gut ausgebildetes pädagogisches Personal in ausreichender Zahl vorhanden ist. Verlässliche Strukturen sorgen für ein spielerisches und soziales Lernen mit allen Sinnen unter dem Leitbild der individuellen Förderung. Basis hierbei sind fachlich qualifizierte, individuell abgestimmte Förder- und Therapieangebote. Diese Entwicklungsphase, in der die Persönlichkeit eines Menschen maßgeblich geprägt wird, kann Berührungspunkte zwischen Kindern mit und ohne Behinderung abbauen.

Schulen fit machen für Inklusion

Die allgemeinen Schulen fit für die Inklusion zu machen, wird eine große Kraftanstrengung, ein gewaltiges Umdenken und auch den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordern. Insbesondere müssen die Ausbildungskapazitäten für diese Berufe erhöht werden. Die Klassengrößen müssen angemessen sein, daher muss der Klassenteiler herabgesetzt werden. Die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen müssen im täglichen Unterricht professionelle Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus den Förderschulen, aber auch durch weiteres pädagogisches Personal wie Sozial- und Heilpädagogen oder Förderlehrkräfte bekommen. Dieses zusätzliche pädagogische Personal ist Teil des Stellenplans des Kultusministeriums, so dass die Kosten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Oft ist es angebracht, Tandemlösungen zu realisieren. Über deren Notwendigkeit entscheidet die Schule vor Ort.

Rücksicht auf jedes Kind nehmen

Die inklusive Schule ist eine Schule mit einem Unterricht, der Rücksicht auf die Talente und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes nimmt, den Kindern Mut macht und ihnen Selbstvertrauen vermittelt. Der Grundsatz muss heißen: Die Schule passt sich dem Kind an, nicht das Kind der Schule! Basis für die notwendige individuelle Förderung wie auch für individuelle Leistungsbewertung sind gut ausgebildete Lehrkräfte. Sie müssen künftig entsprechend an den Hochschulen ausgebildet werden bzw. müssen qualifizierte Fortbildungsangebote erhalten, so dass sie den jeweiligen Förderbedarf feststellen und entsprechende Förderpläne erstellen können. Damit sich das pädagogische Personal entsprechend koordinieren kann, müssen ausreichende Zeitressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Inklusion auch in der Berufswelt

Inklusion darf am Ende der Schulausbildung aber nicht aufhören. Der Weg in die Berufswelt, aber auch eine Hochschule für alle müssen inklusiv gestaltet werden. Dazu braucht es Mut, auch neue Wege zu suchen und zu beschreiten. Wir haben diesen Mut und den politischen Willen, dies auch umzusetzen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Die berufliche Ausbildung hat zum Ziel, den jungen Menschen Perspektiven für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu geben. Deswegen werden wir möglichst vielen Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen einen anerkannten Abschluss ermöglichen und dabei den Erwerb von Grundfertigkeiten fördern. Damit die berufliche Ausbildung den Weg der Inklusion mit beschreitet, braucht sie förderpädagogische und sozialpädagogische Unterstützung, speziell geschulte AusbilderInnen, spezielle Arbeitsplätze, technische Ausstattung und persönliche Assistenz, die der Behinderung entsprechen. Ziel muss es sein, dass jedem Menschen der Zugang in die reguläre Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Eine Behinderung darf hier keinen Nachteil darstellen.

Die inklusive Hochschule

Die inklusive Hochschule und Forschung ermöglichen den Studierenden mit Behinderung die normale Teilnahme am Lerngeschehen. Die Gebäude müssen barrierefreie Zugänge haben und bei Bedarf spezielle Unterstützungssysteme bereit halten. Wir werden darüber hinaus Lehrstühle für inklusive Forschung einrichten und Hochschulen so handlungsstark machen, dass sie in Einzelfällen spezifische personelle und oder technische Assistenzkräfte einsetzen, um inklusives Studieren zu ermöglichen.

Das Ziel: ein selbständiges und unabhängiges Leben

Die inklusive berufliche Aus- und Weiterbildung sowie das lebensbegleitende Lernen legen die Grundlage für ein selbstständiges und unabhängiges Leben und ermöglichen somit eine anerkannte berufliche Qualifikation. Bei vielen Menschen tritt der Grad einer Behinderung erst im Laufe ihres Erwerbslebens ein. Für diese bereits berufstätigen Menschen sind vor allem eine qualifizierte Umschulung sowie das Schaffen und die Anerkennung neuer Berufsbilder wie beispielsweise die Assistenz für Inklusion an Schulen erforderlich.

Da nur anerkannte Berufsbilder förderfähig sind, sehen wir eine Zertifizierung neuer Berufe als wichtige Eingliederungshilfe in den Arbeitsmarkt an. So kann beispielsweise eine blinde Frau sich zur Medizinischen Tastuntersucherin ausbilden lassen und ihren guten Tastsinn für die Früherkennung von Brustkrebs nutzen. Hier sehen wir es als unerlässlich an, dass die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit der Wirtschaft und den Betroffenen verbessert wird. Eine professionelle Beratung für die Unternehmen wie auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird daher aufgebaut. Zusätzlich werden wir aber nicht auf die Anerkennung und finanzielle Absicherung der beschützenden Werkstätten durch die Agentur für Arbeit bzw. die ARGE/Optionsmodell verzichten.

Barrierefreiheit – auch in den Köpfen

Barrieren verhindern Zugänge und schaffen somit Ausgrenzung. Größer als die tatsächlich wahrnehmbaren Barrieren und Hindernisse sind für Menschen mit Behinderungen oftmals die Barrieren in den Köpfen ihrer Mitmenschen. Mangelnde Achtung und Aufmerksamkeit schränken das gemeinsame Miteinander ein. Eine inklusive Gesellschaft überwindet diese Grenzen und steht für grenzenlose Teilhabe. Daran wollen wir arbeiten.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

5135

Barrierefreie Mobilität umsetzen

Menschen mit Behinderungen sehen sich täglich in allen Lebensbereichen, in der eigenen Wohnung, im öffentlichen Verkehrsraum, beim Einkaufen, im Öffentlichen
5140 Personenverkehr, beim Zugang zu öffentlichen Gebäuden, bei der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie, bei der gleichberechtigten Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben Barrieren gegenüber. Um barrierefreie Mobilität tatsächlich umzusetzen, brauchen wir

5145 ... öffentliche Verkehrsräume (Verkehrsmittel, Straßen, Plätze, Grünanlagen, öffentliche Gebäude und Einrichtungen sowie im gewerbliche Gebäude usw.) ohne Hindernisse.

... die Berücksichtigung des relevanten Regelwerks(DIN 18040) beim privaten und öffentlichen Wohnraum, bei Neubauten wie bei Sanierungsmaßnahmen.

5150

... entsprechende Hilfsmittel, die zeitnah und überall dort, wo sie gebraucht werden, in Anspruch genommen werden können.

... Angebote, die auch Menschen mit Behinderungen das Reisen und den Zugang zum
5155 Kultur-, Sport- und Freizeitbereich problemlos ermöglichen.

Barrierefreie Information und Kommunikation

Barrierefreie Information und Kommunikation ist unserem Verständnis nach der Zugang
5160 und die Nutzbarkeit der Neuen Medien, Internet, Handy, soziale Netzwerke usw. für alle (universales Design). Damit dies nicht Menschen mit geistigen, Sinnes- oder körperlichen Beeinträchtigungen verwehrt bleibt, müssen wir Informationen auch in leichter Sprache und Gebärdensprache für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen anbieten. Auch müssen wir endlich Strukturen und Angebote für eine aktive Teilhabe am
5165 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft – beispielsweise durch ein Beratungsnetzwerk – schaffen. Grundlage hierfür ist es, in allen Bereichen einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu modernen technischen Hilfsmitteln sicherzustellen.

5170 Teilhabe statt Ausgrenzung – eine Chance für unsere Gesellschaft

Trotz bestehender rechtlicher Regelungen erleben Menschen mit Behinderung Ausgrenzungen und Diskriminierungen im öffentlichen Verkehrsraum, im Wohnbereich, bei der Kommunikation, bei Banken und Versicherungen und im kulturellen und
5175 politischen Leben. Diese Hürden trennen diese Menschen – oftmals von den nicht Betroffenen unbemerkt – von einem inklusiven Gesellschaftsverständnis und schaffen Teilung statt Teilhabe.

Ein Bayern aller Talente schaffen

5180

Eine zukunftsorientierte Gesellschaft kann es sich aber nicht leisten, die Talente und Potenziale seiner Mitglieder zu vernachlässigen. Jeder Mensch gestaltet in seiner

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Einzigartigkeit, mit seinen Handicaps und Beeinträchtigungen, aber eben auch mit seinen Begabungen aktiv die Gesellschaft mit. Chancen zu aktiver Teilhabe für jeden einzelnen zu schaffen heißt für uns, eine neue Chance für unsere Gesellschaft im Ganzen zu schaffen. Wir müssen in allen Bereichen der Gesellschaft Berührungspunkte durch gemeinsame Arbeit, Erlebnisse und Aktivitäten abbauen. Nur so gestalten wir ein gemeinsames Bayern aller Talente.

5190 Ein zentraler Partner auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft sind dabei die Kommunen mit ihren vielfältigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Dabei werden wir die Kommunen aktiv unterstützen und auch finanziell nicht im Regen stehen lassen. Den Grundsatz der Konnexität bei der Übertragung neuer Aufgaben durch den Freistaat nehmen wir auch hier ernst.

5195

Wir wollen weg von der Fürsorge und hin zur Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Wir streben ein modernes Bundesleistungsgesetz an, mit dem wir ohne Verschlechterung der Leistungen einen Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen erreichen wollen und das die Eingliederungshilfe ablöst. Finanzielle Leistungen müssen dabei unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Durch diese Teilentlastung sollen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum erhalten, konkrete Inklusion und Teilhabe vor Ort voranzutreiben.

Aufklärung verbessern

5205

Der erste Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft ist die Aufklärung und Mobilisierung aller Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen für Verständnis und Beteiligung werben, um anschließend in einem klaren, bayrischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Weichen für die Zukunft zu stellen. In einer inklusiven Zukunft wird es Möglichkeiten für alle Menschen geben, mit eigener Stimme zu sprechen und eigene Entscheidungen zu treffen. Jeder wird alle Chancen und Möglichkeiten haben, entsprechend den eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen, um für sich selbst zu sorgen und selbstständig und selbstbestimmt über die eigene Lebensgestaltung zu entscheiden.

5215

Frauen mit Behinderungen besonders unterstützen

Frauen mit Behinderungen sehen sich nicht selten auch hierzulande mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt: sei es bei der beruflichen Eingliederung, sei es im privaten oder öffentlichen Bereich. Sie bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte zu unterstützen sieht die SPD als eine besondere gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung an.

5225

5230

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Mensch und Gesellschaft

5235 Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf eine starke Verfassung aufbauen

Die Bayerische Verfassung von 1946 beschreibt eine freiheitliche Wertordnung und ist Maßstab für unsere Innen- und Rechtspolitik. Bei allem was wir tun und fordern geht es darum, Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig die Freiheitsrechte zu schützen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, der zum Zwecke der Prävention Freiheiten einschränkt.

Vielmehr vertrauen wir den Menschen und wollen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auch in Planungs- und Verwaltungsverfahren ausbauen sowie Politik und ihre Entscheidungen transparenter machen. Und schließlich: Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird bei uns zur Chefsache. Das garantieren wir.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

5250 ... die freiheitliche Bayerische Verfassung endlich umsetzen und behutsam fortentwickeln.

... die Justiz und den Rechtsstaat stärken statt schwächen.

5255 ... den Justizvollzug personell so ausstatten, dass Resozialisierung gelingen kann.

... den Menschen Vertrauen und daher Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausbauen.

5260 ... die Sicherheit erhöhen und trotzdem die Freiheitsrechte schützen.

... den Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken

5265

5270 Bayerische Verfassung: Richtschnur unserer Arbeit

Wir sind stolz auf die maßgeblich von Wilhelm Hoegner geschaffene Bayerische Verfassung von 1946. Für uns sind die Buchstaben dieser Verfassung Leitlinien unserer Politik. Daher wird eine SPD-geführte Staatsregierung endlich auch all das in konkrete Politik umsetzen, was dort geschrieben steht. Unsere Bayerische Verfassung sieht beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne vor (Artikel 169), gleichen Lohn für Frauen und Männer (Artikel 168) und die Förderung des Baus günstiger Wohnungen (Artikel 106). All das und noch vieles mehr ist uns Verpflichtung und Richtschnur zugleich.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

5280 Verfassung fortentwickeln

Unsere Bayerische Verfassung ist schon über 60 Jahre alt und sollte daher an einigen Stellen unter Wahrung ihres freiheitlichen Grundtenors fortentwickelt werden. Wir haben im Landtag dafür gesorgt, dass sie 1998 und 2003 modernisiert und weiterentwickelt wurde. Und wir wollen diese Modernisierung der Verfassung weiter vorantreiben, in dem wir das Ziel der Integration, die Lernmittelfreiheit und das Recht auf kostenlose Kindertagesstätten endlich in der Verfassung verankern. Ebenso werden wir die Pflicht des Staates festschreiben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen.

5290

Volksentscheid zur Verfassungsreform unterstützen

Wir unterstützen daher auch den zeitgleich mit der Landtagswahl 2013 stattfindenden Volksentscheid, der eine „Schuldenbremse“, den Anspruch der Kommunen auf eine ausreichende Finanzausstattung, die Verpflichtung des Staates, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, das Ehrenamt zu stärken und die Rechte des Landtags bei Entscheidungen zu europapolitischen Fragen im Bundesrat auszuweiten, in die Verfassung aufnehmen will.

5300 Parlament stärken, öffentliche Petitionen ermöglichen

Auch werden wir die Rechte des Parlaments gegenüber der Staatsregierung stärken. Dies betrifft insbesondere das Abstimmungsverhalten Bayerns bei Entscheidungen im Bundesrat. Und wir wollen endlich – wie längst in vielen anderen Bundesländern üblich – auch in Bayern sogenannte öffentliche Petitionen ermöglichen.

Insgesamt ist es im Petitionswesen unser Ziel, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und besonders dafür zu sorgen, dass die Bearbeitungsdauer von bislang mindestens drei Monaten halbiert wird. Das Petitionsgesetz wird zu diesem Zweck schnellstmöglich und grundlegend überarbeitet.

Unabhängige, leistungsfähige Justiz stärken

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik. Rechtsstaatlichkeit bedeutet für uns die unbedingte Achtung der Menschen- und BürgerInnenrechte durch alle Staatsgewalten, die Gewährleistung einer unabhängigen und leistungsfähigen Justiz und ihre Erreichbarkeit für alle Menschen.

Gerichtsstandorte erhalten, Personal aufstocken

5320

Eine unabhängig, schnell, qualifiziert und bürgernah arbeitende Justiz ist Wesensmerkmal eines freiheitlichen Rechtsstaates – darüber hinaus auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir werden daher nicht nur alle Gerichtsstandorte in Bayern erhalten, sondern diese Gebäude auch mit Leben füllen, indem wir ausreichende Stellen für Richter, Staatsanwälte, RechtspflegerInnen und nichtrichterliche MitarbeiterInnen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften schaffen. Nur so können künftig mehr

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen zeitnaher als bisher entschieden werden.

Privatisierungen verhindern, Absprachen minimieren

5330

Die Übertragung von Aufgaben der Justiz aufs Private – vom Nachlassgericht bis zur Zwangsvollstreckung – werden wir nicht zulassen. Absprachen in Strafverfahren müssen die Ausnahme bleiben und dürfen nicht wegen der Überlastung der Justiz in umfangreichen Strafsachen zur Regel werden. Wichtiger als Absprachen ist die Wahrheitsfindung.

Mediationen und Hilfen ausbauen statt streichen

Wir unterstützen Maßnahmen zur freiwilligen außergerichtlichen Streitschlichtung und Mediation, wenden uns aber gegen Bestrebungen, Rechtsmittel abzubauen und den Zugang zu unabhängigen Gerichten durch Einschränkungen bei der Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe zu erschweren.

Selbstverwaltung stärken

5345

Wir halten an der Selbstständigkeit der verschiedenen Fachgerichtsbarkeiten fest und werden die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Richter- und Staatsanwälte stärken. Wir werden Richterwahlausschüsse schaffen und die Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs durch Zweidrittelmehrheit des Landtags einführen. Ebenso unterstützen wir die längst überfälligen Schritte in Richtung Selbstverwaltung der Justiz.

Mehr Therapieangebote, bessere Resozialisierung

Der Strafvollzug ist nicht nur Teil der inneren Sicherheit, er muss sich vor allem auch daran messen lassen, ob die Resozialisierung gelingt. Die nach der Föderalismusreform neu geschaffenen bayerischen Gesetze für den Strafvollzug und den Vollzug der Untersuchungshaft greifen zwar unsere jahrzehntelang erhobenen Forderungen nach mehr Therapieangeboten auf, genügen aber nicht den Anforderungen an einen modernen Strafvollzug. Wir werden daher mehr Angebote zur Haftvermeidung und zur Verbesserung der Therapieangebote schaffen.

Sicherungsverwahrung reformieren

Die Sicherungsverwahrung wird von einer SPD-geführten Staatsregierung unter strikter Beachtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts neu organisiert und auf hochgefährliche Straftäter beschränkt.

Opferschutz verbessern

5370

Wir sind uns sicher: Kriminalprävention und Resozialisierung sind der beste Opferschutz. Wer aber trotzdem zum Opfer eines Verbrechens wurde, benötigt mehr Hilfen als bisher. Wir werden daher mehr Opferberatungsstellen schaffen und die bestehenden Opferhilfeorganisationen stärker bei ihrer Arbeit unterstützen und nicht alleine lassen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

5375

Gefängnisse besser ausstatten

Der Strafvollzug in Bayern ist eklatant unterbesetzt. Das werden wir so schnell wie möglich beheben und die teilweise noch katastrophale Unterbringungssituation in 5380 bayerischen Justizvollzugsanstalten durch bauliche Maßnahmen verbessern.

Mehr Demokratie und Transparenz

Die BayernSPD steht für eine lebendige Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden 5385 bis zum Staat, von den Schulen und Hochschulen bis in die Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen. Volksbegehren und Volksentscheide sind eine sozialdemokratische Erfindung. Sie sind seit 1946 in der Bayerischen Verfassung verankert und haben sich bewährt. Wir haben dazu beigetragen, dass auf kommunaler Ebene zusätzlich BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide eingeführt worden sind.

5390

Volksbegehren erleichtern

In dieser Tradition wird eine SPD-geführte Staatsregierung die Hürden zur Einleitung von Volksbegehren – zum Beispiel durch die Verlängerung der Eintragsfrist und die 5395 Erleichterung der Eintragung jenseits des Hauptwohnsitzes – abbauen und die Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Volksentscheiden durch eine Änderung des Artikels 73 der Bayerischen Verfassung ausweiten. Auch werden wir die Bindungsfristen von BürgerInnenentscheiden verlängert werden. Wir werden uns auch im Bundesrat dafür stark machen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksbegehren und 5400 Volksentscheide – nicht nur zu Fragen der europäischen Integration – ermöglicht werden.

BürgerInnenbeteiligung bei Infrastrukturprojekten verbessern

Direkte Demokratie beginnt nicht erst bei BürgerInnenbegehren und Volksbegehren. Wir 5405 wollen die Entscheidung für oder gegen große Infrastrukturprojekte und über deren mögliche Alternativen von Anfang an transparent gestalten und die Bürgerinnen und Bürger, auch durch das Internet, frühzeitig an Planungsprozessen beteiligen. Wir wissen: Mehr Beteiligung führt nicht zu längeren Genehmigungsverfahren, sondern beschleunigen diese vielmehr, indem sie die Akzeptanz für die Maßnahmen deutlich 5410 erhöhen. Die Rechtsschutzmöglichkeiten der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Naturschutz- und Umweltverbände dürfen hierbei nicht geschmälert, sondern müssen ausgebaut werden.

Verwaltungen transparenter machen

5415

Die Verwaltungen – ob in den Gemeinden oder auf Länderebene – müssen offener werden, die Bürgerinnen und Bürger brauchen einen freieren Zugang zu Informationen. Nur so schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger. Nur wer informiert ist, kann sich in einer 5420 modernen und lebendigen Demokratie auch wirklich einbringen. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass in den bayerischen Kommunen – unter Beachtung datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften – Informationsfreiheitsgesetze beschlossen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

werden, und dass auf Landesebene endlich ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet wird, wie wir es längst schon vorgeschlagen 5425 haben. Im Bereich der Justiz treten wir für die Schaffung einer frei zugänglichen Rechtsprechungsdatenbank ein.

BürgerInnen gegenüber Verwaltungen stärken

5430 Durch die fast gänzliche Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zur Überprüfung von Verwaltungsakten sind die Rechtsschutzmöglichkeiten verkürzt worden. Wir werden diese Verschlechterung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger wieder rückgängig machen und setzen uns vielmehr dafür ein, dass in den wichtigsten Rechtsbereichen Verwaltungsentscheidungen wieder mittels Widerspruch und nicht nur durch Klage zum 5435 Verwaltungsgericht überprüft werden können.

Versammlungsrecht verbessern

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein Pfeiler der Demokratie. Wir haben 5440 deshalb mit vielen Anderen gemeinsam gegen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit durch ein eigenes bayerisches Versammlungsgesetz gekämpft und vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht, dass die schlimmsten Schikanen des Bayerischen Versammlungsgesetzes für verfassungswidrig erklärt worden sind. Wir werden die Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit erleichtern und dafür 5445 Sorge tragen, dass niemand durch ausufernde Beobachtung durch Polizei und Verfassungsschutz davon abgehalten wird, an einer Versammlung teilzunehmen. Für kleine und regelmäßig stattfindende Versammlungen werden wir die Reglementierungen abbauen.

5450 Freiheit und Sicherheit stärken

Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzt Freiheit aber auch soziale Gerechtigkeit voraus. Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass 5455 sie die beiden Pole Freiheit und Sicherheit möglichst in eine stetige Balance bringt. Jede Einschränkung der persönlichen Freiheit bedarf der Rechtfertigung und muss streng auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

Keine Einschränkung von Grundrechten

5460

Bei Video-Beobachtung, Kennzeichen-Scanning, Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung kommt es nicht nur darauf an, dass jede einzelne Befugnis für sich genommen im Einzelfall sinnvoll und notwendig ist, sondern auch 5465 darauf, dass es in der Zusammenschau sämtlicher Maßnahmen zu keiner vermeidbaren Einschränkung von Grundrechten kommt.

Augenmaß bei Verbrechensbekämpfung

5470 Ein wichtiges Ziel ist es, Kriminalität in allen ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

und Gefahren für die Sicherheit des Einzelnen abzuwehren sowie allen hier lebenden Menschen ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten. Aber wir treten dabei gleichzeitig für Vernunft und Augenmaß und die strikte Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein.

5475

Polizei stärken, Sicherheit erhöhen

Wir wollen, dass Bayern, trotz der missglückten Organisationsreform der Polizei, das sicherste Bundesland und der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir werden daher dafür
5480 sorgen, dass die Polizei nicht nur in Amtsstuben, sondern auch auf der Straße präsent ist. Dafür braucht es eine angemessene Ausstattung mit Personal und Technik. Die stetige Zunahme privater Sicherheitsdienste sehen wir ebenso mit Sorge wie den verstärkten Einsatz so genannter Sicherheitswachten.

5485 Beamte mit Gesicht

Zu einer bürgernahen Polizei gehört, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht anonym gegenübertritt. Wir werden daher auch im Interesse des Ansehens der Polizei dafür sorgen, dass Polizeibeamte beim Einsatz in geschlossenen Verbänden durch geeignete
5490 Kennzeichen identifizierbar sind.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist auch in Bayern weiter verbreitet, als dies die Staatsregierung
5495 wahrhaben will. Nicht erst die Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Mordanschlägen der NSU-Terroristen haben gezeigt, dass das Ausmaß und die Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten in den letzten Jahrzehnten sträflich unterschätzt wurden.

Der Kampf gegen Rechtsextremisten muss Teil der Erziehung in den Familien und Schulen
5500 werden und in den Vereinen, in den Hochschulen, am Arbeitsplatz und in den Medien fortgesetzt werden. Wir treten für ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus ein und lehnen die vom Bund vorgegebene Extremismusklausel ab. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden wir in der
5505 Staatskanzlei eine eigene Stabsstelle sowie ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus schaffen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung
5510 des Rechtsextremismus versagt. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern hat erhebliche Zweifel an der Reformierbarkeit und den Möglichkeiten zur demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle der Inlandsgeheimdienste aufkommen lassen. Wir treten daher für eine klare Zäsur ein: Es ist Zeit den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form als Inlandsgeheimdienst abzuschaffen. Die Arbeit des polizeilichen
5515 Staatsschutzes, dem bereits jetzt ein umfangreiches nachrichtendienstliches Instrumentarium zur Verfügung steht, muss auf den Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Die bisherige Praxis des Einsatzes von V-Leuten wollen wir eindämmen und einer strikten rechtsstaatlichen Kontrolle unterwerfen. Zur

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen
5520 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern sowie der Entwicklung
rechtsextremistischer Organisationen, Parteien und Aktivitäten werden wir ein
unabhängiges „Demokratie-Institut“ einrichten. Die historischen Wurzeln des
Landesamtes für Verfassungsschutz und seine Tätigkeit in den ersten Jahrzehnten der
Bundesrepublik müssen endlich aufgearbeitet werden. Hierfür werden wir eine
5525 unabhängige wissenschaftliche Kommission einsetzen, die umfassenden Zugang zu den
Akten erhält. Die Beobachtung von a.i.d.a., der VVN-BdA und sonstiger nachgewiesen
demokratischer und auf dem Boden des Grundgesetzes stehender Organisationen durch
die bayerischen Sicherheitsbehörden werden wir beenden.

5530 Wir unterstützen ein neues NPD-Verbotsverfahren und wollen alle vereinsrechtlichen
Möglichkeiten nutzen, um rechtsextremistische Vereinigungen und Netzwerke zu
verbieten.

5535

5540

5545

5550

5555

5560

5565

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel

5570 Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel: Neue Kommunikationsmethoden wie mobile Telefonie oder das Internet haben diese Umbruchsituation ausgelöst und mittlerweile lassen sich in breiten Teilen der Gesellschaft Veränderungen in der direkten Lebensrealität beobachten. Uns als BayernSPD geht es daher nicht um ein Spartenthema „Netzpolitik“, sondern um eine breiter angelegte Strategie einer digitalen Gesellschaftspolitik. Die digitale Dynamik wirkt auf alle Lebensbereiche und betrifft jede 5575 und jeden. Niemand kann sich diesem Wandel entziehen.

Nur wenn wir die richtigen politischen Entscheidungen treffen, können wir die Chancen dieses Wandels nutzen: Wir wollen die Teilhabe aller an diesen Chancen. Wir wollen mehr 5580 Barrierefreiheit. Wir wollen Transparenz in den politischen Strukturen und der Entscheidungsfindung. Und wir wollen, dass die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern durch die neuen technischen Möglichkeiten nicht verringert, sondern gestärkt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit fast 150 Jahren für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft. Das werden wir auch in Zukunft tun: in der 5585 realen und auch in der virtuellen Welt.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... dem Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten höchste Priorität einräumen.
5590

... den „Digital Divide“ verhindern, indem sie die Teilhabe aller an den neuen Medien ermöglicht. Denn der Zugang zum Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

... die diskriminierungsfreie Datenübertragung und somit die Netzneutralität garantieren.
5595

... durch „open government“ den digitalen Wandel auch in die Amtsstuben tragen und dort für mehr Transparenz und Beteiligung sorgen. Wir werden mit dem Informationsfreiheitsgesetz „mehr Demokratie wagen“.

5600 ... die Medienkompetenz von jungen Menschen stärken.

... die digitale Lernmittelfreiheit und den freien Zugang zu wissenschaftlichen Texten im Netz ermöglichen.

5605 ... das Prinzip „Löschen statt Sperren“ durchsetzen und Netzsperrern genauso ablehnen wie den Einsatz von „Staatstrojanern“ und Online-Durchsuchungen.

... die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten vorantreibt.
5610

... die Kreativwirtschaft fördern und generell „Gute Arbeit“ auch im digitalen Zeitalter umsetzen, auch im Bezug auf ArbeitnehmerInnendatenschutz.

...über das Internet als Universaldienst schnelles Internet als Breitbandversorgung auch

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

5615 im ländlichen Raum sicherstellen.

„Digital Divide“ verhindern, Netzneutralität garantieren

5620 „Digital Divide“ nennt man die Kluft zwischen den Menschen, die die neuen Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren wie Alter, Geschlecht und soziale Herkunft ausmachen. Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft.

5625

Wir stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und gleichen Zugang zum Internet mit dem Ziel der Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle Datenpakete unverändert und in gleicher Qualität verschickt werden. Denn dies sehen wir als Schlüssel, um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet und die 5630 Verbreitung von Informationen ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen.

Zugang zum Internet ist ein BürgerInnenrecht

5635 Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein BürgerInnenrecht und muss somit künftig Teil der staatlichen Daseinsvorsorge sein. Auch die Bereitstellung öffentlicher WLAN-Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen zählt hierzu. Die BayernSPD setzt sich gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte Störerhaftung ein und ermöglicht damit innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung. Mehr hierzu haben wir im 5640 Kapitel „Infrastruktur“ dargelegt.

Als BayernSPD unterstützen wir die Bemühungen der BundesSPD, eine flächendeckende und technologieneutrale Versorgung als Universaldienst zu einem bezahlbaren Preis gesetzlich zu verankern.

5645

Infrastruktur: Bayerns „Digital Divide“

Ein großer Faktor zur Bewältigung der digitalen Kluft ist die Infrastruktur. Sie entscheidet, wer mit welcher Geschwindigkeit die Neuen Medien nutzen kann – oder auch nicht. Hier 5650 ist insbesondere im Flächenland Bayern viel zu tun, das nach wie vor bundesweit Schlusslicht ist. Wir wollen die Ziele der Digitalen Agenda der Europäischen Union erfüllen. Für die BayernSPD ist der Festnetzausbau mit Glasfaserkabeln nach wie vor die erste Priorität, wir vergessen aber auch nicht die Alternativen wie mobiles Internet über Handynet und den Mobilfunkstandard LTE. Die Versorgung über LTE kann eine gute 5655 Zwischenlösung für die bislang über Festnetz noch nicht erschlossenen Gebiete sein, sie ist jedoch nicht endlos ausbaubar. Und auch in der Mobilfunkabdeckung hat Bayern noch weiße Flecken. Die BayernSPD setzt sich daher für eine Versorgungsstudie ein, so dass eine störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz in ganz Bayern ermöglicht werden kann.

5660

Open Government: Mehr als e-government

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Die BayernSPD wird den digitalen Wandel auch in die Verwaltung und die Regierung
5665 bringen. Transparenz der Kommunal- und Staatsverwaltung und freier Zugang zu
Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung
der Bürgerinnen und Bürger und die Partizipation in einer modernen und lebendigen
Demokratie. Wir treten deshalb weiter dafür ein, dass in den bayerischen Kommunen
unter Beachtung datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften
5670 Informationsfreiheitsatzungen beschlossen werden. Auf Landesebene werden wir
endlich ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschieden.

Es gibt bereits ausführliche Konzepte, wie Behördenvorgänge elektronisch abgebildet und
unterstützt werden können. Die BayernSPD erkennt die Herausforderungen an, die
5675 digitale Verwaltungsprozesse darstellen und wird in Zusammenarbeit mit den
Kommunen die Richtlinien für Open-Government weiterentwickeln. München ist hier
einige große Schritte voran gegangen. Beispielsweise werden wir diskutieren, wie mehr
Open Source-Software in den öffentlichen Verwaltung – wie etwa in München mit
„LiMux“ – eingesetzt werden kann und ob es möglich ist, die Verwendung von „Creative
5680 Commons“-Lizenzen, bei öffentlichen Vergaben zu bevorzugen.

Medienkompetenz ausbauen

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt Medienkompetenz voraus. Sie muss in allen
5685 Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker und gezielt vermittelt werden, um allen
Generationen eine kompetente, aktive und kritische Nutzung zu ermöglichen. Ein Mehr
an Medienkompetenz sowie gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforderlich,
um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen. Dies gilt für alle
Altersgruppen.

5690

Um dies zu verwirklichen, werden wir Lehrkräfte in den Neuen Medien weiterbilden und
in allen Schulformen der Medienerziehung mehr Raum geben. Wir werden die
Kommunen bei der Ausstattung mit digitalen Medien unterstützen.

5695 Auch nach der Schul- und Ausbildungszeit werden wir im Rahmen eines Bildungsurlaubs
den Aufbau der Medienkompetenz lebenslang fördern. Zusätzlich werden wir die
Einrichtung eines Rundes Tisches zur Medienkompetenzförderung anstreben, um ein
„Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle zu entwickeln, um die Situation in Bayern
endlich zu verbessern. Die Ergebnisse der bereits an vielen Stellen erfolgreich
5700 durchgeführten medienpädagogischen Projekte müssen hier einfließen. Ziel ist, nicht
weiter unübersichtliche Einzelprojekte zu fördern, sondern eine Institutionalisierung
erfolgreicher Ansätze, beispielsweise durch feste Stellen.

Digitale Bildungspolitik, digitale Lernmittelfreiheit

5705

Neben der Förderung der Medienkompetenz gibt es in der Bildungspolitik zahlreiche
weitere Ansatzpunkte digitaler Gesellschaftspolitik. Die BayernSPD will hier weiter
denken. Gerade die Bildungseinrichtungen sind bereits sehr stark in der digitalen Welt
angekommen.

5710

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird eine Machbarkeitsstudie für digitale Lernmittelfreiheit (Open Educational Resources) in Auftrag geben. Schulbücher werden aktuell staatlich finanziert und in absehbarer Zeit digitalisiert auch den Schulen zur
5715 Verfügung gestellt. Die BayernSPD lehnt einen „Schultrojaner“ oder ähnlichen Modellen entschieden ab, sondern wird Schulbuchinhalte für alle digital verfügbar machen.

In Schulen prallen unterschiedlich medienaffine Generationen aufeinander. Hier müssen gezielt demokratische Diskussion zum digitalen Wandel angestoßen werden, zum
5720 Beispiel zum Handyverbot.

Wissenschaft in der digitalen Welt

Die Wissenschaft ist ein Motor des digitalen Wandels. Wir schaffen daher ein
5725 Zweitverwertungsrecht für wissenschaftliche Autoren, die ihre Beiträge neben der Verlagspublikation zum Beispiel auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen wollen. OpenAccess, also der freie Zugang zu wissenschaftlichen Texten im Netz, wird systematisch gefördert. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein. Insbesondere die Intranet-Nutzung in Schulen und
5730 Hochschulen werden wir dauerhaft auf eine rechtssichere Grundlage stellen und die Schrankenbestimmung für die öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung entfristen.

Freiheit versus Sicherheit

5735 Die BayernSPD sieht eine digitale Innenpolitik im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Uns ist klar: Wir wollen strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Allerdings kann man vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine restriktive Strategie begegnen. Wir stehen für starke BürgerInnenrechte
5740 in der digitalen Welt. Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht ausgehebelt werden. In diesem Sinne stehen wir z. B. zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ und lehnen Netzsperrungen ab. Ebenso halten wir die von der EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige verdachtslose Vorratsspeicherung aller
5745 Verbindungsdaten für unverhältnismäßig und lehnen diese ab. Gleichzeitig wenden wir uns gegen Online-Durchsuchungen im Freistaat und gegen den vom LKA verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“.

Urheberrecht und Creative Commons

5750 Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Nutzerinnen und Nutzer sind heute Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumentinnen und Konsumenten zugleich. Die BayernSPD wird die Debatte um ein modernes Urheberrecht
5755 fördern, indem sie einen fairen Ausgleich zwischen Beteiligten vorantreibt.

Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden. Dafür müssen auch neue Konzepte für

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Vergütungsmodelle noch genauer geprüft werden. Wir bekennen uns aber ausdrücklich zur Idee von Creative Commons, das sind offene Lizenzen, die die Nutzung der Inhalte explizit und unter bestimmten Bedingungen erlauben.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte bedenkliche Auswirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl und wird daher von der BayernSPD abgelehnt.

Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen als Strafe, zum Beispiel für Urheberrechtsverletzungen („Three Strikes“), lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die Kommunikations- und die Informationsfreiheit massiv und unverhältnismäßig ein.

5770 Arbeiten 2.0

Die in der Informationstechnologie und in den Neuen Medien geschaffenen Arbeitsplätze sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch in Bayern gibt es viele Web-Start-Ups. Die BayernSPD unterstützt dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen. Wir werden daher unterstützende Strukturen, beispielsweise einen einheitlichen Ansprechpartner für Medien und Kreativwirtschaft, schaffen.

Die BayernSPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem werden wir die soziale Sicherheit für Kreative und Künstlerinnen und Künstler ausweiten. Die BayernSPD steht zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In den kommenden Jahren werden wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

5785 Kreativwirtschaft fördern

Die SPD wird die Kreativwirtschaft intensiver in die Förderprogramme einbeziehen und die existierenden Förderbedingungen verbessern. Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft besteht oft kurzfristiger Finanzierungsbedarf, der von den Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen oft nicht abgedeckt werden kann. Hier werden wir helfen.

5795 Gute Arbeit auch im digitalen Zeitalter

In fast allen Bereichen der Arbeitswelt fand und findet durch die Nutzung von Computern und Internet ein massiver Wandel des Arbeitsalltags statt. Insbesondere das Verhältnis zur (Arbeits)Zeit hat sich massiv verändert. Gleichzeitig findet eine Abkehr von traditionellen Beschäftigungsverhältnissen statt. Diese Veränderungen sind nicht nur negativ zu bewerten, bergen aber auch Risiken, wie die Zunahme von Burn-Out-Erkrankungen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zeigen.

Wir nehmen auch im digitalen Zeitalter die Verantwortung für den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ernst und werden Modelle für die bayerische Verwaltung und staatseigene Betriebe entwickeln und die bayerische Wirtschaft in diese Entwicklungsprozesse aktiv einbeziehen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Datenschutz auf allen Ebenen garantieren

Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten gewinnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebensbereiche zunehmend an Bedeutung. Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr gerecht. Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke verwendet werden dürfen, wenn die Nutzerinnen und Nutzer bewusst und ausdrücklich zugestimmt haben. Wir werden zudem das Modell eines „Datenbriefs“ prüfen.

Wir setzen uns für ein konsequentes „opt-in“ für die Nutzung privater Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für das Melderecht und Daten in öffentlicher Hand. Die BayernSPD wird daher ein Datenschutzgesetz auf den Weg bringen, das insbesondere sogenannte „Whistleblowern“, also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf Missstände an ihrem Arbeitsplatz hinweisen, schützen soll. Gerade gewerkschaftliche Vertrauensleute und Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

5825

5830

5835

5840

5845

5850

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

5855

Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand

Kultur ist prägend für den Freistaat Bayern, prägend für unsere Bildungschancen und für die gesellschaftlichen Diskurse. Kulturförderung ist für uns eine Investition in die Zukunft.

5860

Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Der Freistaat Bayern geht mit der Kulturpolitik über die Traditionspflege hinaus. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis zwischen Bewährten und Neuem.

5865

Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Kultur für alle Menschen zu öffnen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

5870

... dafür Sorge tragen, dass – anders als bisher – kulturelle Bildung nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig ist.

... über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule die kulturelle

5875 Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen.

... Künstlerinnen und Künstlern Räume für künstlerische Produktionen zur Verfügung stellen und starke Netzwerke schaffen, damit diese ihre finanzielle Situation aus eigener Schaffenskraft stabilisieren können.

5880

... für ein modernes Urheberrecht sorgen, um Kreative und Urheber zu stärken und ihnen faire Einkommen zu ermöglichen. Auch werden wir das Recht endlich mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringen.

5885 ... Medienpädagogik und Medienerziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

... die Kreativwirtschaft als eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche so fördern wie die klassischen Industrien.

5890

5895 „Kultur für Alle“ neu auflegen

Das von sozialdemokratischer Kulturpolitik in den 70er Jahren initiierte Programm „Kultur für Alle“ war ein großer Erfolg. Wir werden es unter den heute veränderten Bedingungen neu auflegen. Die Kulturförderung insgesamt soll einer inklusiven, humanen und gerechten Gesellschaft dienen, wobei der Eigenwert von Kunst und kreativer Praxis zu beachten ist.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Kommunen bei der Kulturförderung unterstützen

5905

Die Kommunen tragen einen Großteil der Kulturförderung als freiwillige Aufgabe. Daher gefährden angespannte Kommunalfinanzen die kulturelle Entwicklung des Landes. Wir sind der Meinung, dass der Freistaat in der Pflicht steht, die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen und seine eigenen Förderangebote in Kooperation mit den Kommunen dezentral auszurichten und auszubauen.

Tradition und Innovation fördern

Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Kulturdenkmäler sind von großer Bedeutung für die Attraktivität Bayerns als Kultur-, Tourismus-, und Wirtschaftsstandort.

Der Freistaat Bayern darf mit der Kulturpolitik jedoch nicht bei der Traditionspflege stehen bleiben. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis zwischen dem Bewährten und Neuen. Genau das werden wir finanziell und strukturell gezielt fördern.

Regionale Traditionen stärken und weiterentwickeln

5925

Die vielfältigen regionalen Traditionen gestalten unsere reiche Kulturlandschaft. Breitenkultur und Volkskultur sind in Bayern seit jeher eine wichtige Ausdrucksform von Heimat. Sie waren aber auch zu allen Zeiten widerborstig und unbequem. Heute gibt es wieder sehr vielfältige neue Ausdrucksformen, die Tradition und Innovation kombinieren. Der Freistaat Bayern ist dort gefordert, wo erhalten und weiterentwickelt wird, wo auch Denkmäler neues Denken erlauben.

Sanierungsstau abbauen, neues Publikum anlocken

Auch die staatlich finanzierten großen Institutionen werden wir für neue Formen und neues Publikum öffnen. Wir werden den Sanierungsstau bei Theatern, Museen und vielen Kulturdenkmälern abbauen und die Einrichtungen fit für die Zukunft machen: effizient im Betrieb, offen für neue Themen und Präsentationen, attraktiv für neue Zielgruppen.

5940 Vielfalt der Gesellschaft als kulturelle Chance

Die europäische Einigung, Mobilität und Zuwanderung haben uns kulturelle Impulse aus aller Welt gegeben. Immer mehr Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund. Bayern lebt auch von der Internationalität. Deshalb ist gerade im kulturpolitischen Raum die Vielfalt der Gesellschaft eine große Chance und wichtige Ressource. Die Förderung von „Diversity“, also sozialer Vielfalt, die wir konstruktiv nutzen, wird Bayern gut tun.

5950

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Kultur in der Fläche fördern

Es klingt banal, ist aber längst nicht umgesetzt: Alle Landesteile – auch und gerade der
5955 sogenannte ländliche Raum – müssen vom kulturpolitischen Engagement des Freistaats
gleichermaßen profitieren. So müssen etwa Musikschulen in der Fläche gefördert werden,
um auch dort ein musikalisches Angebot zu erhalten.

Eigenwert der Kultur anerkennen, Förderstruktur modernisieren

5960

Die Freiheit der Kunst (Artikel 5 des Grundgesetzes) ist für uns ein hohes Gut. Der Staat
hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für diese Freiheit zu schaffen und Freiräume
für die Entwicklung der Künste und der Kultur jenseits des Marktes und der Verwertung
zu schaffen.

5965

Wir werden durch eine Landeskulturpolitik der Offenheit, Transparenz und Beteiligung
die Freiheit der Kunst angemessen würdigen. Dafür werden wir die verkrustete
Landesbürokratie und die althergebrachte Förderstruktur durchforsten und
modernisieren – im Dialog mit den Akteuren aus dem Kulturbereich.

5970

Wir werden durch die Unterstützung der Selbstorganisation der Künstler, durch die
Förderung von Netzwerken und Fortbildungseinrichtungen, durch Wettbewerbe und
offene Ausschreibungen die bayerische Kulturpolitik öffnen.

5975 Arbeitswelt und Kultur zusammenbringen

Wir werden die Beratung und Unterstützung von kulturwissenschaftlichen
Unternehmensgründungen ausbauen, Kreativstandorte in ganz Bayern entwickeln und
die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern verbessern.

5980

Wir wissen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat ein großes Wachstums- und
Beschäftigungspotenzial. Sie ist zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung
geworden. Kreative und künstlerische Arbeit bildet die Grundlage für ökonomischen
Fortschritt und jede gesellschaftliche Innovation. Die Kreativwirtschaft ist eine eigene
5985 Wirtschaftsform und Zukunftsbranche. Sie muss künftig mit ihrem hohen
wirtschaftlichen Potenzial mindestens so gefördert werden wie die klassischen
Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung werden wir auch auf die
Bedürfnisse von Kreativen zuschneiden.

5990 Filmstandort Bayern stärken

Wir werden den Filmstandort Bayern mit seinen Produktionsstätten und seinen Kinos
auch in der Fläche und insbesondere in der Ausbildung stärken. Die kulturelle
Filmförderung wird unter einer SPD-geführten Staatsregierung einen höheren
5995 Stellenwert erhalten.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6000 Bildung – Schlüssel für die Kultur

Kulturelle Bildung ist für uns der Schlüssel für die Kultur der Zukunft. Kulturelle Bildung ist Voraussetzung und Bedingung einer freien und gerechten Gesellschaft. Kulturelle Bildung darf deshalb nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig sein. Über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule – nicht nur, aber besonders auch in der Ganztagschule – wollen wir die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen.

In der Kooperation mit Künstlern und Kulturpädagogen können Kindern neue Zugänge zum kulturellen Leben eröffnet und gleichzeitig soziale Kompetenzen gefördert werden. Und nicht nur die Schülerinnen und Schülern profitieren von diesen Kontakten: Auch für die Einrichtung Schule ergeben sich neue Perspektiven.

Kulturelle Bildung ist aber auch ganzheitlich und lebensbegleitend. Wir werden daher – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – darauf achten, dass für ältere Bürgerinnen und Bürger Kultur und Möglichkeiten zur Selbsttätigkeit zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist uns der Zugang zu Kultur in ganz Bayern ein Anliegen: Wir wissen um den besonderen Bedarf von Kulturförderung im ländlichen Raum und wir werden hier Impulse setzen.

Potenziale der Digitalisierung nutzen (vgl. auch Programmteil Digitale Gesellschaft)

Die Digitalisierung der Welt verändert uns alle. Sie birgt einerseits Risiken, sie hat andererseits vor allem auch enorme Potenziale für Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Wir brauchen insbesondere ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt, ihnen faire Einkommen ermöglicht und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die damit verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch für die Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote werden wir fördern.

Öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag auch im Internet

Das Löschen öffentlich-rechtlich erstellter Inhalte im Internet nach einer gewissen Frist (Depublizieren) muss beendet werden. Hierzu setzt sich die BayernSPD für eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags ein. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihrem Bildungsauftrag künftig auch im Internet gerecht werden können. Hierzu müssen die Anstalten auch explizit multimedial verwendbare Inhalte erstellen dürfen, was ihnen bisher verwehrt wird. Wir sehen die öffentlich-rechtlichen Anstalten als fähig und in der Pflicht, innovative Medienarbeit im Sinne einer emanzipierenden Bevölkerung zu leisten, um einer qualitativ hochwertigen, partizipativ befähigenden und konvergenten Medienpolitik gerecht zu werden.

6045

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Öffentlich-rechtliche Vorbildfunktion

6050 Neben der notwendigen Neuformulierung in kommenden Rundfunkänderungsstaatsverträgen ist hier auch ein neuer konstruktiver Dialog mit den Partnern in Produktion und Distribution öffentlich-rechtlicher Inhalte in und um die Rundfunkanstalten nötig. Eine Stärkung der Urheber beginnt, indem der öffentlich-rechtliche Rundfunk Hand in Hand mit allen beteiligten Gruppierungen sichere Grundlagen des Handelns im digitalen Medienraum erarbeitet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat hier eine gesellschaftliche Vorbildfunktion.

Breitbandversorgung = Informationsversorgung

6060 Der schnelle Zugang zum Internet muss für alle und überall möglich sein. Nur so können wir gewährleisten, dass Informationen auch tatsächlich für alle zugänglich sind. Wie wir uns den Ausbau der Breitbandversorgung vorstellen, das steht in den Kapiteln „Infrastruktur“ und „Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern“.

6065 Medienerziehung kennt kein Alter

Wir werden Medienpädagogik und Medienerziehung in Schulen und in der Erwachsenenbildung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

6070

Eine neue Medienpolitik

Wir werden die Medienpolitik im Freistaat wiederbeleben und insbesondere die Förderung nicht-kommerzieller, gemeinnütziger Journalismusprojekte verstärken.

6075 Mehrere Kompetenzträger haben zur Förderung von Vielfalt und Innovation die Gründung einer „Stiftung Journalismus“ angeregt, die – nach dem bewährten Modell der Filmförderung operierend – unterfinanzierte Bereiche wie den Recherchejournalismus, aber auch medienkritische Initiativen und Blogs fördern könnte. Indem sie Bürgerinnen und Bürger in die journalistische Produktion einbinden, bilden sie zudem eine Art Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und professionellem Journalismus und fördern so „angewandte Medienkompetenz“ und damit die Voraussetzungen für politisch-gesellschaftliche Teilhabe. Diese Stiftung kann durch Mittel aus dem öffentlich-rechtlichen Gebührenaufkommen finanziert werden.

6085 Vielfalt und Werte in den Medien

Ob jung, ob alt, ob reich oder arm – wer in unserer Mediengesellschaft lebt, hat ein Anrecht auf aktive Teilnahme an neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Chancengleichheit und die Garantie von Meinungsfreiheit, Informationsvielfalt und Selbstbestimmung sind die Grundwerte der sozialdemokratischen Medienpolitik in Bayern. Zentrale Herausforderung der Medienpolitik ist nicht nur die Förderung inhaltlicher Vielfalt in den digitalen Medienwelten, sondern immer mehr auch die Garantie des freien, nicht durch kommerzielle Interessen gefilterten Zugangs zur Informationsvielfalt.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6095

Pluralität, Transparenz und Kontrolle im Rundfunk

Medienpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu sichern, die es den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und TV-Sendern gleichermaßen ermöglichen, sich zu 6100 entfalten. Unser Ziel ist es, im Sinne der publizistischen Vielfalt ein konstruktives Nebeneinander von unabhängigen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern zu erhalten. Dazu gehört ein angemessener Internetauftritt auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

6105 Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern eine besondere Aufgabe zu, die privaten Unternehmen aufgrund ihrer Gewinnorientierung schwerer fällt: Das Angebot von Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Wir stehen für die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der seinem Grundversorgungsauftrag auf allen 6110 Verbreitungswegen nachkommen und dem wachsenden Angebotsdruck globaler Medienkonzerne standhalten können muss. Langfristig werden wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unabhängig von Werbeeinnahmen machen.

Rundfunkgebührendahlende einbinden

6115

Das Internet verändert auch die Partizipationsansprüche der Mediennutzerinnen und -nutzer. Dieser Entwicklung muss die moderne Medienpolitik Rechnung tragen, insbesondere bei der Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Grundvoraussetzung dafür wiederum ist mehr Transparenz. In Großbritannien und den 6120 USA tagen beispielsweise Ofcom bzw. FCC öffentlich und übertragen ihre Sitzungen im Netz. Hierzulande sind wir davon noch weit entfernt. Es besteht allerdings eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Rundfunkgebühren zahlenden Öffentlichkeit und diese muss künftig vom Gesetzgeber den technologischen und partizipativen Erfordernissen angepasst werden.

6125

6130

6135

6140

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen

6145

Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg für Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zur neuen Heimat geworden. Schätzungen besagen, dass ein Viertel aller Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Heimatvertriebene und deren Nachkommen sind. Heute gehören Sudetendeutsche, Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Banater und Siebenbürger wie selbstverständlich zu uns. Das Wort des Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) von den Sudetendeutschen als „Vierten Stamm“ neben Altbayern, Franken und Schwaben gilt längst für alle Heimatvertriebenen, gleich welcher landsmannschaftlich-geographischen Herkunft.

6155 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... dieses Erbe bewahren und Brücken bauen für eine gute Zukunft.

... die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit weiterhin staatlich fördern.

6160

Die gesellschaftliche Eingliederung dieser neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger war eine große Herausforderung, aber das „Wunder der Integration“ ist gelungen. Die Leistung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für den Wiederaufbau und die heutige Spitzenposition Bayerns ist von unschätzbarem Wert.

Die BayernSPD sieht es als wichtige Aufgabe an, zum einen, die geschichtliche Erinnerung und das reiche kulturelle Erbe der unterschiedlichen Vertriebenengruppen zu wahren. Dazu bedarf es weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Zu letzterem zählen u. a. ein Sudetendeutsches Museum in München, ein Schinesisches Haus sowie die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin.

6175 Ziel muss aber auch sein, die neuen Möglichkeiten nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union zu nutzen und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung und Verständigung in die Herkunftsländer der Vertriebenen zu bauen.

6180

6185

6190

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern

Der Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern. Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung. Wir wissen: Sport ist eine wichtige Möglichkeit der Begegnung, ist Mittel zur Verständigung und Chance für gemeinsame Erlebnisse. Im Sport begegnen sich täglich Menschen unterschiedlichen Geschlechts, ethnischer Herkunft, kultureller oder religiöser Identität, sowie Menschen mit und ohne Behinderung. Die BayernSPD sieht den Sport als wichtiges Bildungselement, als Möglichkeit zur Vermittlung gesellschaftlich relevanter Werte und als Gesundheitsprävention.

In Bayern engagieren sich unzählige Bürgerinnen und Bürger aktiv im und für den Sport und leisten dort wichtige Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Diese Menschen werden wir stärker als bisher unterstützen.

Sport und Sportvereine sind bedeutende Lernorte für Kinder und Jugendliche. Sie vermitteln gesamtgesellschaftlich gültige Werte und eröffnen die Möglichkeit, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken. Da Sportvereine von der aktiven Beteiligung ihrer Mitglieder leben, sind sie als Schulen der Demokratie zu sehen. Niemand darf in Bayern von Sportangeboten ausgeschlossen werden.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die Vereine unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder und in die Ausbildung der ÜbungsleiterInnen investieren. Dazu braucht es eine Vereinspauschale von 30 Cent pro Fördereinheit.

... im Bereich der Gesundheitsprävention die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen, Firmen und mit Einrichtungen für ältere Menschen fördern.

... für alle Schulformen mindestens drei Sportstunden pro Woche einführen.

... Schulschwimmen für jede Schule durch die Investition in Schwimmbäder ermöglichen.

... die Wartezeit und Zwischenfinanzierung für Vereine beim vereinseigenen Sportstättenbau verlässlich auf längstens drei Jahre verkürzen.

... sich als Partner der Kommunen für die flächendeckende Realisierung von Sportstätten einsetzen, um auch Sport außerhalb des Vereins zu fördern.

... das ehrenamtliche Engagement endlich angemessen fördern.

6235

Vereine unterstützen

Wir sehen den Breitensport in Bayern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Rehabilitationssport, Schul- und Betriebssport, Vereinssport und die kommunalen Sportstätten müssen entsprechend gefördert werden. Wir werden daher Vereine besonders unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder sowie in die Ausbildung ihrer ÜbungsleiterInnen investieren. Außerdem werden wir Vereine fördern, die junge Talente sichten und trainieren, die dann in den Leistungssport wechseln. Im Sportverein wird ehrenamtliches Engagement gefördert, Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft werden gerade jungen Mitgliedern vermittelt. Diese Fähigkeiten sehen wir als wichtigen Bestandteil der Bildungsarbeit an, die auch angemessen honoriert werden muss.

Sport und Integration

6250

Sport hat außerdem eine hohe Bedeutung für die Integration. Seit dem Jahr 1989 führt der deutsche Sport das Programm „Integration durch Sport“ durch und leistet damit einen wesentlichen Beitrag auch zur Einbindung von Migrantinnen und Migranten.

6255 Sport fördert die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Gemeinsames Training baut Barrieren ab und schafft Erfolgserlebnisse. Im Sport erfahren Menschen jeglichen Alters, dass sie sich gegenseitig unterstützen können und dass sie durch kontinuierliches Training selbstständiger und selbstbewusster werden. Wichtig dabei ist, dass Sportstätten, Vereinsangebote und Weiterbildungsmaßnahmen für ÜbungsleiterInnen und TrainerInnen barrierefrei werden. Zudem müssen nicht nur die Sportstätte, sondern auch die sanitären Einrichtungen für alle Sportler benutzbar sein. Kein Mensch darf aufgrund seiner besonderen Bedürfnisse von Bewegungsangeboten ausgeschlossen werden. Die hierfür erforderlichen Umbaumaßnahmen werden wir fördern.

6265

Gesundheitsvorsorge stärken

Sport hat eine wichtige Bedeutung für den Bereich der Gesundheitsvorsorge. In Deutschland haben immer mehr Kinder und Erwachsene Probleme mit Übergewicht, mit Rückenbeschwerden oder mit chronischen Schmerzen. Die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Firmen, Schulen und mit Einrichtungen für ältere Menschen ist für die Prävention ein hilfreiches Element. Daher werden wir diese Zusammenarbeit fördern und mit wissenschaftlicher Begleitung unterstützen. Außerdem kommt dem Sport eine erhebliche Bedeutung in der Gewalt- Alkohol- und Drogenprävention zu.

6275

Die Bedeutung des Schulsports

Ein wichtiger Baustein in der Bildungsarbeit ist außerdem der Schulsport. Sport fällt in der Schule immer noch viel zu oft aus. Die tatsächlich erteilten Sportstunden liegen in Gymnasien und Realschulen mit insgesamt 600.000 Schülerinnen und Schülern durchschnittlich bei 2,6 und 2,2 Schulstunden und nicht bei den von allen Fachleuten empfohlenen drei bis vier Stunden. Unser Ziel ist es, dass allen Schülerinnen und Schülern mindestens drei Schulstunden qualifizierter Sportunterricht in der Woche erteilt wird. Wir werden dem Unterrichtsausfall im Fach Sport genauso ernsthaft entgegenwirken wie in allen anderen Fächern.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Fundierte Ausbildung für Lehrkräfte

6290 Außerdem sind wir überzeugt davon, dass jede Lehrkraft, die Sport unterrichtet, auch eine fundierte Ausbildung, bzw. eine Nachqualifikation haben muss. Den Sport sehen wir als wichtiges Element einer ganzheitlichen Bildung an. Bewegung fördert die Aufnahmefähigkeit von Lerninhalten. Außerdem werden Fairness, Teamgeist und Durchsetzungsfähigkeit als wichtige Kompetenzen trainiert.

6295

Sport und Ganztagschule passen zusammen

In Bayern gibt es immer mehr Ganztagschulen. Gerade für diese Schulen ist das Kooperationsmodell „Sport nach 1 in Schule und Verein“ mit über 3.700 Kooperationen
6300 zwischen Schulen und Sportvereinen im laufenden Schuljahr ein wichtiges Bildungselement. Der Ausbau dieses Sport- und Bewegungsangebots durch Vereine kann jedoch aufgrund fehlender Übungsleiterinnen und Übungsleiter kaum noch ehrenamtlich gewährleistet werden. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Politik, gemeinsam mit den Vereinen Lösungen zu erarbeiten. Wir werden aber auch die Vereine, die in Schulen
6305 Sportangebote zur Verfügung stellen, finanziell besser unterstützen.

Weiterhin werden wir das Zusammenspiel von Schule und Verein dadurch verbessern, indem wir es Jugendlichen ermöglichen, sich in den Schulen als ÜbungsleiterInnen ausbilden lassen zu können.

6310

Sport und Inklusion

Da die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung eine hohe Bedeutung in der Bildungspolitik hat, werden wir die Aus- und Weiterbildung der
6315 Sportlehrerinnen und Sportlehrer um förderpädagogische Elemente ergänzen.

Jedes Kind soll Schwimmen lernen

Laut einer Studie der DLRG ist jeder dritte Schulabgänger „nicht schwimmfähig“.
6320 Problematisch ist, dass den Schulen nicht genügend Schwimmbäder zur Verfügung stehen. Wir werden daher dafür sorgen, dass jedes Kind mit Verlassen der Grundschule schwimmen kann und werden das Schulschwimmen in Kooperation mit Kommunen und Vereinen fördern.

6325 Seit 1995 wurden in Bayern 142 kommunale Bäder geschlossen, darunter 69 Hallenbäder, 45 Schulschwimmbäder und 28 Freibäder. Weitere 34 Bäder wurden in sogenannte Spaßbäder umgewandelt. Das darf nicht so weiter gehen. Wir unterstützen daher den Beschluss des Finanzausschusses des Bayerischen Städtetages, wonach die Möglichkeiten der Förderung nach Artikel 10 FAG (Schulschwimmen) verbessert werden müssen. Ein
6330 Sonderförderprogramm nur für Investitions- und Sanierungsmaßnahmen greift zu kurz.

Vereinssport

12.100 Vereine mit fast 4,4 Millionen Mitgliedern sind im Bayerischen Landes-

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6335 Sportverband organisiert, außerdem sind 500.000 Schützen Mitglied des Bayerischen Sportschützenbund e.V. Der Freistaat Bayern gab im Jahr 2001 noch 52 Millionen Euro für außerschulischen Sport aus, im Jahr 2010 waren es nur noch 42 Millionen und im Doppelhaushalt 2013/2014 sind es jetzt nur jeweils ca. 45 Millionen. Wir werden die Vereine beim Ausbau von Sportstätten stärker durch den Freistaat unterstützen.

6340

Fördergelder erhöhen und zeitnah auszahlen

Bei den Investitionen in den vereinseigenen Sportstättenbau sind die Mittel stetig abgesenkt worden: 2001 20 Millionen, 2010 9,5 Millionen. Das hat unter anderem dazu
6345 geführt, dass die Wartezeiten auf die Fördergelder im Jahr 2010 zwischen dreieinhalb und acht Jahren lagen, die die Vereine zwischenfinanzieren mussten. Wir haben daher bereits 2012 ein weiteres Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro beantragt, was damals im Landtag abgelehnt wurde. Jetzt kurz vor der Wahl wurde unsere Forderung endlich aufgegriffen. Um das Problem der Wartezeiten und
6350 Zwischenfinanzierung nachhaltig zu lösen muss ab dem Jahr 2014 eine jährliche Summe von 12 Millionen Euro dauerhaft gewährleisten, dass die Anträge der Vereine zeitnah, mit einer Wartezeit von maximal drei Jahren, zu finanzieren sind. Dies entspräche dann auch der einstimmigen Beschlusslage des Landessportbeirates.

6355 Vereinspauschale erhöhen

Bei der Vereinspauschale treten wir dafür ein, dass die Mittel so erhöht werden, dass der Wert der Fördereinheit 30 Cent beträgt.

6360 Förderung kommunaler Sportstätten

Kommunale Sportstätten ermöglichen sportliche Betätigung außerhalb von Verein und Schule. Die Streichung der Förderung kommunaler Sportstätten gem. Artikel 10 FAG hat zum einen den Druck auf die Vereine erhöht, selbst Sportstätten zu errichten, zum
6365 anderen hat es bei den Kommunen finanzielle Probleme bei der Sanierung und Errichtung ihrer eigenen Sportstätten erzeugt. Daher wird die BayernSPD hier gegensteuern und gezielt als Partner der Kommunen dafür sorgen, dass die notwendigen kommunalen Sportstätten in den nächsten Jahren flächendeckend realisiert werden.

6370 Bedeutung des Leistungssports

Eine wichtige Bedeutung hat in Bayern außerdem der Leistungssport. Fairer Sport hat eine Vorbildfunktion in der Gesellschaft. Die Sportlerinnen und Sportler stehen mit ihren Leistungen auf nationaler und internationaler Ebene für gesellschaftliche Werte. Eine
6375 flächendeckende Talentförderung ist eine zentrale Forderung der BayernSPD. Nur mit der Investition in den Nachwuchs können Medaillen gewonnen werden. Das Training der Athletinnen und Athleten kann in zentralen Leistungszentren optimal begleitet werden. Daher werden wir die Investition in Leistungszentren und die Ausbildung qualifizierter Trainerinnen und Trainer verstärken. Ein wichtiger Teil dieser Förderung ist vor allem die
6380 Investition in die duale Karriere von Athletinnen und Athleten, das heißt der Ausbau von Aus- und Weiterbildungsangeboten während oder nach der Sportkarriere.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

6385

Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft: Ökologisch und wirtschaftlich

Auf Initiative der BayernSPD wurde im Jahre 1984 der Umwelt- und Naturschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Diesem Verfassungsartikel und dem Auftrag der bayerischen Bevölkerung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen, ist die BayernSPD auch in Zukunft verpflichtet.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6395 ... dafür sorgen, dass Bayern zur gentechnikfreien Zone wird.

... Bayerns Trinkwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren schützen.

... die Feinstaubbelastung in den Städten reduzieren.

6400

... dafür sorgen, dass in Bayern die viel zu geringen Klimaschutzziele erhöht werden.

... Bahn und ÖPNV dabei unterstützen, ihre Flotten auf umweltschonende Antriebe umzustellen.

6405

... bis 2050 die Stromproduktion zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien bestreiten.

...die umfassende Energiewende und einen schnellstmöglichen Atomausstieg umsetzen

6410 ... die dezentrale Energieversorgung vorantreiben und die Macht der großen Stromkonzerne brechen, unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir daher ab.

... Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen.

6415

... die Menschen in die Planungen neuer Projekte besser als bisher mit einbeziehen.

... dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften wirtschaftlich an der neuen Energiepolitik beteiligen können.

6420

... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie einzusparen.

6425 ... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie die Forschung hierzu, um die Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu nutzen.

... dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt. Dafür brauchen wir insbesondere ausreichende Beratungsangebote für ökonomisch schwache Haushalte.

6430

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Gentechnikfreie Produkte für Bayern

Gentechnisch veränderte Organismen auf unseren Äckern und Feldern bergen
6435 unkalkulierbare Risiken für unsere Umwelt und unsere Heimat. Deshalb haben auch die
Menschen in Bayern einen Anspruch auf Gentechnikfreiheit. Wir werden aus diesem
Grund den Beitritt Bayerns zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“
unverzüglich umsetzen. In dem Netzwerk haben bisher zehn Europäische Regionen Ziele
und Aufgaben sowie das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit festgeschrieben.

6440

Gutes Trinkwasser für Bayern

Dank unserer kommunalen Daseinsvorsorge ist das bayerische Trinkwasser gut. Wir
schützen Bayerns Trink- und Abwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren.
6445 Außerdem werden wir das Mischen verschiedener Brunnen und Quellen verhindern,
wenn es der Verharmlosung von erhöhten Eintragswerten aus Mineraldünger, tierischen
Fäkalien, Pflanzenschutzmitteln, Chemikalien oder Arzneimittel dienen soll.

Saubere Luft für Bayern

6450

Durch Feinstaub entstehen Belastungen des menschlichen Immunsystems. Als BayernSPD
setzen wir auf die verstärkte Nutzung des ÖPNV zur Feinstaubminderung. Wir halten
darüber hinaus an den Maßnahmen fest, die insbesondere die größeren Städte zur
Feinstaubvermeidung eingeführt haben wie Rußpartikel-Filter für PKWs, LKW-
6455 Durchfahrtsverbote und Umweltzonen. Zusätzlich werden wir den Ausbau der
Elektromobilität vorantreiben. Die Umstellung des kleinen Lieferverkehrs auf alternative
Antriebe wie E-Mobilität bzw. Hybridantriebe wird zu erheblichen Einsparungen beim
Feinstaubausstoß führen.

6460 Klimaschutz: Bayern braucht ein Klimaschutzgesetz

Die Welt-Klimakonferenz in Doha im November 2012 hat gezeigt, dass das Ziel, die
Erderwärmung nur auf 2 Grad zu begrenzen, bei dem derzeitigen CO₂-Ausstoß nicht
erreichbar ist. Es ist allerhöchste Zeit zu handeln. Die in diesem Zusammenhang viel
6465 diskutierte Technologie des CCS/CCR ist besonders in Hinblick auf die Prüfung der
Dichtigkeit der unterirdischen CO₂-Lagestätten und mögliche Auswirkungen auf
Gewässer nicht in großen Maßstab erprobt. Für die BayernSPD kommt eine Nutzung
dieser Technologie im Freistaat daher nicht in Betracht.

6470 Wir werden die Treibhausgasemissionen senken und dafür sorgen, dass Bayern in den
kommenden Jahren nicht hinter den Klimaschutzzielen der anderen Bundesländer
zurückbleibt. Das Klimaschutzziel der Bayerischen Staatsregierung, bis 2020 die jährlichen
CO₂-Emissionen auf unter 6 Tonnen je Einwohner zu senken, ist uns zu wenig! Wir
bekennen uns zu den deutschen Klimaschutzzielen und werden diese für Bayern
6475 verschärfen und durch ein Klimaschutzgesetz absichern.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6480 Natur erhalten

Bayern ist auch über seine Grenzen hinaus für seine Schönheit bekannt. Dazu tragen seine unterschiedlichen Regionen mit bei. Es gilt, Land und Tier zu schützen. Deswegen sorgen wir dafür, den Flächenverbrauch („Flächenfraß“) zu minimieren und Bayerns Tier- und Pflanzenvielfalt zu schützen und zu erhalten. Wir wollen erreichen, das dramatische Artensterben und den dauerhaften Verlust an Biodiversität zu verringern und langfristig zu stoppen. Wir halten daran fest, dass die Ausgleichsflächenregelung zur Erreichung von Naturschutzzielein ein geeignetes und gebotenes Mittel ist. Geldzahlungen können die Versiegelung der Flächen nicht ausgleichen, hierzu bedarf es einer sinnvollen und sparsamen Ausgleichsstrategie, welche auch in die Landwirtschaft integriert werden kann. Bei den Ausgleichsflächen muss das oberste Ziel Qualität vor Quantität sein, wir werden verstärkt produktionsintegrierte Maßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen in die land- und forstwirtschaftliche Nutzung integrieren) vorantreiben.

6495 Umwelt- und Klimafreundliche Mobilität

Laut Umweltbundesamt wurden im Jahr 2010 18,7 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes durch den Straßenverkehr verursacht. Eine klimafreundliche Mobilität ist unser Ziel, um klimaschädliche Emissionen weiter zu reduzieren. Deshalb fordern wir eine attraktive Infrastruktur für den nichtmotorisierten Individualverkehr. Hierbei liegt großes Potential im Ausbau von Radwegen, Fahrradparkplätzen, Fahrradleihsystemen und dem generellen Konzept der „Stadt der kurzen Wege“. Ferner unterstützen wir die Unternehmen des ÖPNV sowie die Bahn beim Betrieb von Flotten mit umweltschonenden Antrieben und bei ihrem Angebot von sozialverträglichen Tarifen.

6505

Für den motorisierten Verkehr setzen wir auf drei Säulen: Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in neue alternative Antriebe, Optimierung der bestehenden Konzepte sowie die Integration der Verkehrsträger.

Bei neuen alternativen Antrieben wird die E-Mobilität eine bedeutende Rolle spielen. Trotzdem dürfen weitere Anstrengungen zur Optimierung bestehender Konzepte wie etwa Car-Sharing, sowie zur Verbreitung bereits entwickelter Antriebsarten wie beispielsweise Erdgas nicht unterbleiben, sondern müssen ein fester Bestandteil klimafreundlicher Mobilität sein. Biokraftstoffe der zweiten Generation können diese Strategie sinnvoll ergänzen.

Darüber hinaus werden wir die Organisation logistischer Ströme durch Güterverteilzentren auch im Interesse des Klimaschutzes verbessern.

6520 100 Prozent Öko-Strom bis 2050

Uran, Öl, Kohle und Erdgas sind fossile Ressourcen und gehen zur Neige. Knappe Güter sind teuer. Anstatt dem Wandel hinterherzulaufen, gestalten wir ihn bereits seit Jahren nachhaltig mit. Bahnbrechend für den Erfolg der erneuerbaren Energien war die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das von der rot-grünen Bundesregierung 2000 auf den Weg gebracht wurde. Heute gilt es, dieses erfolgreiche Gesetz stetig an die

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

technischen Fortschritte und den Ausbau der Erneuerbaren Energien anzupassen, bis diese eigenständig die zentrale Säule der Stromversorgung bilden. Ziel ist es, bis 2050 eine 100 prozentige Versorgung mit Erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Dieses 6530 Umdenken sorgt langfristig für eine soziale und bezahlbare Energie!

Energiepolitik als Querschnittsaufgabe

Energiepolitik berührt praktisch alle Lebensbereiche, die Struktur von Wirtschaft und 6535 Arbeit, Mobilität und Wohnen. Die BayernSPD sieht es daher als eine zentrale Aufgabe an, diese Bereiche im Rahmen der Energiewende für die Menschen sinnvoll miteinander zu verbinden. Diese integrative Energiepolitik gehört für uns zum Kernbestand der ökologischen und sozialen Erneuerung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen, dass es den Menschen trotz knapper werdenden Ressourcen gut geht. Die Energiewende schafft und 6540 sichert Ausbildung und Arbeitsplätze gerade auch in den ländlichen Regionen. Wir sorgen dafür, dass die Wertschöpfung vor Ort stattfindet.

Klares Bekenntnis zu umfassender Energiewende und zu einem schnellstmöglichen 6545 Atomausstieg

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in unserer 6550 Regierungsverantwortung den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Diese Energiewende entgegen den Interessen der Atomlobby war und ist aus ethischen Gründen ebenso richtig wie wirtschaftlich, sozial und ökologisch vernünftig. Wir standen und stehen auch in Zukunft zu unserem klaren Bekenntnis gegen Atomkraft.

Endlagersuche für Atommüll klar definieren

Bei der ungelösten Frage zur Entsorgung des Atommülls setzt sich die BayernSPD für den 6555 sofortigen Beginn eines kritischen Standortauswahlverfahrens für ein Endlager unter breiter Beteiligung von Wissenschaftlern und auch der Bevölkerung vor Ort ein. Als Vorbild könnte das Suchverfahren nach einem Endlager in der Schweiz dienen. Dort hatten die Behörden vorab klare Sicherheitskriterien definiert, die den Maßstab setzen, an dem alle infrage kommenden Standorte gemessen werden. Die Bürgerinnen und Bürger 6560 haben volle Einsicht, selbst für Betroffene aus Nachbarländern ist das Verfahren offen.

Durch ein solches Standortauswahlverfahren können am besten sowohl Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit als auch der Schutz künftiger Generationen vor den Gefahren radioaktiver Abfälle sichergestellt werden. In Gorleben hingegen wurde 6565 zuerst der Standort bestimmt und dann erst die Sicherheitsanforderungen festgelegt.

Unser Dreiklang: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

Für die BayernSPD bildet der Dreiklang der Energiewende mit Energieeinsparung, 6570 Energieeffizienz und erneuerbaren Energien die Grundlage. In Bayern ist die Energiewende auf Landesebene leider bislang nicht über die Konzeptphase hinausgekommen, weil die schwarz-gelben Regierungen in Berlin und München bei der Umsetzung der Energiewende versagt haben. Ein differenzierter Projektplan und konkrete Umsetzungsschritte fehlen. Stattdessen werden Verbraucher nicht vor der Willkür der

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6575 großen Energieversorger geschützt, die den Preis für Strom nach oben treiben, obwohl der Einkaufspreis für Strom in den vergangenen zwei Jahren um 20 Prozent gesunken ist. Ein Preisrutsch für die Energieversorger, der bei den Verbrauchern nie ankam.

Dezentrale Energieversorgung vorantreiben

6580

Mit dem Bekenntnis zu den Erneuerbaren Energien werden wir das bisherige zentralistische System der großen Stromkonzerne auf eine dezentrale Energieversorgung umstellen. Aber statt wie die schwarz-gelbe Regierung den Menschen im Freistaat eine energetische Autarkie vorzugaukeln, werden wir alles daran setzen, dass Bayern eine führende Rolle bei den Abstimmungen zwischen Bund und Ländern einnimmt, damit die Energiewende für ganz Deutschland ein Erfolg wird.

Bessere Netze für günstigeren Strom

6590 Die weitere Einsparung von Energie ist eine unverzichtbare Grundlage der Energiewende. Allerdings werden zusätzliche erfolgreiche Einsparungsanstrengungen den Ausbau der Energienetze nicht überflüssig machen. Basisenergieversorgung und Netzausbau funktionieren nur gemeinschaftlich. Strom aus erneuerbaren Energien soll so effizient wie möglich in einem nationalen Netzverbund produziert und verteilt werden. Zusätzlich werden wir grenzüberschreitende Netze für die Zusammenarbeit mit benachbarten Alpenländern vorantreiben, um Effizienzvorteile für die Produktion und Verteilung erneuerbarer Energien zu nutzen. Netze werden ausgebaut, um in wirtschaftlich sinnvoller Weise Kapazitätsrestriktionen bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien zu reduzieren. Unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir ab, denn sie stehen im krassen Gegensatz zur angestrebten dezentralen Energieversorgung und würden wieder ein zentralistisches Energieversorgungssystem festsetzen.

Für einen ausgeglichenen Energiemix in Bayern

6605 Erneuerbare Energien umfassen die Bereiche Wasser- und Windkraft, Biomasse / Biogas, Solarenergie und Geothermie. Historisch bedingt ist in Bayern anteilig die Wasserkraft die stärkste Erneuerbare Energie, deren Potenziale wir auch in Zukunft nutzen möchten. Dabei geht Modernisierung vor Neubau. Wir setzen auf neue effiziente Technologien, wie z.B. Schachtkraftwerke in der Wasserkraftnutzung, die den Umwelt- mit dem Stromerzeugungsgedanken verbinden.

Erneuerbare Energien regional unterscheiden

Es ist notwendig, dass die einzelnen Regionen in Bayern in die Lage versetzt werden, die Form der Erneuerbaren Energien vor Ort auszuschöpfen, die dort sinnvoll und effizient einsetzbar sind - also beispielsweise Windräder bei einem guten Windaufkommen und Biomasse bei großer Verfügbarkeit von natürlichen Rohstoffen. Voraussetzung ist aber, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien die Akzeptanz der Menschen findet. Deswegen ist es so wichtig, dass die Wertschöpfung der Investitionen in die Erneuerbaren Energien in der Region verbleibt. Die einseitige Beschränkung auf Gasgroßkraftwerke als Basis einer rein zentralistischen Versorgungsstruktur widerspricht einer dezentralen Energieversorgung.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Wir werden eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen zentralen und dezentralen 6625 Komponenten der Energieversorgung schaffen, um allen Versorgungsansprüchen von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten gerecht werden zu können. Darüber hinaus werden wir die Potenziale von grenzüberschreitenden Versorgungsverbänden beispielsweise mit Österreich nutzen.

6630 Wir lehnen Fracking ab

Wir wollen Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen. In und unter Wasserschutz-, Wassergewinnungs- oder Naturschutzgebieten lehnen wir Tiefenbohrungen ab. 6635 Unkonventionelle Bohrmethoden („Fracking“) z.B. mit Einsatz von Chemikalien oder Heißwasser zur Ausbeutung von Gasvorkommen im Schiefergestein lehnen wir ab.

BürgerInnenbeteiligung bei Energieprojekten

6640 Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben in der Praxis und vor Ort die Energiewende begonnen und bis heute den größten Beitrag geleistet. Das bedeutet für uns, dass die Bevölkerung an der Gestaltung der Energiewende beteiligt werden muss. Betroffene BürgerInnen, Verbände und Interessensvertretungen müssen frühzeitig die Möglichkeit haben, an den Planungen mitzuwirken und Verbesserungsvorschläge einzubringen – wie 6645 bei allen Infrastrukturmaßnahmen im Freistaat.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich in Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften finanziell an der neuen Energiepolitik zu beteiligen. Das begrenzt auch die preistreibende Vormachtstellung von Großkonzernen. Wir werden ein 6650 vollständiges Informationsangebot im Internet über alle Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene erstellen. Mit diesem Angebot können die eigenen Investitionen in die Energiewende kalkuliert werden.

Energiewende – mehr als eine Stromwende

6655

Die Energiewende ist für uns mehr als eine reine „Stromwende“, vielmehr muss sie alle Arten der Energie wie Wärme und Energieträger wie Treibstoff in die Planungen und Maßnahmen gleichwertig mit einbeziehen. Besonders bei der Energieeinsparung und Energieeffizienz können hier die wirklichen energetischen Potenziale gehoben werden.

6660 Dabei sind Energiewende und Klimaschutz nicht zu trennen, sondern müssen Hand in Hand angegangen werden. Wir setzen uns deshalb unter anderem ein für

... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie einzusparen.

6665

... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Bayern, um die Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu nutzen.

... die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten in der Wirtschaft und an 6670 Universitäten und Hochschulen, insbesondere in den Bereichen Speicher- und

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Netztechnologien.

... Clusterbildung (also das Abstimmen von Erzeugungen und Abnehmern bei Fernwärmeprojekten, Nutzung von industrieller Prozesswärme etc.) bei der Industrie
6675 bezogen auf Wärmenutzung.

Energie muss bezahlbar bleiben

Energie muss bezahlbar bleiben. Deshalb unterstützt die BayernSPD Projekte und
6680 Maßnahmen, die den Menschen dabei helfen, selbstständig Energie zu sparen. Wir unterstützen ausreichende Beratungsangebote für ökonomisch schwache Haushalte und Austauschprogramme energieintensiver Geräte wie in der Landeshauptstadt München. Außerdem werden wir die VerbraucherInnen so informieren, dass sie Energie sparende Elektrogeräte in den Geschäften erkennen und erwerben können. Wir unterstützen
6685 deshalb ein Top-Runner-Programm, bei dem die energieeffizientesten Geräte auf dem Markt den technischen Standard für die anderen Hersteller setzen. Außerdem werden wir eine Abwrackförderung für umweltbelastende Heiztechniken einführen, damit Hausbesitzer Öl- und Gaskessel auf moderne Heiztechniken wie beispielsweise Solarkollektoranlagen und effiziente Wärmepumpen umrüsten. Die VerbraucherInnen
6690 werden außerdem über intelligente Stromzähler in ihren Häusern und Firmen je nach Verfügbarkeit und Preis ihren Energieverbrauch eigenständig steuern können.

Die Erweiterung der Befreiung von Großverbrauchern von den Kosten für die Energiewende durch die schwarz-gelbe Regierung in Berlin hat dazu geführt, dass die
6695 Verantwortung für die Kosten der Umstellung unseres Energiesystems auf die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes abgewälzt wurde. Wir werden dafür sorgen, dass diese ungerechte Regelung zurückgenommen wird, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu gefährden.

6700 Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende

Die Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende. Sie brauchen solide Rahmenbedingungen. Wir werden deshalb Änderungen im kommunalen Wirtschaftsrecht vornehmen, damit die Kommunen Energieüberschüsse produzieren und
6705 einspeisen dürfen. Energie macht nicht an Gemeinde- oder Staatsgrenzen halt. Der Freistaat wird unter unserer Regierung in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt einen Energie-Projektmanager finanzieren, der die Kommunen bei der Erstellung von Energie- und Wärmekonzepten, interkommunalen Zusammenarbeit, Organisation und Moderation regionaler BürgerInnenbeteiligung, beim Monitoring der lokalen und
6710 regionalen Energiewende unterstützen.

6715

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6720 Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne Bäuerinnen und Bauern stirbt das Land

Landwirtschaft heißt übersetzt „mit dem Land wirtschaften“. Gerade die Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen enormen Wandel von der reinen Produktion von Lebensmitteln hin zu einer multifunktionalen Landwirtschaft erlebt. Dies bedeutet weit mehr als „lediglich“ die Erzeugung von Milch, Fleisch und Getreide in guter Qualität zu angemessenen Preisen. Die Agrarpolitik ist auch ein Stück Gesellschaftspolitik. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt der bayerischen Kultur und unserer einzigartigen Landschaft.

6730

Ein nachhaltiger Tourismus zu allen Jahreszeiten ist im ländlichen Raum ohne die Pflege dieser Landschaft durch die bäuerlichen Betriebe dazu nicht zu verwirklichen. Eine multifunktionale Landwirtschaft trägt auch entscheidend zur Bewahrung und Gesunderhaltung unserer Lebensgrundlagen, der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft bei - nicht nur für unsere, sondern auch für die zukünftigen Generationen. Der Berufsstand verdient unser aller Respekt und Anerkennung.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6740 ... die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse ausweiten.

... die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen verhindern.

... gentechnisch veränderte Lebensmittel – wenn man sie schon nicht ganz verhindern kann – klar kennzeichnen und Klonfleisch verhindern.

6745

... die Tierhaltung so transparent machen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher genau wissen, welches Fleisch sie kaufen.

6750 ... die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen, unsere Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.

... durch angemessene Lebensmittelpreise für ein gutes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern sorgen.

6755

... das sogenannte Greening und die Schaffung von ökologischen Vorrangflächen unterstützen.

... Ausgleichszahlungen endlich transparent und gerecht verteilen.

6760

... einer gesunden Waldgesellschaft stets Vorrang vor finanziellen Interessen einräumen.

... den Steigerwald zum Nationalpark erheben.

6765

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Heimische Lebensmittel sind die beste Lösung

6770 Die Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und genussvolles Leben. Die Menschen im Freistaat legen zunehmend Wert auf eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln. Die heimische Erzeugung von Lebensmitteln ist die beste Lösung.

6775 Regionale Kennzeichnung von Lebensmitteln

Wir werden eine klare Kennzeichnung über die Herkunft und die Produktionsweise der Lebensmittel voran bringen. Der Wunsch der Menschen, eine nachhaltige, soziale und regionale Produktion zu unterstützen, muss das oberste Gebot der Ernährungspolitik sein.

6780

Die heutige Zeit ist geprägt von einem gigantischen Angebot an verschiedensten Nahrungsmitteln, welches von vielen Menschen zunehmend als verwirrend empfunden wird. Eine klare Kennzeichnung ist daher die Grundlage für einen verantwortungsbewussten Verbraucher. Angesichts der in immer kürzeren Abständen

6785 auftretenden Lebensmittelskandale ist es erforderlich darüber nachzudenken, ob und wie die Lebensmittelwirtschaft an den Kosten der Kontrollen beteiligt werden kann.

Ernährung von Kindern

6790 Elementar erachten wir die Ernährungsbildung im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Wir werden die Hauswirtschaft und die Lebenskunde im Unterricht in allen Schul- und Altersklassen etablieren, um den jungen Menschen die notwendigen Kenntnisse einer gesunden und genussvollen Ernährung zu vermitteln.

6795 Die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse werden wir ausbauen. Derzeit erhalten nur Kinder in den Grundschulen Zugang zum Schulfruchtprogramm. Wir werden dieses Programm auf sämtliche Kindertagesstätten ausdehnen, um die frühkindliche Ernährung positiv zu beeinflussen.

6800 Gentechnik und Patente auf Leben haben in Bayern keinen Platz

Die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen in Bayern, in Deutschland und der gesamten Europäischen Union lehnen wir vehement ab. Sie führen nur zu verstärkten Abhängigkeiten unserer Bäuerinnen und Bauern in unserer Heimat und
6805 weltweit und gefährden in hohem Masse die Biodiversität. Sie bieten keinerlei Mehrwert gegenüber der Züchtungsarbeit, die sich seit Jahrhunderten bewährt hat und an die Besonderheiten der Regionen und deren Vielfalt angepasst sind.

Patente auf Leben lehnen wir ab. Sie sind unethisch und unnötig. Wir werden alles
6810 unternehmen, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht in die Hände Multinationaler Konzerne zu geben.

Wir fordern eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln, die gentechnisch verändert wurden. Diese Kennzeichnung muss verständlich und einfach gestaltet werden, damit

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6815 auch Menschen ohne Lupe eine Wahlfreiheit haben.

Fleisch von geklonten Tieren darf in Europa nicht in den Handel kommen. Diese Form der Züchtung ist schlichtweg unnötig und verunsichert die Menschen in Bayern zu Recht. Außerdem sind die langfristigen, gesundheitlichen Folgen bisher nicht ausreichend 6820 erforscht.

Fokus auf ökologisch verträgliche Produktion legen

Wir werden daher verstärkt den Fokus auf eine ökologisch verträgliche Fleisch- und 6825 Milchproduktion, auf eine heimische, autarke Eiweißversorgung in Europa legen. Wir müssen uns unserer internationalen Verantwortung bewusst werden und auch danach handeln. Dafür werden wir uns einsetzen. Einmal im Jahr für die Hungernden in der Welt zu spenden mag das Gewissen beruhigen, reicht aber bei weitem nicht aus.

6830 Die Zukunft der Tierhaltung in Bayern

Die Tierhaltung ist die wirtschaftliche Grundlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern und Garant für den Erfolg der bayerischen Landwirtschaft. Wir stehen klar zur bäuerlichen Tierhaltung und zur regionalen Erzeugung hochwertiger Produkte. Die 6835 Menschen in Bayern legen verstärkt Wert darauf, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten werden. Aus diesem Grund werden wir ein freiwilliges Tierwohllabel installieren, das transparent die Haltung darstellt. So liegt es in der Hand der Verbraucherinnen und Verbraucher, über Haltungsbedingungen zu entscheiden.

6840 Gesetzliche Verschärfungen, die dazu führen, bäuerliche Strukturen zu zerstören und der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub zu leisten, lehnen wir jedoch ab. Niemand kann wollen, dass der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub geleistet wird. Die Förderung von Stallbauten werden wir jedoch verstärkt an das Tierwohl koppeln, um diesen Bereich voranzubringen.

6845

Verbot bienengefährlicher Pestizide

Wir wissen: Ohne Bienen gibt es keine Landwirtschaft, kein Obst, keinen Honig und vieles andere in unserer Welt nicht mehr. Daher werden wir uns vehement gegen den Einsatz 6850 und für ein Verbot besonders bienengefährlicher Pestizide in der Landwirtschaft und im Gemüse und Gartenbau einsetzen. Darüber hinaus werden wir spezielle Blühprogramme auflegen, um das immer mehr um sich greifende Bienensterben zu stoppen. Zu lange wurden die Bedeutung der Bienen und ihr Schutz verkannt und vernachlässigt. Der Lebensraum der Bienen und vieler anderer Insekten und Kleinlebewesen muss erhalten 6855 bleiben.

Nachhaltig und artgerecht wirtschaften

Wir müssen daher die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Böden und die artgerechte 6860 Tierhaltung verstärkt fördern. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit allen Berufsverbänden und im gesellschaftlichen Konsens gelingen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Verlässliche Förder- und Forschungspolitik

6865

Wir werden die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen, diese Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.

Guter Lohn für gute Arbeit

6870

Die gerechte Entlohnung der Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern, die auch notwendige Rücklagen und Investitionen in die Betriebe ermöglicht, ist ein zentrales Ziel unserer Arbeit. Die Menschen in Bayern sind bereit, für Lebensmittel einen Preis zu bezahlen, der ein angemessenes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern gewährleistet.

6875

Daher werden wir unsere Erzeuger in ihrer Verhandlungsmacht stärken, damit sie gegenüber den großen Handelsketten, den Lebensmittelkonzernen, sowie den Großmolkereien und Großschlachtern bestehen können.

6880 Landwirtschaft in allen Facetten unterstützen

Der Facettenreichtum der Betriebe in Bayern ist eine Besonderheit, die wir ausdrücklich begrüßen. Viele Bäuerinnen und Bauern leben nicht nur von der Bewirtschaftung der Flächen, sondern haben weitere Standbeine aufgebaut wie den Tourismus oder die Bewirtschaftung im Nebenerwerb. Für die BayernSPD ist es nicht vorrangig, ob die Betriebe im Nebenerwerb oder im Haupterwerb, ökologisch oder konventionell, mit Tierhaltung oder ohne bewirtschaftet werden. Jede Form der nachhaltigen Bewirtschaftung hat unabhängig von Größe und Form des Betriebes unseren Respekt und Unterstützung verdient.

6890

Ökologischer Landbau

Wir werden den Ökolandbau weiter ausbauen und fördern. So werden wir z.B. Stallbauten fördern, die das Wohlergehen der Tiere besonders berücksichtigen. Neben der Intensivierung der Ökoprämie werden wir die Fachbildung in diesem Bereich verstärken, die unabhängige Forschung vorantreiben und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss fördern.

Unabhängige Forschung und Beratung

6900

Wir brauchen nach wie vor eine wirklich unabhängige und kompetente Beratung der Landwirte, um eine nachhaltige und moderne Landwirtschaft zu verwirklichen. Wir müssen verhindern, dass große Konzerne und mächtige Interessengruppen ihre Vorstellungen von Landwirtschaft (z.B. bei der Gentechnik) bei Fragen von Ackerbau und Viehzucht, die meist nur der eigenen Gewinnmaximierung und der Gewinnsteigerung dienen, durchsetzen können.

Eine moderne Europäische Agrarpolitik

6910 Die Europäische Agrarpolitik ist, bei aller berechtigten Kritik, grundsätzlich ein

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Erfolgsmodell. Die Europäische Agrarpolitik, die zum einen die entscheidenden Weichen für eine vernünftige Agrarpolitik in Zukunft stellen und zum anderen die gesellschaftliche Akzeptanz der Zahlungen gewährleisten muss, wird derzeit für den Zeitraum 2014-2020 neu verhandelt. Zum ersten Mal entscheidet dank des Lissabon-Vertrages das Europäische Parlament mit.

Das sogenannte Greening, eine Bindung der Zahlungen an ökologische Auflagen, unterstützen wir, solange seine Ausgestaltung einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Umsetzung nicht im Wege steht. Eine reine Stilllegung von Flächen lehnen wir ab, unterstützen jedoch die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen.

Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilen

Wir werden alles daran setzen, dass Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilt werden. Ebenso werden wir uns dafür stark machen, dass nicht nur die Größe der Betriebe, sondern auch die gesellschaftliche Leistung als Bemessungsgrundlage dient. Die Vorschläge der EU-Kommission gehen dabei in vielem in die richtige Richtung. Auch die Zahlungen der ersten Säule müssen ab einem gewissen Volumen von ca. 300.000 Euro gedeckelt werden, um den Wettbewerbsvorteil von Betrieben mit industriellem Charakter zu verringern und die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern zu stärken. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein Betrieb mit ca. 30.000 Euro pro Arbeitskraft bezuschusst wird, oder mit ca. 5.000 Euro im Jahr. Die durchschnittliche Hofgröße beträgt in Bayern übrigens ca. 21,5 ha.

6935 Agrarpolitik ist auch Entwicklungspolitik

Wie wir mit dem Land wirtschaften, wie wir Fleisch und Milch erzeugen, wie wir mit hohem Energieeinsatz Lebensmittel zur Energieerzeugung anbauen, beeinflusst in hohem Masse die Lebensqualität der Menschen in den Entwicklungsländern. Deren Preise für Grundnahrungsmittel steigen immer weiter an. „Der Teller muss Vorrang vor dem Tank haben“. Für uns ist das keine hohle Floskel. Besonders die Regionen in der Welt, in denen Soja in riesigen Monokulturen erzeugt wird und Ölpalplantagen verstärkt angelegt werden, verändern sich äußerst negativ, da die Regenwälder zur Gewinnung von Ackerland abgeholzt werden und die Lebensgrundlagen damit zerstört werden. Wir fischen die Weltmeere leer, um das Fischmehl an unsere Tiere zu verfüttern. Kleinbauern und Ureinwohner werden von ihren Parzellen vertrieben, multinationale Agrarkonzerne und Großgrundbesitzer erzielen die großen Gewinne und lassen die Vertriebenen im Elend zurück. Unser Überfluss ist Teil des Hungers der anderen.

6950 Exportsubventionen abschaffen

Mit unserem Handeln in Europa beeinflussen wir auch andere Regionen in der Welt. Wir setzen uns für die Abschaffung der Exportsubventionen ein, da sie nicht den Hunger bekämpfen, sondern im Gegenteil: sie verursachen ihn mit. Auch den geplanten verstärkten Interventionszahlungen erteilen wir eine klare Absage, da sie letztendlich nichts anderes sind als eine verkappte Exportförderung. Wir sind uns sicher: Unsere hochwertigen, heimischen Produkte werden weltweit nachgefragt, so dass Exportförderungen nicht mehr notwendig sind.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

6960 Lebensmittelverschwendung und -Vernichtung bekämpfen

Wir wollen die extreme Lebensmittelverschwendung und Vernichtung in Deutschland und der gesamten EU endlich wirksam bekämpfen. Erst erzeugen wir die Produkte mit hohen Kosten und Energieeinsatz, um sie dann zu vernichten oder zu Hause verfaulen zu lassen. Seriöse Berechnungen ergaben, dass mit diesen Lebensmitteln 1,3 Milliarden Menschen bequem ernährt werden könnten. Auch da werden wir uns deutlich stärker engagieren als die Regierungen zuvor.

Verstärkte Förderung des Grünlandes

6970

Die Bewirtschaftung von Grünland ist eine nachhaltige und besonders klimafreundliche Landnutzung, die wir verstärkt unterstützen werden. Neben Förderprogrammen spielt jedoch auch der Milchpreis eine entscheidende Rolle für Wirtschaftlichkeit der Grünlandbewirtschaftung. Wir werden daher für ein Umbruchverbot von Dauergrünland, wie in vielen Teilen Deutschlands bereits durchgesetzt, eintreten.

Bayerische Wälder sind unbezahlbar

Die bayerischen Wälder produzieren täglich begehrtes Holz für unsere heimische Wirtschaft. Aber nicht nur das. Insbesondere dient der Wald der Allgemeinheit als wichtiger Trinkwasserschutzbereich, Boden- und Erosionsschutz sowie Lawinenschutz. Er dient den Menschen zur Erholung und ist der Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten.

6985 Ausgleich zwischen Nutzen und Schutz des Waldes schaffen

Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass für die drei großen Zielrichtungen im Wald, dazu gehört neben den Nutzfunktionen vor allem die Schutz- und Erholungsfunktion, ein fairer Ausgleich gefunden wird. Gerade der Staatswald als Bürgerwald ist durch das Bayerische Waldgesetz dem Gemeinwohl besonders verpflichtet. Durch eine naturnahe Bewirtschaftung und gegen eine auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Forstwirtschaft muss der Staatsforst als Vorbild für private Waldbesitzer dienen. Das Gemeinwohl hat für uns Vorrang vor den Nutz- und Einkommensfunktionen.

6995 Wald schafft wertvollen Lebensraum

Unsere Wälder haben für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Der Wald ist nicht nur Lebensraum für ganze Lebensgemeinschaften, sondern ist darüber hinaus teilweise auch der letzte Rückzugsraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Die BayernSPD ist sich der Verantwortung bewusst, dass eine gesunde Waldgesellschaft Vorrang vor finanziellen Interessen haben muss.

Wald schafft Arbeit im ländlichen Raum

Rund um den Wald gibt es zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Um unsere Wälder in Zeiten des Klimawandels fit für die Zukunft zu machen brauchen wir gut

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

ausgebildete Förster und Waldarbeiter. Wir werden deshalb Personalabbau in diesem Bereich stoppen und umkehren. Neben den klassischen Aufgaben eines Försters muss die fachkundige Beratung von Waldbesitzern verstärkt werden.

7010 Wald im Wandel

Wir müssen die Wälder an die Herausforderungen der Zukunft anpassen. Der Klimawandel bedroht sie. Das Ziel, reine Fichtenwälder zu stabilen Mischwäldern umzubauen, geht in Bayern zu langsam voran. Dies ist vor allem im Bergwald von

7015 Bedeutung. Als BayernSPD machen wir uns besonders für die Tanne stark – tief, stabil und klimatauglich. Wir werden verstärkt Personal einsetzen, um Waldbesitzer beim Waldumbau zu unterstützen. Außerdem werden wir flexible und unbürokratische Fördermaßnahmen anbieten, die den Waldumbau vorantreiben. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

7020

Wald vor Wild

Wir werden im Konsens mit den Waldbesitzern, allen Jagdverbänden und der bayerischen Forstverwaltung Konzepte und Vorgaben zur Jagd in Bayern überarbeiten. Wir brauchen

7025 angepasste Wildbestände, um die dringend benötigte Naturverjüngung für den Waldumbau nicht zu gefährden. Fast die Hälfte der Wälder in Bayern leidet unter zu hohem Verbiss durch Schalenwild. Dies ist für uns ein Handlungsauftrag der Natur. Gute Jagd in Bayern hilft dem Wald beim Wachsen.

7030 Nationalparks in Bayern

In der Kernzone der Nationalparks Berchtesgaden und Bayerischer Wald wird völlig auf die Holznutzung verzichtet. Diese besonderen Flächen sind als urwaldnahe Referenzflächen ausschließlich der Natur vorbehalten. Als BayernSPD setzen wir uns für

7035 einen dritten Nationalpark, den Steigerwald ein. Er hätte im Besonderen die Buchenwildnis als Ziel.

Naturschutz auf der ganzen Fläche

7040 Als BayernSPD halten wir ein Nutzungsverbot rein nach Flächenprozenten für nicht zielführend. Wir setzen auf das integrative Modell, also Naturschutz und Holznutzung auf der gleichen Fläche. Unser Ziel ist es, integrierte Maßnahmen, wie beispielsweise Totholzprojekte, Biotopbäume oder Spechtbäume, so zu fördern, dass auf der gesamten Fläche Trittsteinbiotope entstehen und der gesamte Wald in Bayern naturnah

7045 bewirtschaftet wird.

Nährstoffe als Lebensgrundlage

Als zentrale Aufgabe der Gegenwart und Zukunft sehen wir den nachhaltigen Umgang 7050 mit Nährstoffen im Wald. Die Vollbaumnutzung, wie sie derzeit für Energieholz immer üblicher wird, entzieht dem Wald wichtige Nährstoffe. Hier zeigen wir durch ein klares Konzept Möglichkeiten auf. Qualifizierte Beratung ist hier besonders von Nöten. Dafür werden wir sorgen.

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

7055 VerbraucherInnenschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten

Verbraucherinnen und Verbraucher sollten selbstbestimmt, eigenverantwortlich und stets gut informiert rationale Entscheidungen treffen können. Dieses Ideal aber hat mit der Wirklichkeit in unserem Land nichts zu tun. Das zu ändern ist eine große politische Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

7065 ... die VerbraucherInnenbildung ausbauen und weiterentwickeln.

... die unabhängigen VerbraucherInnenorganisationen stärken und verlässlich finanzieren.

7070 ... die Kennzeichnung der Produkte verbessern und für mehr Transparenz sorgen.

... für Lebensmittelsicherheit von Anfang an sorgen.

7075 ... Provisionen und Kosten für Finanzprodukte den Verbraucherinnen und Verbrauchern offenlegen.

Wir setzen auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz

7080 Die Mannigfaltigkeit und Komplexität der Angebote und auch Informationen, Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark verändert und überfordern oftmals die Verbraucherinnen und Verbraucher. Viele finden sich im Kleingedruckten und im Tarifdschungel nicht mehr zurecht. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln, Spielsachen und anderen Waren vertrauen können oder welche Versicherung für sie die richtige ist. Wir fordern deshalb eine Verbraucherpolitik, die den Menschen im Alltag abholt und setzen dabei auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz.

Ausbau und Weiterentwicklung der VerbraucherInnenbildung

7090 Es ist wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche den Umgang mit Geld erlernen und die Einflussmöglichkeiten der Werbung und anderer Anbieterstrategien einschätzen können. Verbraucherbildung bereits in Kindertagesstätten und Schulen wird bei uns Standard werden, um adäquates Konsumverhalten zu erlernen.

VerbraucherInnenberatung

7095 Starke Verbraucherorganisationen sind notwendig. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Verbraucherberatungsstellen, die angemessen und verlässlich finanziert werden.

7100 **Mehr Transparenz und verbesserte Kennzeichnung**

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

7105 Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung informiert zu werden. Deshalb sprechen wir uns für Gütesiegel für kontrollierte Lebensmittelhygiene in allen Betrieben aus. Sollte es keine bundeseinheitliche Lösung geben, werden wir eine bayerische Lösung anstreben.

7110 Die Nährwertkennzeichnung nach dem GDA-Modell lehnen wir ab und fordern die schnell erfassbare Kennzeichnung mit Hilfe von Ampelfarben.

Lebensmittelsicherheit von Anfang an

7115 Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich auf eine durchlässige Lebensmittelsicherheit vom Acker bis auf dem Tisch verlassen können. Deshalb werden wir für die Durchführung der amtlichen Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen ausreichend Personal wie Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure sowie eine Sachausstattung auf neuestem technischen Stand zur Verfügung stellen.

7120 Finanzdienstleistungen: Marktmacht der VerbraucherInnen stärken

Die SPD will die Marktmacht der Bevölkerung vor allem bei Finanzdienstleistungen stärken. Wir werden dafür sorgen, dass der Umfang sämtlicher vom VerbraucherInnen zu tragenden Provisionen und Kosten für ein Finanzprodukt verständlich offen gelegt werden muss. Bisherige Schutzkonzepte wie eine einseitige Zunahme der Informationspflichten überfordern mehr, als dass sie schützen. Insofern setzen wir auf zertifizierte objektive Qualitätsstandards in der Finanzberatung.